

ZUM GESCHEHEN DES JAHRES 1864

<i>Hans Peter Johannsen</i> Hundert Jahre danach – Eine Betrachtung zum 18. April 1964.....	4
<i>Morten Kamphøener</i> Von der Vergangenheit zur Gegenwart – ein Querschnitt	9
<i>Ernst Siegfried Hansen</i> Schatten der Vergangenheit – Persönliche Gedanken eines Grenzlanddeutschen.....	20
<i>Harboe Kardel</i> 1864 – ein entscheidendes Jahr	33
<i>Karl D. Erdmann</i> Grundzüge der deutschen Geschichte im 19. u. 20. Jahrhundert	43
UMSCHAU	85

KARL D. ERDMANN, Universitätsprofessor Dr. phil., geb. 1910 in Köln. Seit 1953 Ordinarius für Neuere Geschichte an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel. Vorsitzender des Verbandes der Historiker Deutschlands.

ERNST SIEGFRIED HANSEN, geb. 7. Dezember 1917 in Bredebro, Kreis Tondern, aufgewachsen in der Stadt Tondern, 1937 Abitur am Deutschen Gymnasium in Apenrade, 1937–38 Presseausbildung in Flensburg, 1939 Reichspreseschule in Berlin-Dahlem, 1940–41 Geschichtsstudium an der Universität Berlin, bis 1944 journalistische Tätigkeit in Flensburg, Berlin und Paris. 1944–45 stellv. Chefredakteur der „Nordschleswigschen Zeitung“ in Apenrade, 1945 Mitbegründer des Bundes deutscher Nordschleswiger und erster Leiter des Deutschen Sekretariats, 1946–53 Chefredakteur des „Nordschleswiger“, 1953–56 Kopenhagener Korrespondent dieser Zeitung und freier Journalist, von 1957 bis heute Auslandskorrespondent der Deutschen Presse-Agentur (dpa) für Dänemark und Norwegen in Kopenhagen. Veröff.: „Kurier der Heimat. Das Spiel um Schleswig zwischen Kapitulation und Programm Nord“ (1955), „Disteln am Wege. Von der Besetzung Dänemarks bis zu den Bonner Erklärungen“ (1957).

MORTEN KAMPHØVENER, geb. 1889 in Stepping, Kreis Hadersleben. Journalistisch tätig bei „Danskereen“ 1919, „Vestkysten“ 1919–22, „Hejmdal“ 1922–29, Chef vom Dienst 1929–36 bei „Jyske Tidende“ in Kolding, 1936–45 Nordschleswig-Redakteur dieser Zeitung, gleichzeitig grenzpolitischer Berichterstatte von „Berlingske Tidende“ mit Wohnsitz in Apenrade, 1945–61 Chefredakteur von „Jyske Tidende“. Vorstandsmitglied von „Sprogforeningen“ und von „Danske Kultursamfund“. Vorsitzender von „Grænseeegnens Arbejdsudvalg“. Redakteur von „Sydslesvig gennem Tiderne“ und „Sprogforeningens Almanak“. Verfasser einer Reihe von Büchern und Schriften zu Fragen des Grenzlandes.

HARBOE KARDEL, Mittelschul- und Seminarbesuch in Tondern, 1914 Abitur in Husum, 1914–18 Teilnehmer am ersten Weltkrieg, 1919–22 Studium, Promotion und Referendarexamen in Kiel, 1923 Assessorexamen am Alten Gymnasium in Flensburg, 1923–29 Redakteur am Korrespondenz-Büro Nordschleswig in Flensburg und an der Neuen Tondernschen Zeitung in Tondern, 1929–34 Studienassessor in Schleswig, Kiel und Gravenstein, 1934–45 Hauptschriftleiter der Nordschleswigschen Zeitung in Apenrade, 1950–57 Studienrat in Rendsburg und Flensburg, lebt seitdem in Apenrade.

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Den Mitgliedern werden sie frei geliefert, anderen Beziehern für jährlich 1,88 DM zuzüglich Zustellgebühren (zusammen 2,- DM). Ausgabe A nur über die Geschäftsstelle zu bestellen. Bezugspreis im Jahr 88 Pf. zuzügl. Zustellgebühren (zusammen 1,- DM). Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. — Redaktion: Ernst Beier, Flensburg, Waldstraße 40. Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Str. 9. Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe, Flensburg

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

ES IST EINE BEDAUERLICHE THATSACHE ...

Es ist eine bedauerliche Thatsache, daß in Folge des gegenseitigen Nationalhasses das geistige Leben des Nordens den Deutschen seit einem Vierteljahrhundert eben so fremd geworden ist, wie den Dänen der Verlauf der gegenseitigen Geistesentwicklung in Deutschland. Beide Nationen kennen einander nicht mehr, weil einer jeden nicht bloß für die politischen, sondern auch für die Kunst- und Literatur-Zustände der anderen der Schlüssel des Verständnisses abhanden gekommen ist. Das dänische Publikum schöpft seine Kenntnis deutscher Verhältnisse seit Jahren lediglich aus den tendenziösen Schmähartikeln der Kopenhagener Zeitungen, welche, ihre politische Weisheit aus den Schlammbanalen der französischen Presse beziehend, mit ernsthafter Miene die abgeschmacktesten Fabeln über die Barbarenwirtschaft im deutschen Reiche, zumal in der Kaiserstadt an der Spree, kolportieren, wo, wenn man ihnen Glauben schenkt, Mord und Todtschlag alltägliche Ereignisse sind und kein friedlicher Bürger sich am hellen Mittag anders als bis an die Zähne bewaffnet auf die Straße getraut. Kaum minder abenteuerliche Vorstellungen macht man sich in Deutschland von den politischen und Kultur-Zuständen im skandinavischen Norden.

Selbst unsere großen politischen Journale hielten es bis jetzt nicht der Mühe werth, sich über Kunst und Literatur, ja selbst über die eigentümlichen Verfassungs- und Religionskämpfe in Dänemark näher zu orientieren, was freilich bei der Abnormität der dortigen Geistesrichtung seine Schwierigkeit hat und ein aufmerksames Studium der dänischen Tagespresse, eine mühevoll Kombination nicht allein des Gelesenen, sondern fast noch mehr des zwischen den Zeilen Versteckten erfordert.

ADOLF STRODTMANN / Geschrieben 1873

Hundert Jahre danach

Eine Betrachtung zum 18. April 1964

Auf dem Friedhof einer nordschleswigschen Dorfgemeinde steht ein Denkmal, das den in den Jahren 1914–18 Gefallenen dieser Gemeinde gewidmet ist. Es enthält keinen Text, sondern nur die Namen und die Jahreszahl. Der genaue Beobachter wird Spuren eines ursprünglich angebrachten, dann aber wieder entfernten Textes finden. Es war im Jahre 1922, als man diesen Stein errichtete und ein bitterer Streit in der Gemeinde darüber entstand, weil viele in deutscher Sprache der Toten gedenken wollten. Man fand damals keine gemeinsame Sprache und ehrte die Söhne der Gemeinde in der stummen und für unser Grenzland schmerzlich berehenden Weise.

*

Heute gedenkt man zu beiden Seiten der Grenze der Toten des zweiten Schleswigschen Krieges vor hundert Jahren. Man hat sich nicht zu einer Feier zusammengefunden, aber obwohl man in verschiedenen Zungen spricht, trägt man die Gedanken über die Ereignisse vor hundert Jahren doch in einer Sprache vor, in der man sich versteht. Wir gedenken der Toten, und wir bedenken den Auftrag, den sie uns gaben. Wie ein roter Faden zieht sich sowohl durch deutsche als auch durch dänische Äußerungen das ganz zweifelsohne bei beiden Partnern ehrliche Bemühen, eingedenk der politischen Lehren des vergangenen Jahrhunderts Maßstäbe für das Verhalten in der Zukunft zu gewinnen. Die Schleswigfrage, soweit sie nur politisch war, erfuhr 1864 eine kriegerische und darum ungute Lösung. Die Korrektur dieser Lösung wurde 1920 vorgenommen. Seither hat sich politisch gesehen diese Lösung als eine richtige erwiesen, und 44 Jahre nach dieser Korrektur darf die Feststellung gewagt werden, daß die Geschichte hier ein echtes und bleibendes Wort gesprochen hat.

Das Ergebnis jener zahllosen politischen, verfassungsrechtlichen, dynastischen und historischen Spannungen und vor allem ihre Verknüpfung ist dieses, daß nördlich der heutigen Grenze nunmehr Deutsche in Dänemark wohnen, die den Wunsch haben, bewußt als Deutsche ihr Leben zu gestalten, und daß in Schleswig-Holstein dänische Menschen wohnen, die den Wunsch haben, bewußt als Dänen ihr Leben zu leben. Wenn einerseits diese Tatsache leicht zu formulieren ist, so ist es andererseits nicht einfach, ein Programm dieser beiden Gruppen, welches der Tradition und der Zukunft im Alltag gerecht wird, zu entwickeln. Denn es steht fest, daß eine große Aufgabe allen denen erwächst, die

die Absicht haben, nach einem solchen Programm ihr Leben zu führen. Die Kieler Erklärung von 1949 und die Bonn–Kopenhagener Erklärungen von 1955 setzten den politischen Schlußstrich unter eine vielhundertjährige Entwicklung. Ob diese Erklärungen der Jahre 1949 und 1955 geschichtlichen Rang haben werden, hängt davon ab, ob ihr Geist nicht nur in den Kabinetten lebt, sondern vor allem davon, ob die Menschen an der Grenze im Alltag ihn sich zu eigen machen. Wir haben Angst vor großen Worten bekommen und fühlen fast eine Abscheu vor ihnen. Trotzdem wollen wir es wagen zu sagen, daß wir des Opfers derer von 1864 nur dann würdig sind, wenn wir bereit sind, ein ganzes langes Leben im Alltag zu verwirklichen, was jene vorlebten und vorstarben, nämlich deutsch oder dänisch zu sein.

Ist die Prognose bei der heutigen Entpolitisierung des Klimas: eitel Sonnenschein? Wird es keinen Nordwind mehr geben? Das Leben in der Natur wie die Vorgänge in der Politik und in der Kultur bestehen aus Spannungen, die gelöst werden wollen, aber diese Spannungen dauern an und werden durch die erstrebte Harmonie nur verändert. Es wohnen nebeneinander Deutsche und Dänen, d. h. es bestehen hierzulande wie überall menschliche und politische Spannungen auch weiterhin. Zwar haben wir seit 150 Jahren kaum ein so positives Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark gehabt wie jetzt. Es sei an das NATO-Bündnis, an die laufenden Versuche, die wirtschaftlichen Interessen zu harmonisieren, u. a. erinnert. Auf der anderen Seite jedoch ist dänischerseits von einem „Angebot dänischer Lebensform“ an die Bevölkerung Südschleswigs die Rede, hinter welchem eine starke geistige Kraft zu erkennen ist, eine Kraft, die nach der Meinung jedenfalls einiger auch vielleicht einmal zu realem politischem Ausdruck gelangen kann. Lassen wir die Hypothesen. Freuen wir uns vielmehr als Deutsche darüber, daß die Konsummentalität unseres Jahrhunderts bei uns noch nicht unbeschränkt oder gar Friedhofsruhe herrscht. Und vor allem, versuchen wir eine würdige Antwort zu geben, indem wir unseren dänischen Landsleuten Eindrücke der deutschen Lebensform unserer Zeit vermitteln. Daß dazu größere materielle Voraussetzungen auf dem kulturellen Sektor als die heute gegebenen nötig sind, soll hier nur erwähnt werden. „Deutsch sein ist, was man daraus macht“ – so formulierte es einmal Golo Mann. Deutsch sein heißt, mit den entscheidenden geistigen Werten des eigenen Volkes vertraut sein, sie zu kennen, sie zu lieben und sie zu leben – heißt, ein geordnetes und faires Spiel der politischen Demokratie zu spielen und einen Apparat (man verzeihe das Wort) des Bildungswesens zu besitzen, der alle reichen Nuancen unserer volklichen Kultur widerspiegelt. Haben wir diesen Apparat? Wir haben gute Ausgangspositionen an Bildungsstätten, Bibliotheken und Schulen, sie sind im einzelnen erweiterungsbedürftig. Wir erstreben ihre Vervollkommnung und im Idealfalle ihr Vermögen, das Gespräch mit dem Nachbarn zu befruchten. Es ist sehr schön,

wenn wir uns in den Ländern gegenseitig besuchen und auch dort studieren. Aber es sollte auch deutscherseits die Möglichkeit bestehen, etwa an der Landesuniversität oder an den Pädagogischen Hochschulen des Landes, durch unsere eigenen Hochschullehrer über den Nachbarn informiert zu werden. Und natürlich würden wir uns freuen, wenn an der kommenden jütischen Universität eine ausreichende Gelegenheit gegeben würde, sich über unser Land zu informieren. So begrüßen wir die Anregung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten bezüglich eines dänischen Instituts an der Universität in Kiel und hoffen, daß es vorbildlich auch für anderes wird.

Warum das alles? Wir gedenken eines Jahrhunderts – und bedenken die Zukunft. Das heißt, daß wir uns dessen erinnern, daß der Nationalismus als Lebensgefühl noch keineswegs überwunden ist. Das kann er schon deswegen nicht sein, weil er zu sehr zu den unerfreulichen Grundeigenschaften des Menschen, also zum Egoismus, zur Prahlerie gehört. Immer wieder wird man sich mit ihm auseinanderzusetzen haben. Denn es gilt, den guten Mächten des volklichen und politischen Lebens zum Siege zu verhelfen.

Neu ist, so formuliert es Karl Jaspers, daß die Geschichte in unserer Zeit zum ersten Mal Weltgeschichte wird, während alle frühere Geschichte ein Aggregat von Lokalgeschichten sei. Unsere deutsch-dänische Lokalgeschichte war 150 Jahre lang wesentlich durch die eine politisch-geistige Erscheinungsform geprägt, die wir Nationalismus nennen, wobei wir unter Nationalismus den Egoismus der Nationen und die unfruchtbare Beschränkung auf den nationalen Lebenskreis als den höchsten Wertmaßstab verstehen. Wir befinden uns im Übergang zu neuen Werten. Wir erinnern uns in unserem Falle der vornationalistischen Zeit unserer Heimat im 18. Jahrhundert und orientieren uns an ihr, ohne sie nachzuahmen. Nachdem wir Deutschen die größte Orgie des Nationalismus vollzogen haben, dürfen wir hoffen, eine klare Einsicht in den unpolitischen Charakter des Nationalgefühls zu finden, wie es wieder Jaspers formuliert. Aus der schuldhaften Erfahrung, die wir machten und durch die wir auch gestraft wurden, dürfen wir glaubwürdig auch bei unseren Nachbarn erscheinen. Das große und reine Deutschland unserer Generation ist in dem Deutschland des 18. Jahrhunderts verkörpert, von heute aus gesehen also in einem unpolitischen Begriff. Nach unserer Vorstellung kann oder darf kein Nationalbewußtsein in Europa heute einen nur politischen Charakter haben. Erst wenn wir die Nation als eine unser Leben in Wärme und Liebe, in sprachlicher und kultureller Klarheit umhüllende Kraft erkennen, werden wir wirklich das 19. Jahrhundert überwinden und der trügerischen Formel „Für Thron und Altar“ abgeschworen haben. Unerlässlich bleibt uns der heimatische Boden als spendende und verpflichtende Kraft. Man kann einwenden, daß hier von der blauen Blume der Romantik die Rede ist. Dem ist entgegenzuhalten, daß eine starke physische und seelische Kraft dazu gehört,

in fremder staatlicher Umwelt immer wieder die Heimat im Reiche des deutschen oder dänischen Geistes zu suchen und zu finden.

In der Praxis bedeutet es dies, daß Deutsche oder Dänen im Herbergsstaat loyal gegenüber den Gesetzen des Landes im freien und aufrechten Bekenntnis zu ihrer eigenen Art leben können und müssen. Es bedeutet auch, daß die Politik, lokal gesehen, nicht klein zu schreiben ist; denn die Minderheiten haben unter Berücksichtigung der staatlichen Gesetze in jedem Lande sich vielerlei Einrichtungen zur Pflege ihrer besonderen kulturellen und sozialen Bedürfnisse geschaffen. Auf der Grundlage bestimmter Gesetze können sie kommunale oder staatliche Zuschüsse für ihre Arbeit beanspruchen. Da aber die gesetzlichen Grundlagen in beiden Ländern oft sehr verschieden sind, entsteht hier eine Fülle von Rechts- und Billigkeitsfragen. Die Bezuschussung der Minderheiten zu beiden Seiten der Grenze sollte weder nach einem starren Schema behandelt oder ausschließlich nach dem Einzelfall entschieden werden. Ent-Schema gehandelt oder ausschließlich nach dem Einzelfall entschieden werden. Entscheidend ist die Gesinnung, aus der heraus die kommunalen Parlamente in Zukunft handeln werden. Äußerst verderblich wäre eine Entwicklung, derzufolge die Behandlung einer Minderheit von der Arithmetik der Parteien beeinflußt würde. Diese Behandlung muß vielmehr aus der Überzeugung heraus geschehen, daß die geschichtliche Entwicklung in beiden Ländern zu dem Vorhandensein einer bewußt demokratischen, aber national andersgesinnten Gruppe geführt hat, deren berechnete Wünsche förderungswürdig sind.

Diese Gruppen sind durch eine reiche geschichtliche Erfahrung, durch ein starkes politisches Interesse und ein reiches kulturelles Leben gekennzeichnet. Die Deutschen und Dänen dieser Landschaft wissen, daß parallel des Ochsenwegs die Autostraße verläuft und daß auf dieser uralten Nord-Süd-Straße zwar die Ochsen nicht mehr getrieben, sondern als tiefgekühltes Fleisch in einem rasanten Tempo befördert werden. Man weiß, daß damit ein Grundgesetz der Wirtschaft beider Länder im Austausch nach beiden Richtungen offenbart ist. Deutsche und Dänen wissen von der modernen militärischen Verbindung beider Länder. Deutsche und Dänen wissen aber vor allem um die kulturellen Erlebniswerte, die sie miteinander teilen. Zu dieser Landschaft gehören sowohl die Gotik von Lügumkloster und Hadersleben als auch das jütische Bauernhaus, gehören der Begründer der neueren dänischen Malerei, Eckersberg, mit seinen aus der Landschaft zu verstehenden Seestücken als auch der Grübler in Farben Emil Nolde. Zu dieser Landschaft gehören sowohl die Stimmungen der Wehmut über die Vergänglichkeit ihrer Schönheit bei Herman Bang oder Theodor Storm als auch die Gestalten bedeutender Historiker, Pastoren und Politiker, die den

Charakter dieser Landschaft priesen oder gestalteten. Es gehören zu ihr die Gottsucher und Philosophen, wie Brorson aus Tondern oder Friedrich Paulsen aus Langenhorn. Aus der Kenntnis und dem Erleben dieses Reichtums erwachsen dem einzelnen Glück und Kraft seines Lebens. Sie werden ihm nicht ohne eigene geistige Arbeit zuteil. Aber aus dieser reichen, nuancierten Atmosphäre, die gelegentlich von einem Schimmer spezifischen Humors vergoldet wird, erwächst der Stil des einzelnen und der ganzen Landschaft. Ein solcher Stil, bewußt erlebt, wird zum politischen Vertrauen führen. Wenn es echt ist, wird es wachsen, und wenn es gewachsen ist, wird eine spätere Zeit vielleicht es in eine Form gießen.

Von der Vergangenheit zur Gegenwart

Ein Querschnitt

Man kann die Entwicklung der letzten hundert Jahre in unserem Grenzland nicht ohne Berücksichtigung der für die neuere Zeit so entscheidenden Ereignisse des Mittelalters betrachten. Angesichts der europäischen Notwendigkeiten unserer Zeit müssen die verschiedenen Epochen der Vergangenheit aus der Sicht der Gegenwart gewertet werden. Vieles, ja das meiste, was man früher durch eine nationale Brille sah, betrachtet man heute von einem europäischen Standpunkt aus, und es ist notwendig, sich den durch die ost-westliche Spannung entstandenen Verhältnissen anzupassen.

Innerhalb dieses weitgespannten Rahmens ist unser kleines Grenzgebiet mit seinen Problemen wohl nur ein winziges Stücklein. Nichtsdestoweniger hat es während aller europäischen Umwälzungen vom Mittelalter bis zur Jetztzeit eine sehr wesentliche Rolle gespielt. Heute beginnt ein Europa sich abzuzeichnen, in dem eine ganz andere Form der Einheit als die durch fast ein paar Jahrtausende ersehnte angestrebt wird.

Dies Europa wird unter dem Eindruck der heutigen ideologischen Gegensätze, aber auch von der Technik und dem Tempo geformt, die unser von Atomen, Elektronen und Automaten aufgepeitschtes Dasein beherrschen. Nach den verschiedenen Kriegen im Laufe der Geschichte wurden neue Fortschritte durch den notwendigen Wiederaufbau in verhältnismäßig immer größerem Tempo auf technischem Gebiet erzwungen. Gemessen an den Erfindungen der letzten vierzig Jahre, ist der erreichte „Fortschritt“ ebenso groß wie derjenige der vorausgegangenen vierhundert Jahre. Hinzu kommt die enorme Bevölkerungszunahme, die besonders in den sogenannten Entwicklungsländern stattfindet, und die, so paradox es klingen mag, die Unterstützung der übrigen Welt und somit Europas zum Aufbau neuer nationaler Staaten fordern. Sie scheinen jetzt einen ähnlichen Nationalismus zu entwickeln, wie er nun bald einige Jahrhunderte lang Unruhe und Unfrieden in unserem alten, jetzt so modernisierten Erdteil verursacht hat.

*

Rückblickend auf die geschichtlichen Ereignisse, erscheint es angebracht, diese Verhältnisse als Ausgangspunkt zu wählen. Es ist einleuchtend, daß eine solche Beurteilung von der heutigen Auffassung und Einstellung beeinflusst sein wird. In einer solchen Darstellung kann man nicht umhin, auf begangene Irrtümer und

Fehler und auf machtpolitische und zwangspolitische Übergriffe hinzuweisen. Aber es muß auch darauf aufmerksam gemacht werden, wo und wann die herrschenden Zustände und der Zeitgeist an sich oder die politische Gewohnheit Verhältnisse hervorriefen, die allmählich zu schicksalschweren Gegensätzen führten und die Begriffe verwirrten.

Was die volkliche Entwicklung anbetrifft, so ist man sich im allgemeinen darüber einig, daß die dänische Sprache im Laufe der Jahrhunderte und besonders nach der Reformation bis zu den Gebieten an der jetzigen Grenze zurückgedrängt worden ist. Wenn der Rückgang hier aufgehalten wurde, verdankt man es im wesentlichen der Kirchensprache, aber teilweise auch materiellen Ursachen und in Verbindung mit diesen beiden Dingen einem zunehmenden Einfluß der deutschen Kultur. Sie wurde im besonderen von der von König Frederik I. errichteten Deutschen Kanzlei unterstützt, die bei der Einführung des Absolutismus im Jahre 1660 zu einer besonderen Deutschen Kanzlei umgeformt wurde und außerdem diplomatische Befugnisse für die gesamte dänische Monarchie erhielt. Außerdem machte sich der Einfluß geltend, den herbeigerufene deutsche Beamte auf das Verhältnis Dänemarks zu den Herzogtümern erhielten.

Nicht „up ewig ungedeelt“

Das historische Schicksal Schleswigs ist ein Zusammenspiel verschiedener Komponenten sowohl ökonomischer als auch machtpolitischer Interessen, die von dem Boden hunger des mittelalterlichen Lehnswesens bis zu den imperialistischen Neigungen einer viel späteren Zeit reichen. Jedoch kann man der Auffassung, daß die deutschdänischen Auseinandersetzungen schon 1115, als der neunzehnjährige Knud Lavard den deutschen Herzogstitel annahm und dadurch zum „ersten Heimdeutschen“ geworden sein soll, keine besondere Bedeutung beimessen. Ein ebenso geringer Einfluß kommt dem dichterisch-romantischen Versuch zu, der Königin Berengaria, Gattin König Valdemars, die Verantwortung zuzuschreiben, weil unter ihren drei Söhnen Erik, Abel und Christoffer die fürstliche Lehnsteilung, die Schleswig zu einem Herzogtum machte, stattfand. Erik war fünf, Abel drei und Christoffer zwei Jahre alt, als Berengaria im Jahre 1221 starb. Im übrigen weiß man überhaupt nichts über ihre Persönlichkeit, und sie hat natürlich nicht das geringste damit zu tun gehabt, daß König Valdemar elf Jahre nach ihrem Tode Abel mit Schleswig belehnte. Es geschah dies in Übereinstimmung mit den Sitten und Gebräuchen des mittelalterlichen Europas, hat jedoch Jahrhunderte hindurch die historische Entwicklung geprägt.

Man kann eher noch, wenn man es will, der Witwe König Abels, Mechtilde, eine gewisse Verantwortung zusprechen, weil sie im Jahre 1261, bevor sie den schwedischen Birger Jarl heiratete, das Gebiet zwischen Schlei und Eider den schauenburgischen Grafen überließ. Aber auch eine solche Auffassung ist

unhaltbar. Es war damals, im Zeitalter des Feudalismus, eben so üblich, daß Fürsten und Große einander Güter und Lehngebiete als Pfand überließen. Dieser Gewohnheit folgten auch die dänischen Großen, Ludwig Albertsen Eberstein und Laurends Jonsen und andere, als sie im Jahre 1326 während des Aufruhrs gegen König Christoffer II. in Sonderburg ein Abkommen mit dem holsteinischen Grafen Gerhard III. trafen, der darauf die Königswürde dem schleswigschen Knaben-Herzog Valdemar übertrug und sich selbst mit dem Herzogtum Schleswig belehnte.

Bei derselben Gelegenheit ließ der Graf in dem Abkommen die sogenannte Constitutio Valdemariana einführen mit der Bestimmung, daß das Königreich und das Herzogtum nie denselben Herrn haben dürften. Von hier führt eine gerade Linie zu dem Gelübde, welches König Christian I. der Ritterschaft in den Herzogtümern gab, daß Schleswig und Holstein „up ewig ungedeelt“ bleiben sollten. Diese Abmachungen sollten bekanntlich in den späteren geschichtlichen Auseinandersetzungen eine große Rolle spielen, ohne daß man berücksichtigte, daß alle Abmachungen jener Zeit, große und kleine, u. a. auch die Kalmarer Union, unter dem Aspekt einer „ewigen Dauer“ getroffen wurden, aber dennoch selten von langer Dauer waren. So verhielt es sich auch mit den beiden Herzogtümern. Sie sind seitdem verschiedene Male geteilt worden.

Nach der Besetzung Dänemarks durch holsteinische Grafen und ihre Lehnsleute von 1325 bis 1340 und den folgenden Jahren, als übrigens der ganze Norden holsteinischer Infiltration ausgesetzt war, begannen diese im südlichen Schleswig zu siedeln. Man erkennt heute, daß dies von wesentlicher Bedeutung für die Ausdehnung deutscher Sprache und deutschen Wesens und für die zukünftige nationale Entwicklung wurde und daß dadurch gewisse Voraussetzungen für die schon erwähnten Folgen der Einführung der Reformation geschaffen wurden. Schon damals bildete sich eine Grenze, die einigermaßen mit der heutigen Staatsgrenze übereinstimmt.

Es waren die wirtschaftlichen und nicht die nationalen Interessen, die im 14. Jahrhundert und danach entscheidend waren. Nichtsdestoweniger riefen die Ereignisse damals die erste nationale Erhebung in Dänemark ins Leben. Die Erhebung des dänischen niederen Adels und des Bauernstandes gegen die holsteinische Herrschaft ist nicht nur mit dem Steuerdruck der holsteinischen Grafen, sondern auch mit einem dadurch hervorgerufenen emotionalen Gegensatz zu den fremden Herren und der Unzufriedenheit über ihr Eindringen in das Land zu erklären. Dies kommt zum Ausdruck im Jahre 1329 in dem Gedicht eines geistlichen Autors, einem Klagelied darüber, daß das ganze Land in die Gewalt der holsteinischen Grafen gefallen sei. Aber das Gedicht schließt damit, auch die moralische Verderbtheit des dänischen Adels und die Unfähigkeit der führenden Politiker zu brandmarken. Mit einem Hinweis auf den Vergleich in

Sonderburg endet das Gedicht mit den Worten: „Weh' dem Land, dessen König ein Kind ist!“

Nachdem viele der holsteinischen Herren Dänemark verlassen hatten und im besonderen nach der Übernahme der Königsmacht durch Valdemar Atterdag veränderte sich die Situation vollends. Die Söhne des Grafen Gerhard hatten das südliche Schleswig als Lehen erhalten, und die Folge war, daß im Jahre 1459 schon 2034 qkm des schleswigschen Herzogtums in den Besitz des holsteinischen Adels gekommen waren. Im Gegensatz hierzu entwickelten sich die Verhältnisse in Nordschleswig in einer ganz anderen Richtung. Nachdem der Herzog das meiste seines Gebietes verpfändet hatte und damit dieser Teil des Herzogtums weitgehend von den Ahlefeldern und Limbeckern auf Søgaard und Tørring beherrscht wurde, gab es hier keinen Boden, der unter den gleichen deutschen Einfluß geraten konnte wie im südlichen Schleswig, obgleich die Bauern dort sich anfangs in einem scharfen sozialen und nationalen Gegensatz zu den holsteinischen Herren befanden.

Es war für Nordschleswig von entscheidender Bedeutung, daß die sich noch im Besitze des holsteinischen Adels befindlichen Güter im nördlichsten Schleswig später, besonders unter Frederik II., aufgekauft wurden und in den Besitz des Königs übergingen. Dies wurde jedoch dadurch einigermaßen wieder ausgeglichen, daß der Kreis Apenrade zusammen mit einem großen Teil Südschleswigs bei der Teilung 1544 dem Herzog zufiel.

*

Diese verhältnismäßig lange Darstellung der mittelalterlichen Verhältnisse ist für das Verständnis der späteren Entwicklung notwendig. Der Handel und Wandel der Fürsten und des Großadels mit ihren Besitzungen, oft noch verstärkt durch eheliche Verbindungen, haben, obwohl der Absolutismus den feudalen Zuständen ein Ende bereitete, notwendigerweise den historischen Verlauf stark beeinflußt. Der Absolutismus wurde jahrhundertlang von den dynastischen Interessen und Gegensätzen getragen, die eine Folge des Versuches waren, den Ripener Vertrag mit seinen später umgestoßenen Bestimmungen über die Unteilbarkeit der Herzogtümer rechtsgültig zu machen. Dieser war von der überwiegend holsteinisch-schleswig-holsteinischen Ritterschaft mit Zustimmung des dänischen Reichsrates erzwungen worden. Aber obwohl die späteren Teilungen die Bestimmung illusorisch machten, wurden die Privilegien der Ritterschaft dennoch aufrechterhalten und damit ihr Einfluß, der bis 1864 erhalten blieb. Von weit größerer historischer Bedeutung wurde die Tatsache, daß die Grenze zwischen dem Königreich und dem Herzogtum bestehen blieb und daß dieser Zustand Jahrhunderte hindurch der Anlaß zu den Auseinandersetzungen wurde, die sein Entstehen hervorgerufen hatte.

Eine glückliche Zeit

Nationalpolitische Gegensätze im modernen Sinne gab es nicht, bevor die Freiheitsgedanken in den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auftauchten. Abgesehen von den Streitigkeiten, die im Jahre 1721 zur Einverleibung Schleswigs in den königlichen Anteil führten, hat man zwei Jahrhunderte lang von der Zeit des Absolutismus als einer glücklichen Zeit sprechen können. Bei seinem hundertjährigen Jubiläum im Jahre 1770 war die Freude in den Herzogtümern, nicht zumindest in Holstein, darüber groß, unter einem guten und gerechten Regime leben zu können, obwohl auch die Ritterschaft mit ihren Privilegien zufrieden sein konnte. Die Berichte über die Jubiläumsfeierlichkeiten in Glückstadt und Altona sprechen von einer großartigen Huldigung des Königs und von freudiger Zufriedenheit mit einem Leben unter friedlichen Verhältnissen, während das Nachbarland Preußen damals vier Jahre lang und darüber hinaus in den folgenden drei Jahren Krieg mit Österreich führte. Sieben Jahre später fand der sogenannte Austausch statt, wodurch das Gottorpsche Holstein mit dem königlichen Anteil vereint wurde. Das geschah nicht aus nationalpolitischen Beweggründen; es hatte zur Voraussetzung das partikularistische Interesse, das das Verhältnis zwischen König und Herzog prägte. Der Zweck war, diese Streitigkeiten, in die auch Rußland verwickelt worden war, aus der Welt zu bringen und um im Norden, wie es hieß, Ruhe zu schaffen. Bei dem Vergleich erhielt die Ritterschaft jedoch einen größeren Einfluß, und in einem Geheimabkommen wurde festgelegt, daß die Studierenden aus beiden Herzogtümern sich zwei Jahre auf der Universität in Kiel aufhalten sollten. Ohne daß es beabsichtigt war, wirkte diese Regelung ein Vierteljahrhundert später im Schleswigschen als Unterstützung des Schleswig-Holsteinismus durch das Beamtentum während der damals aufkommenden nationalen Bewegung.

*

Es handelt sich hier, wohl zum erstenmal in der Geschichte der Herzogtümer, um ein nationales Verhältnis. Früher, unter dem Regiment Struensees und nach seiner Hinrichtung im Jahre 1772, hatte sich in Kopenhagen eine stark nationalgeprägte Reaktion gegen den deutschen Einfluß in der Verwaltung gezeigt, die sogar bewirkte, daß die Korrespondenz der Kanzlei mit den Amtmännern in Schleswig auf dänisch geführt wurde. Wenn auch Struensees Bestrebungen darauf hinausgingen, fortschrittliche Reformen – von denen einige jedoch soziale Unzufriedenheit hervorriefen – durchzuführen, ließ sein fremdländisches Auftreten einen heftigen Zorn gegen ihn und gegen jegliches Deutsche in der Hauptstadt aufkommen. Das veranlaßte den Dichter Johannes Ewald, von dem man wissen will, daß er auch die deutsche Sprache „gebrauchte“, in seinem Lustspiel „Harlequin Patriot“ (1772) über den unechten Patriotismus zu harzellieren. Die ironische Replik in dem Stück: „All unser Verdruß ist deutsch“,

wurde komischerweise später lange Zeit hindurch mit umgekehrtem Vorzeichen gebraucht.

Der Nationalitätsbegriff im modernen Sinne, der seinen Ursprung in der Französischen Revolution hat, wurde erst nach dem Wiener Kongreß (1814/15) wirksam. Dem Kongreß oblag vorerst die Wahrung der dynastischen Interessen, weshalb seine Beschlüsse mit dem erwachenden volklichen und nationalen Freiheitsdrang, der sich in dem nun errichteten, aus 39 Staaten bestehenden Deutschen Bund bemerkbar machte, in Konflikt geraten mußten. Man hörte nicht auf den dänischen König Frederik VI., der an dem Kongreß teilnahm und auf Norwegen hatte verzichten müssen, als er darauf hinwies, daß die Bevölkerung im Herzogtum Schleswig sich fast ausschließlich der dänischen Sprache bediene. Schon bei der Auflösung des Deutschen Reiches 1806, als Holstein der dänischen Monarchie einverleibt wurde, war ein anderer Anspruch erhoben worden, indem Herzog Frederik Christian von Augustenburg dies als ein Attentat gegen sein Erbrecht auf Holstein betrachtete, wo nur die männliche Linie erbberichtigt war. Das war der Anfang jener Verquickung fürstlicher Erbansprüche und nationaler Strömungen, die später, als die schleswig-holsteinische Bewegung zur Entfaltung kam, eine große Rolle spielen sollten. Als Professor Christian Paulsen in seiner Antwort auf Uwe Jens Lornsens Flugschrift mit dem Vorschlag einer freien gemeinsamen Verfassung für Schleswig-Holstein bekräftigte, daß die Erbfolge des dänischen Königsgesetzes nicht nur für Schleswig, sondern auch für Holstein gültig sein sollte, stellte Herzog Christian August erneut die von seinem Vater erhobenen Erbansprüche und machte nun seine Rechte auf beide Herzogtümer geltend.

Diese Verquickung der fürstlichen Erbansprüche und des neuen, liberal betonten Schleswig-Holsteinismus war ein Vorläufer der national-liberalen Bewegung in Dänemark, die die Einverleibung Schleswigs in das Königreich forderte. Als Lornsens Vorschlag eines selbständigen Schleswig-Holsteins in Personalunion mit Dänemark erschien, geschah es im Gegensatz zu der dänischen Gesamtstaatspolitik. Aber nach Annahme der freien dänischen Verfassung des Jahres 1849 und der Beendigung des dreijährigen Krieges war die Situation eine völlig andere. In den vorausgegangenen Jahren war in Nordschleswig eine dänische Bewegung ins Leben gerufen worden, die für die Rechte der dänischen Sprache eintrat und sich gegen das gesamtstaatliche, deutschgeprägte Beamtenregime wandte, und in den Jahren bis zum Kriege 1864 erwachten die nationalen Leidenschaften mit einer noch nie gekannten Stärke.

*

Es ist in einer mehr schematischen Darstellung nicht möglich, auf Einzelheiten einzugehen, und es war ja auch nur die Absicht, zu versuchen, die sich durch die Jahrhunderte hindurchziehende geschichtliche Schicksalslinie aufzuzeichnen. Es

wurde dabei Wert darauf gelegt, die Folgen der mittelalterlichen Belehnung Schleswigs und seiner späteren Teilungen aufzuzeigen. Dieser ganze historisch-tragische Verlauf mußte unweigerlich die Bevölkerung prägen und zu einer Aufspaltung in zwei nationale Lager führen.

Die nationalen Gegenströmungen

In den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatten die wirtschaftlichen Umstände wieder die nationalen Gefühle wachgerufen. Besonders in Süd- und Mittelschleswig wandte sich die Bevölkerung nun gegen das dänische Regime, unter welchem man sich vor nur siebenzig Jahren sicher gefühlt und das man in offiziellen Ehrenbezeugungen gepriesen hatte. Hinzu kam der erwachte Schleswig-Holsteinismus mit seinen Bestrebungen, ein selbständiges und nationales Schleswig-Holstein zu schaffen. Man stützte sich hierbei auf die zweifelhaften augustenburgischen Erbensprüche und hoffte, daß demnach ein zukünftiges Schleswig-Holstein in den Deutschen Bund, zu dem Holstein schon gehörte, aufgenommen werden könnte. Da man also, was Holstein betrifft, von seiten der dänischen Regierung keine Einwendungen gegen eine solche Einverleibung machen konnte, wurde nunmehr die staatsrechtliche Stellung Schleswigs in Verbindung mit den von den Großmächten garantierten Abmachungen über die Erbfolge beider Herzogtümer der Anlaß zu den folgenden Auseinandersetzungen. Aus dieser „europäischen Notwendigkeit“ ergab sich, daß die dänische Verfassung nicht für die Herzogtümer galt. Das kleine Schleswig war nun auf einmal ein Bestandteil Europas geworden.

Abgesehen von dem britischen Premierminister Palmerston, der gesagt haben soll, daß er mit noch zwei anderen der einzige sei, der die schleswig-holsteinische Frage begriffen, aber völlig wieder vergessen habe, gab es noch jemand, der sie verstand oder jedenfalls ihre verwickelte Situation auszunutzen gewillt war: Otto von Bismarck, seit dem Jahre 1862 Ministerpräsident in Preußen.

Als die dänische Novemberverfassung von 1863 mit der Gesamtstaatsordnung brach und Schleswig dem dänischen Staat einverleibte, ohne die Londoner Abmachungen von 1851/52 über Schleswigs staatsrechtliche Gleichberechtigung und die fürstlichen Erbrechte zu berücksichtigen, griff er zu – und der Krieg von 1864 war eine Tatsache. Aber von da ab gab es auch kein selbständiges Schleswig-Holstein mehr, und im Laufe einer kürzeren Reihe von Jahren hatte Preußen den Schleswig-Holsteinismus dieses Jahrhunderts mit Haut und Haaren verschlungen.

*

So leicht ging es nicht mit dem dänischsprechenden Schleswig, abgesehen natürlich von dem sogenannten Heimdeutschtum in Nordschleswig. In dem früheren gottorpschen Gebiet konnte dieses sich vielleicht auf eine schwache deutsche Überlieferung berufen. Aber in seinem eigentlichen Bestandteil war es

weit neueren Ursprungs. Eine Untersuchung der Verhältnisse der Familiengeschlechter wird zweifelsohne die Auffassung unterbauen können, daß es auf sozialer, gesellschaftlicher Basis aufgebaut worden ist, mit anderen Worten: durch einen sozialen Aufstieg, der schon in der Zeit des Gesamtstaates Anschluß an die deutschen Beamtenkreise der Gemeinden und Städte und somit in einem gewissen Grad Anschluß an deutsche Kultur gefunden hatte. Dieser Behauptung wird man sicherlich die Tatsache entgegenstellen, daß die Verbindung des nördlichen Schleswigs mit dem Königreich, abgesehen von der Sprache, durch die administrative Trennung jahrhundertlang nur eine sehr begrenzte gewesen ist. Ohne Rücksicht hierauf fand gleichzeitig eine gewisse Einwanderung von Norden statt, wie es auch im südlichen Schleswig vom Süden her der Fall war. Man hinderte damals eine solche Entwicklung, die heute als nationale Infiltration bezeichnet werden würde, nicht. Wie die schleswig-holsteinische Bewegung in ihren Anfängen, so war auch die dänische Bewegung zunächst sehr schwach, als sie in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts ins Leben gerufen wurde. Das damalige absolutistische Regime vorausgesetzt, reagierte sie auf eine sprachliche und gesellschaftliche Diskriminierung, von der in Holstein und im südlichen Schleswig infolge der vorhergegangenen Entwicklung verständlicherweise keine Rede sein konnte. Ein solches Gefühl fand in dem Lied „Lang genug bin ich Bauernmagd gewesen“, das der Pastor von Dippel, K. Karstensen, nach der Schlacht bei Idstedt schrieb, seinen Niederschlag.

Wenn die nationalen Gegensätze in Nordschleswig in den Jahren nach dem dreijährigen Krieg stärker wurden, verdankt man dies nicht nur dem Unwillen gegen das Auftreten schleswig-holsteinischer Kreise in den vorhergegangenen Jahren, sondern auch dem in Mittelschleswig beginnenden Widerstand gegen das Sprachreskript von 1851. Seine Durchführung ist mit Recht auch dänischerseits stark kritisiert worden. Unter den gegebenen Verhältnissen mußte es mit einer Niederlage enden.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Bismarck von Anfang an, ungeachtet der Sympathie König Wilhelms, des Kronprinzen Friedrich und bedeutender deutsch-liberaler Kreise für die augustenburgischen Erbansprüche, deutlich auf die Einverleibung beider Herzogtümer unter die preußische Krone hinarbeitete. In diesem Zusammenhang ist es interessant, die Haltung, die er in den Jahren nach 1864 einnahm, zu beobachten. Als man im Jahre 1865 von augustenburgisch-schleswig-holsteinischer Seite von Bismarcks „Gewaltpolitik“ sprach, erschien in dem von ihm dirigierten „Preußischen Staatsanzeiger“ ein Artikel, der geradeheraus eine Bedrückung der dänischen Nationalität in Nordschleswig als unklug bezeichnete und darüber hinaus andeutete, daß die dänischen Nordschleswiger nicht Hilfe und Schutz in einem schleswig-holsteinischen Staat finden könnten. Damit war natürlich gemeint, daß sie dies unter Preußen erhalten

würden. Gleichzeitig entfaltete Bismarck in Nordschleswig gegen die Augustenburger eine Propaganda, die sogar Verständnis für die Wiedervereinigungswünsche der dänischen Bevölkerung zeigte.

Die Beweggründe Bismarcks

Als er nach dem preußischen Sieg über Österreich und dem Frieden in Prag am 20. Dezember 1866 seine stark beachtete Rede im Preußischen Abgeordnetenhaus hielt, offenbarte er zum erstenmal die eigentlichen Beweggründe seiner Politik. Als Antwort auf den Redner für die augustenburgischen Interessen, den Abgeordneten Twesten, der u. a. ausgesprochen hatte, daß der Artikel 5 des Prager Friedens sich in Gegensatz zu der Unteilbarkeit Schleswig-Holsteins befände, machte er darauf aufmerksam, daß man nicht die ganze Weltgeschichte von einem schleswig-holsteinischen Standpunkt aus betrachten könne. Diese an sich richtige und immer noch gültige Auffassung schloß natürlich nicht das umgekehrte Verhältnis aus, das die schleswig-holsteinische Frage von einem weltpolitischen Standpunkt betrachtet werden könne und müsse. Das war die von Bismarck bisher und auch weiterhin verfolgte Linie.

Früher hatte er bei mehreren Gelegenheiten seine persönliche Sympathie für eine Volksabstimmung gemäß dem Artikel 5 des Prager Friedens geäußert, sich jedoch zuletzt darauf beschränkt, daß sie nur die nördlichen Gebiete umfassen solle. Jetzt sagte er, daß eine vollständige Durchführung des Nationalitätenprinzips auf Grund der geographischen Verhältnisse unmöglich sei, jedoch fügte er hinzu, daß eine Bevölkerung, die nicht preußisch oder deutsch sein wolle, keine Stärke für die Macht, von der sie sich lösen wolle, bedeuten würde. Das war eine Probe der politischen Kunst der Balance, für die er so sehr gerühmt wurde, die jedoch seine Antwort auf den augustenburgischen Erbanspruch bei derselben Gelegenheit fast in den Schatten stellte. Hierin präziserte er seinen Standpunkt folgendermaßen:

1. eine Personalunion sei besser als das Existierende;
2. ein selbständiger Fürst sei besser als eine Personalunion;
3. eine Zugehörigkeit zum preußischen Staat sei besser als ein selbständiger Fürst.

Bismarck erstrebte eine staatspolitische Lösung, keine Entscheidung nach dem Nationalitätenprinzip. Deshalb hatte er kein Verständnis für nationale Minderheiten; sie hatten sich den Interessen des Staates unterzuordnen. Das wurde dann auch der Fall unter einem Zwangsregime, das nach dem Sieg über Frankreich 1871 und nach dem Abkommen mit Österreich über die Abschaffung des Artikels 5 noch fühlbarer wurde. Bismarck hatte nun das Bestreben, die preußischen Eroberungen durch eine geschmeidige Politik nach außen und eine feste Politik nach innen, auch gegenüber den nationalen Minderheiten, zu sichern

und zu konsolidieren. Es versteht sich, daß die Minderheitenrechte damals nicht in demselben Maße, wie es später der Fall wurde, ein politischer oder zwischenvölklicher Begriff waren.

Das bekamen die dänischen Nordschleswiger jetzt zu spüren, jedoch in stärkerem Maße nach Bismarcks Abgang: während der Köllerpolitik der neunziger Jahre und in der folgenden Zeit. Heute ist man sich allerseits darüber im klaren, daß diese Politik mit der Zeit unhaltbar gewesen wäre, wie auch Dänemark unmöglich eine Gesamtstaatspolitik hätte durchführen können. Wozu sie geführt hätte, ist schwer zu sagen, und es ist auch nicht der Mühe wert, darüber zu reden.

Nach der Aufhebung des Artikels 3 des Prager Friedens begann sich das Dänentum in Nordschleswig gegen die unter schleswig-holsteinischem Einfluß geführte preußische Zwangspolitik, die mit der Einführung des Sprachreskripts von 1888 verschärft wurde, zu sammeln. Einer anfänglichen Schwächung, u. a. verursacht durch die Auswanderungen der vorhergehenden Jahre, folgte allmählich ein Aufschwung, und als der erste Weltkrieg ausbrach, hatte die sinnlose Köllerpolitik mit ihren Ausweisungen und Verboten eine Niederlage erlitten. Ganz entgegen ihrer Absicht hatte sie das dänische Eintreten für Sprache, Kultur und Gerechtigkeit gefördert. Gegen die zwangspolitische Tätigkeit des Nordmarkvereins erhob sich 1909 eine deutsche Opposition, die sich innerhalb des Nordschleswigschen Pastorenvereins und des Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark sammelte. Eines größeren Zustroms oder Einflusses erfreuten sich diese Vereine nicht, aber man muß in ihrer Wirksamkeit den ersten Versuch erblicken, im deutschen Interesse für die dänische Bevölkerung Freiheit zur Pflege ihrer eigenen Kultur zu erreichen.

Die Entscheidung 1920

Die Entscheidung des Nationalitätenkampfes wurde durch die Volksabstimmung 1920 getroffen. Das geschah nach dem Nationalitätenprinzip, das im Jahre 1865 im Preußischen Staatsanzeiger proklamiert und von dem Bismarck angeblich ein Anhänger, das aber nie angewandt worden war. Der Abstimmungskampf und die Verlegung der Grenze riefen nun einen neuen Schleswig-Holsteinismus mit einer jedoch später gemäßigten Forderung nach einem unteilbaren deutschen Schleswig hervor. Während der späteren sogenannten Locarno-Periode erklärte die Regierung der Weimarer Republik, daß es keine Grenzen für die deutsche Kultur gebe; aber obwohl die deutsch-dänischen Gegensätze nun auf eine kulturelle Grundlage gestellt waren, wurde der Kampf um die Grenze doch fortgesetzt. Dies ging aus den Wahlergebnissen hervor, und sie bekräftigten in den Jahren bis 1945 die Auffassung, daß die Grenzziehung auf einer gerechten Grundlage geschehen war.

Diese Lage veränderte sich jedoch mit einem Schlage nach dem totalen

Zusammenbruch des Hitler-Deutschlands und des Nationalsozialismus. Während die deutsche Stimmenzahl in Nordschleswig nun beträchtlich zurückging, erhielt die neuentfachte dänische Bewegung in Südschleswig einen überwältigenden Zustrom. Daß er nicht von Dauer war, ist verständlich, aber die dänische Minderheit hat heute eine Ausdehnung wie nie zuvor seit 1864 erreicht. Sie scheint sich zahlenmäßig in einer stabilisierenden und normalisierenden Entwicklung zu befinden. In grenzpolitischer Hinsicht ist die Situation eine ganz andere als in der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen in dem damals von Minderheiten-Gegensätzen beunruhigten Europas geworden.

*

Mit diesem in großen Zügen gegebenen Rückblick, der als Querschnitt durch die verschiedenen historischen Epochen seit einem mittelalterlichen bis zu einem sich sammelnden und zusammenarbeitenden demokratischen Europa gelten mag, sind wir zu den ernstesten Problemen der Neuzeit vorgedrungen. In dem neuen Europa erstrebt man nun ein Vertrauensverhältnis zwischen den Nationen, so wie es in den deutschdänischen Minderheitenerklärungen und der späteren Entwicklung zum Ausdruck kommt und die die neue demokratische Entwicklung voraussetzt. Dieser neue Zustand schließt nicht die Selbstbehauptung der nationalen Kulturen aus. Im Gegenteil bietet sie Möglichkeiten einer Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg, die an jene friedliche Zeit, die im Gesamtstaat herrschte, erinnern kann. Belehrt von den Fehlgriffen der Vergangenheit, müssen die zwei Nationalitäten in unserem Grenzland durch Überwindung alter Vorurteile zu gegenseitigem Respekt gelangen können. Mit alten Vorurteilen sind hier der Staatsegoismus und der Nationalismus gemeint, die das Ergebnis der Freiheitsbestrebungen des vorigen Jahrhunderts waren und die trotz ihrer positiven Seiten zu dem Unglück Europas beigetragen haben.

Schatten der Vergangenheit

Persönliche Gedanken eines Grenzlanddeutschen

Wer kennt diese Anekdote nicht? Königin Viktoria, nach der ein ganzes britisches Zeitalter benannt wurde, bittet ihren Kabinettsminister Palmerston um einen Bericht über die schleswig-holsteinische Frage. Palmerston verbeugt sich und sagt: Majestät, nur drei Leute in England wissen darüber Bescheid, der eine ist tot, der andere ist geisteskrank geworden, und der dritte bin ich, „but I have forgotten all about it“.

Die Anekdote ist so beliebt, weil sie vielen hilft, sich aus der Affäre zu ziehen, wenn die verwickelten Verhältnisse unserer Heimat zur Sprache kommen. Aber was nützt uns, die wir aus dem Grenzland Schleswig stammen, die graziöse Verbeugung Palmerstons? Was für andere ein Kapitel des Geschichtsunterrichts ist, dessen Konturen undeutlich bleiben, sind für uns Schatten der Vergangenheit, die uns folgen.

Der stumme Reiterkönig

In Kopenhagen führt mich mein Weg oft durch die Bogengänge der Reitbahn des Schlosses Christiansborg: mit dem Reithaus, dem Hoftheater, den Pavillons an der Marmorbrücke über dem Frederiksholm-Kanal. Manchmal stelle ich mich neben die Reiterstatue des Königs Christian IX., der sich vom hohen Sockel herab die Kaleschen, Landauer und Vis-a-vis-Wagen anschaut, die aus dem königlichen Fuhrpark herausgeholt worden sind und von prächtigen Pferden auf der Reitbahn „bewegt“ werden. Welch freundliches Bild.

Der König sieht aus, als lächele er. Es ist wohl nur ein Spiel der Wintersonne in seinem bronzenen Gesicht. Oder denkt er an das merkwürdige Geschehen, das ihn, der im Schloß Gottorf geboren wurde, im Jahre 1852 als „Protokollprinzen“ zum dänischen Thronfolger machte? Oder an die dramatischen Ereignisse, die ihn, dessen tiefster Wunsch es war, den dänisch-deutschen Gesamtstaat zu erhalten, im Jahre 1863 zwangen, die „Novemberverfassung“ zu unterschreiben, durch die der Gesamtstaat endgültig zu Fall kam?

Vielleicht gilt sein Lächeln dem Galacoupe, das jetzt über die Reitbahn rollt. Nur zu gut erinnert er sich an den Frühjahrstag 1892, als er, der „Schwiegevater Europas“, mit seiner Königin Louise aus dem Hause Hessen-Kassel anlässlich der goldenen Hochzeit in diesem Wagen, den ihm das Kopenhagener Handwerk zum Geschenk gemacht hatte, durch die Hauptstadt fuhr und durch die

Spiegelscheiben den jubelnden Kopenhagenern zuwinkte. – Wie sich die Zeiten ändern! Nur eines bleibt: der „Königliche Stalletat“ an der Reitbahn.

Die Tragödie von 1848

Der Bogen, den das Leben Christian IX. beschreibt, erinnert uns daran, daß wir die Entwicklung um 1864 nicht verstehen können, ohne einen Blick auf das Jahr 1848 zu werfen, als die französische Februarrevolution die Initialzündung für die Erhebungen in Kopenhagen und in den Herzogtümern wurde. Man muß beide in einem Atemzuge nennen: Hier wie dort sind es die liberalen Kräfte, die mit Naturgewalt durchbrechen, hier wie dort verbinden sie sich mit dem nationalen Gedanken. Die Ideengrundlage ist, auf den Kern zurückgeführt, dieselbe.

Professor Alexander Scharff hat darauf hingewiesen, daß sich vor dem Schisma von 1848 zwischen dem Kreis der Kieler Liberalen um Hegewisch und den dänischen Liberalen Tscherning und David, zwischen dem Dithmarscher Hans Reimer Claussen und Orla Lehmann eine Zeitlang freundschaftlicher Gedankenaustausch entwickelte, und daß die Kopenhagener Zeitung „Kjøbenhavsposten“ Uwe Jens Lornsen einen ehrenden Nachruf widmete¹.

Mir ist es immer als die eigentliche Tragödie des „Schleswigschen Krieges“ von 1848 bis 1851 erschienen, daß es von beiden Seiten die liberalen Kräfte waren, die aufeinanderprallten. Je mehr eine neue dänische Generation sich von dem Blickpunkt befreit, der mit dem Begriff des „Aufruhrs“ in den Herzogtümern verbunden ist, um so mehr wird sie den Eigenwert des Freiheitsdranges respektieren, der die schleswig-holsteinische Jugend bis vor die Festung Fredericia führte und auch in der Niederlage zu dem tapferen Kampf bei Idstedt befähigte.

Gewiß, das Dynamische der liberalen Ideengrundlage mag auf schleswig-holsteinischer Seite stärker von der Berufung auf verbrieft Landesrechte überdeckt sein; ein Bild, zu dem die Nachfahren allzusehr beigetragen haben. Aber selbst in der Verknüpfung des Liberalen mit dem Nationalen ist die Gemeinsamkeit im Ausgangspunkt unverkennbar: Die Dänen wollten einen dänischen Nationalstaat, die Schleswig-Holsteiner ein selbständiges Land in einem vereinigten Deutschland. Die Kettenreaktion entstand, weil weder die einen noch die anderen auf das Herzogtum Schleswig verzichten wollten.

Das Provisorium von London

An dem Verlauf der preußischen Intervention im „Schleswigschen Kriege“ zeigt sich deutlich, wie sehr die Entwicklung Schleswig-Holsteinern wie Dänen aus den Händen glitt: Waffenstillstand von Malmö am 26. August 1848, wieder Waffenstillstand am 10. Juli 1849 in Berlin mit nachfolgender Besetzung Schleswigs durch schwedische Truppen, preußische Resignation im Vertrag von

Olmütz am 29. November 1850 und schließlich Unterzeichnung des „Londoner Protokolls“ am 8. Mai 1852 – alles Etappen, von gebietsfremden Interessen bestimmt.

Für die Schleswig-Holsteiner war Preußens Verhalten ein „Verrat an einem Bruderstamm“, der sich ihnen tief einprägte. Auf dänischer Seite trat eine psychologische Wirkung ein, die am nächsten Wendepunkt die Neigung zum Vabanque-Spiel verstärkte, denn offensichtlich ging die dänische Gleichung in dem Rechenstück der europäischen Großmächte immer auf.

Aber was lag im Interesse der europäischen Großmächte? Der status quo ante: die Wiederherstellung der Gesamtmonarchie auf einer noch möglich erscheinenden Grundlage aus politisch-strategischen Überlegungen, die sich auf Holstein und die Riegelstellung Dänemarks an der Ostsee bezogen, jedoch an Schleswig desinteressiert waren.

Eine Restaurierung der Gesamtmonarchie unter solchen Vorzeichen konnte nur ein Provisorium sein, weil sie den bewegenden inneren Mächten in den Herzogtümern ebenso wie in Dänemark entgegenstand. Die Schleswig-Holsteiner, die auch der Regelung der Thronfolgefrage im „Londoner Protokoll“ nicht zustimmten, konnten sich nicht damit abfinden, daß das politische Band zwischen Holstein und Schleswig zerschnitten wurde, daß das dänische Volk nicht damit, daß Schleswig dennoch kein Teil des dänischen Nationalstaats wurde und daß die Gesamtmonarchie durch Holstein in die deutsche Frage verwickelt blieb.

Die letzte dänische Chance

In meiner Kindheit blätterte ich oft in Familienpapieren. Mütterlicherseits gab es die alte Schulmeisterfamilie Henningsen in Angeln. Die Chronik erzählte von dem Lehrer und Küster Christian Henningsen, dem die Gemeinde Taarstedt am 20. Juni 1850 anlässlich seines fünfzigjährigen Amtsjubiläums ein Fest gab – fünf Wochen vor der Schlacht bei Idstedt. Der Alte war ein schleswig-holsteinischer Patriot, der sich ein selbständiges Schleswig-Holstein in einem vereinigten Deutschland ersehnte, aber er war zugleich gewohnt, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist.

„Während der Kriegszeit war das Haus stark mit Militär belegt“, so las ich in der Chronik. Dänen und Preußen lösten sich ab. Den Dänen gegenüber verhehlte er seine echt schleswig-holsteinische und deutsche Gesinnung nicht. Einem Offizier gegenüber machte er die Ansicht geltend, daß die preußischen Soldaten Werkzeuge der Reaktion seien, daß sie mit den Dänen unter einer Decke spielten und daß sie gesandt seien, ihnen Schleswig-Holstein in die Hände zu spielen. Es kam zu einem sehr stürmischen Auftritt.

Es konnte nicht ausbleiben, daß Henningsen als politisch unruhig auf die Aufrührerliste kam, als die dänische Herrschaft 1851 wiederhergestellt wurde. Er

wurde vielen Schikanen ausgesetzt und stand in Gefahr der Absetzung. Es war dem dänischen Kommandanten gemeldet worden, daß Henningsen verbotene Bücher im Hause habe, zum Beispiel den „Bildungsfreund“ von Burgdorf, ein Lesebuch, und die Rechenbücher von Saß. Was auch nur den Namen Schleswig-Holstein enthielt, war verboten.

Nun waren die genannten Bücher allerdings versteckt im Hause. Eine Haussuchung war ergebnislos; still zogen die Dänen ab. Henningsen hatte indessen keine Ruhe. Er quälte sich mit dem Gedanken: Wenn sie nun wiederkommen und du deine Aussage „Ich habe nichts Verbotenes“ beschwören sollst! In der Nacht raubte es ihm den Schlaf. Da sprang er plötzlich aus dem Bett, lief im Hemd zum Ofen und legte Feuer an.

Mit Entsetzen sah seine Frau, die erwacht war, ihn hantieren. Sie glaubte wohl, er sei verrückt geworden. Auf ihre angstvolle Frage: „Vatter, Vatter, wat makst du? Wat is da los?“ erhielt sie keine Antwort. Er hantierte weiter, murmelte mitunter dazu, holte die Bücher, zerriß den Umschlag, zerriß die Bücher und übergab sie den Flammen. Still stand er jetzt da und sah zu, bis alles verbrannt war. Dann war der Bann gebrochen. Mit dem frohen Ausruf: „So, nu lat se man kamen!“ legte er sich ins Bett und schlief beruhigt ein.

Als der dänische Pastor Ewaldsen das Amt in Brodersby und Taarstedt erhielt und Henningsen als treuen, pflichteifrigen Lehrer, als hochangesehenen Freund und Berater der Gemeinde kennenlernte, der alles andere, nur kein Agitator war, hörten die Belästigungen auf. Das Verhältnis gestaltete sich zu einem sehr herzlichen, und der Alte wurde Freund und Berater auch des jungen Pastors. Dieser hielt ihm eine ergreifende Begräbnisrede über das Wort: „Ei, du frommer und getreuer Knecht...“²

Dieses kleine Zeitbild der Chronik enthielt drei Momente, die mich stark bewegten: die heftigen Anklagen des Schulmeisters gegen Preußen, die Stupidität des zurückkehrenden dänischen Regimes und die verständige Hand des dänischen Pfarrers, der nicht zu den „schwarzen Gendarmen“ gehörte, wie von den Schleswig-Holsteinern manche seiner Kollegen genannt wurden.

Hatte Dänemark in dieser Periode des Provisoriums von 1851 bis 1863 vielleicht die letzte Chance, einen großen Teil der schleswigschen Bevölkerung auch südlich der nordschleswigschen Gebiete positiv für sich zu gewinnen, und wurde diese Chance mit Gendarmerie-Mißgriffen, Tillisch-Sprachreskripten und Regenburg-Administration verspielt? Vieles spricht dafür. Die Nationalitätenscheidung war draußen auf dem Lande noch im Werden, zugleich lebte in der älteren Generation das Gesamtstaatsdenken, und die bewußten Schleswig-Holsteiner waren enttäuscht über die Ohnmacht des deutschen Vaterlandes und verbittert gegen Preußen. Das war eine Chance für Dänemark.

Eine „Art von Desperation“

Alle diese Elemente, von den beiden Erhebungen im Jahre 1848 und dem Krieg, über den Schwebezustand der Zwischenkriegszeit bis zur gefahrdrohenden Zuspitzung im Jahre 1863, gehören zu dem Bilde eines sich zusammenballenden Gewitters, das sich entladen muß und das man sonst nicht zu verstehen vermöchte. Das Eigenartige ist, daß alle klugen Köpfe auf dänischer wie auf schleswig-holsteinischer Seite fühlen, wenn nicht gar wissen, *warum* und *wann* das Gewitter ausbrechen muß.

Warum? Weil Dänemark, dazu getrieben durch nur zeitweilig zu bändigende nationale Energien, die Fessel des „Londoner Protokolls“ sprengen wird, um sich Holsteins zu entledigen und Schleswig enger an sich zu binden. Und wann? Spätestens bei dem Tod des König-Herzogs Frederik VII. und der Thronbesteigung des „Protokollprinzen“ als König Christian IX. Beides trifft mit einem Donnerschlag im Jahre 1863 zusammen, und Professor Troels Fink nennt sehr zutreffend den Hintergrund des dänischen Handelns eine „Art von Desperation“³.

Es ist erstaunlich, mit welcher Nüchternheit die heutigen, jüngeren dänischen Historiker, so auch in der laufenden Fernsehserie des dänischen Staatsrundfunks, die Kette von Ereignissen in Kopenhagen schildern, die mit dem Reskript vom 30. März 1863 über die Sonderstellung Holsteins in der Gesamtmonarchie beginnt und folgerichtig zur „Novemberverfassung“ vom 13. November 1863 bezüglich gemeinsamer Anliegen Dänemarks und Schleswigs führt, die freilich erst am 1. Januar 1864 in Kraft treten soll.

Die inneren Auseinandersetzungen, die Illusionen und Zweifel, die Gefühlsaufwallungen und die Resignation – all dieses auf die Spitze getrieben durch den Tod des alten Königs am 15. November 1863 auf dem Schloß Glücksburg – machen die Periode zwischen dem 13. November 1863 und dem 1. Januar 1864 in Kopenhagen zu einem großen historischen Drama, das bisher noch nicht auf die Bühne gebracht worden ist. Fazit: Dänemark bricht, völkerrechtlich betrachtet, das „Londoner Protokoll“ und nimmt im Vertrauen auf sein Glück und fremde Hilfe die Kriegsmöglichkeit in Kauf.

Daran läßt sich nicht rütteln und deuteln, und vom formalrechtlichen Denken her, wie Preußen es zugrunde legen konnte, haben wir uns diesem Vertragsbruch gegenüber generationenlang auf das hohe Roß gesetzt. Jedoch kommt dabei eines zu kurz: die Erkenntnis, daß die Schleswig-Holsteiner, die freilich weder durch Beschlüsse noch Unterschriften an das „Londoner Protokoll“ gebunden waren, genauso reagierten. Auch sie betrachteten das in London konstituierte Provisorium in keiner Weise als verbindlich. Auch sie handelten in einer „Art von Desperation“.

Hoffnung auf Herzog Friedrich

„Die Schmach ist aus, der eh'rne Würfel fällt. Jetzt oder nie! Erfüllet sind die Zeiten. Des Dänenkönigs Totenglocke gellt. Mir klinget es wie Osterglockenläuten!“ So schrieb Theodor Storm, fern der geliebten Heimat, in seinem „Gräber in Schleswig“, und die Gleichsetzung von Totenglocken und Osterglocken trifft uns heute noch mit befremdlicher Härte als Echo einer Zeit des bittersten Gegeneinanders. Politisch kommt die schleswig-holsteinische Einstellung in der Meldung des „Kieler Wochenblatts“ über den Tod des König-Herzogs zum Ausdruck:

„Nach offiziellem Bericht ist Se. Maj., der König Friedrich VII., am 15. November, nachmittags 2½ Uhr, auf dem Schlosse Glücksburg gestorben. Mit ihm erlischt die Königliche Linie des Oldenburgischen Regentenhauses, welche seit 1460 in ununterbrochener Reihe über unser Land geherrscht hat, und an uns heran tritt jetzt die verhängnisvolle Frage der legitimen Erbfolge. Welchen politischen Wechselfällen wir unter diesen Umständen entgegengehen, das entzieht sich aller menschlichen Berechnung. Nur soviel bleibt zu wünschen, daß die kommende Zeit unser Volk mit dem Bewußtsein seines Rechts, mit Mut und Ausdauer gerüstet finden möge!“

Quintessenz dieser Darstellung, die zur Beschlagnahme des Blattes durch die dänische Administration führte, ist die Nichtanerkennung der Erbfolgeregelung des „Londoner Protokolls“. Die Bedeutung des Auftretens des Prinzen Friedrich – des erstgeborenen Prinzen des als nächste Linie des Oldenburgischen Hauses empfundenen Hauses Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg – als Herzog von Schleswig-Holstein liegt darin, daß er den Schleswig-Holsteinern eine Alternative in die Hand gab.

„Schleswig-Holsteiner! Von der Überzeugung durchdrungen, daß mein Recht Eure Rettung ist...“ – erschienen am Tage der Ausrufung des „Protokollprinzen“ zum König Christian IX. von Dänemark in Kopenhagen. Ein Gegenherzog also, der von einem namhaften Historiker wie dem aus Flensburg stammenden, in Göttingen lehrenden Professor Georg Waitz in einer weithin bekannt werdenden Acht-Seiten-Schrift mit den Worten gestützt wurde: „Man darf sagen: kein Recht eines regierenden Hauses in Deutschland und Europa ist besser begründet als das des Herzogs Friedrich...“

Mit dem Herzog wollen die Schleswig-Holsteiner, losgelöst vom „Londoner Protokoll“, ihr altes Ziel eines selbständigen Landes in Gesamtdeutschland erreichen. Man vergesse nicht die Voraussetzungen: Der Deutsche Bund, seit dem Wiener Kongreß blasser Nachglanz des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, hatte bereits am 1. Oktober 1863 die Bundesexekution bezüglich Holsteins gegen Dänemark beschlossen. Am 23. Dezember 1863 überschritten unter dem Jubel der Schleswig-Holsteiner sächsisch-hannoversche

Bundestruppen die Grenze Holsteins, das von Dänemark kampflos geräumt wurde.

Bismarcks „Meisterstück“

Nicht nur die Dänen, auch die Schleswig-Holsteiner spielen ein hohes Spiel jenseits des „Londoner Protokolls“, und ihre Konzeption hat nichts mit der preußischen zu tun, so sehr sich diese Dinge auch in späteren Stadien verwirrt haben. Beide Seiten, die dänische und die schleswig-holsteinische, unterliegen auch demselben historischen Irrtum, die Außenpolitik Bismarcks, als den für den Ausgang des Ringens entscheidenden Faktor, entweder gar nicht mit einzukalkulieren oder gänzlich zu unterschätzen. Aber konnte das anders sein?

Im Blick auf die Fehleinschätzung Bismarcks in Kopenhagen ebenso wie in den Herzogtümern ist es bei dem Wissen über den historischen Ablauf, das wir heute haben, allzu leicht, zu sagen: „Wen Gott verderben will, den schlägt er zuvor mit Blindheit!“ Aber was konnte man 1863 über Bismarck wissen? Nicht sehr viel. Erst am 23. September 1862 hatte König Wilhelm ihn in verzweifelter Konfliktsituation mit dem Landtag über die Heeresverstärkung als letzte und gewagte Trumpfkarte zum preußischen Ministerpräsidenten berufen.

Nach allen normalen Maßstäben war Bismarck, dessen politisches Genie sich noch nicht offenbart hatte, als Folge des innerpreußischen Konflikts in einer äußerst schwachen Position. Und wer erkannte die Wirkung des ersten meisterlichen Schachzugs Bismarcks: der „Alvenslebenschens Konvention“, durch die er Rußland Hilfe gegen den polnischen Aufstand zusicherte und es damit als potentiellen Gegner in den Händeln um Schleswig-Holstein neutralisierte?

In seiner Bedeutung noch unerkannt, betritt mit Bismarck ein kühler Rechner die europäische Bühne, die damals die Welt bedeutete, der, wie er selbst in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ erklärt, bezüglich Schleswig-Holsteins „von Anfang an die Annexion unverrückbar im Auge behalten“ wollte. Bedenkt man das hohe, kaum verstandesmäßig begrenzte Spiel der Dänen und der Schleswig-Holsteiner, so sticht dagegen um so stärker die „Risikotabelle“ Bismarcks ab⁴:

„Die Abstufungen, welche in der dänischen Frage erreichbar erschienen und deren jede für die Herzogtümer einen Fortschritt zum Besseren im Vergleich mit dem vorhandenen Zustand bedeutete, gipfelte meines Ermessens in der Erwerbung der Herzogtümer für Preußen, wie ich sofort nach dem Tode König Friedrichs VII. (am 15. November 1863) in einem Conseil ausgesprochen habe.“

„Wäre das höchste Ziel nicht zu erreichen gewesen, so konnten wir trotz aller Augustenburgischen Verzichtleistungen auf die Einsetzung dieser Dynastie und die Herstellung eines neuen Mittelstaates eingehen, wenn die preußischen und deutsch-nationalen Interessen sichergestellt wurden, die durch das Wesentliche der nachmaligen Februarbedingungen, Militärconvention, Kiel als Bundeshafen

und den Nord-Ostsee-Canal, gedeckt waren.“

„Wäre auch das ... nicht zu erreichen gewesen ohne Isolierung Preußens von allen Großmächten einschließlich Österreichs, so stand zur Frage, auf welchem Wege für die Herzogtümer, sei es in Form der Personalunion oder in einer andern, ein vorläufiger Abschluß erreichbar bliebe, der immerhin eine Verbesserung der Lage der Herzogtümer hätte sein müssen.“

Diese „Risikotabelle“ enthielt alle Möglichkeiten, nur nicht die der Katastrophe, wie ja die wahre Meisterschaft Bismarcks, trotz aller landläufigen Auffassungen, gerade darin bestand, die Grenzen jeder Entwicklung abzustecken und einzuhalten; und doch vermag die Kälte, mit der er die Sache, für die dänische wie schleswig-holsteinische Herzen schlugen, objektiviert, noch heute manchen innerlich zu treffen.

Der Hebel, den Bismarck ansetzt, ist derjenige der Legitimität: Im Gegensatz zu Dänen und Schleswig-Holsteinern stellt er sich auf den Boden des „Londoner Protokolls“, bindet dadurch die europäischen Mächte an ihre Unterschrift, zieht Österreich als Bundesgenossen in die Intervention hinein, überspielt den Deutschen Bund und stellt Dänemark am 16. Januar 1864 vor ein preußisch-österreichisches Ultimatum mit zweitägiger Frist, von dem er weiß, daß es zum Bruch führen muß.

An den sächsisch-hannoverschen Bundestruppen in Holstein vorbei marschieren Preußen und Österreicher in Richtung auf Schleswig. In Holstein haben schleswig-holsteinisch gesinnte Bevölkerungskreise nicht vergessen, was in der Erhebungszeit geschah, und mit Verbitterung haben sie von dem Festhalten Bismarcks an dem „Londoner Protokoll“ erfahren. Sie zeigen vor allem den preußischen Truppen – im Gegensatz zu den Bundestruppen – Kälte und Mißtrauen. Manche Preußen haben das Gefühl, als zögen sie in Feindesland ein. Erst in Schleswig kommt es zu Freudenkundgebungen bewußter Schleswig-Holsteiner, die sich von der „Drangsalszeit“ befreit fühlen.

Auf den Spuren des Krieges

Alle Abschnitte des Krieges von 1864 werden in dieser Zeit anlässlich der hundertjährigen Wiederkehr in Publikationen, Presse, Rundfunk und Fernsehen eingehend geschildert. Es geschieht, wie es ganz natürlich ist, mit dem Fernrohr, als läge alles in tiefster Vergangenheit; und doch hatten unsere Großväter oder Väter noch persönliche Erinnerungen daran, sie haben uns davon erzählt, und wir selbst sind als Schulkinder, die im nordschleswigschen Grenzland aufwuchsen, durch das Danewerk und über die Düppeler Schanzen getrabt, geführt von innerlich bewegten Lehrern und Redakteuren, denen jeder Hügel und jeder Stein etwas Konkretes bedeutete und deren Geschichtsbild mit 1864 endete, weil das Nachfolgende für sie kaum noch akzeptable Kriegsgeschichte war.

Was mich weit mehr faszinierte als Pulverdampf und Bajonettkampf, war das Schicksal des dänischen Obergenerals de Meza, dem in meiner Kindheit noch längst nicht alle Dänen verziehen hatten, daß er das Danewerk räumte. Das Bild von ihm ist im Gedenkjahr durch dänische Publikationen wieder lebendig geworden⁵.

Bei der Inspektion der Danewerk-Stellung am 4. Februar 1864, einem entscheidenden Tage, trug der Obergeneral einen grünen Pelzmantel mit engen Ärmeln und langen Rockschoßen, die seine Steigbügel und Füße verdeckten. Die Militärmütze, die er seit dem Schleswigschen Kriege trug, war tief in den Nacken gezogen. Mit düsterem Blick und verkniffenen Lippen ritt er durch die Stellungen seiner unter eisiger Kälte leidenden Soldaten.

Wenn sich ein General meldete und zu berichten begann, hörte der Obergeneral eine Weile zu, nickte dann plötzlich leicht mit dem Kopf und ritt wortlos weiter – die fast gespenstische Erscheinung eines zweiundsiebzigjährigen Mannes, der 1849 als Chef der dänischen Avantgarde den Ausbruch aus der Festung Fredericia geführt hatte, aber nun vor dem bittersten Entschluß seines Lebens stand!

Am Abend dieses 4. Februars 1864 erschienen im Prinzenpalais in Schleswig die dänischen Generale in gedrückter Stimmung zum Kriegsrat; auf ihnen lastete die Aufgabe, mit 35 000 ungenügend ausgebildeten, schlecht versorgten, mit veralteten Waffen ausgerüsteten Soldaten das Danewerk gegen weit überlegene preußisch-österreichische Truppen zu halten. Noch dazu eingeengt durch die Anweisung, die Kampfkraft des dänischen Heeres nicht aufs Spiel zu setzen, sondern für die Kämpfe des Frühjahrs zu erhalten.

de Meza war hier wie umgewandelt, klar in seiner Darstellung der Lage, entschieden in seinen Ansichten über die notwendigen Schritte, als hätte er sich selbst überwunden, um das dänische Heer vor dem drohenden Cannae zu retten, das der Große Generalstab Moltkes ihm zugedacht hatte, de Meza trug seinen Generalen die Notwendigkeit der Räumung des Danewerks vor.

Die Generale zögerten, brachten Bedenken vor, erwogen den Kampf bis zum letzten Mann, fürchteten die Reaktion der dänischen Öffentlichkeit, de Meza fuhr sie an: „Wir stehen nicht hier, um den Beifall der Zuschauer zu finden!“ Die Debatte hielt an, man kam zu keiner Klarheit, bis de Meza plötzlich erklärte, wenn die Meinungen so verschieden seien, müsse man im Danewerk bleiben. Da schreckten die Militärs zurück. Es kam zur Ausarbeitung des Rückzugsprotokolls. Unverkennbar sind die ritterlichen Züge de Mezas. Er bot an, das Protokoll allein zu unterschreiben und die ganze Verantwortung auf sich zu nehmen. Die Generale bestanden darauf, ihren Namenszug darunterzusetzen, de Meza aber hielt den Artilleriegeneral Lüttichau davon ab mit der Begründung, dieser müsse sein ganzes schweres Festungsgeschütz zurücklassen und könne dem Rückzug nicht zustimmen.

Am darauffolgenden Tage bereiteten die Generale den Rückzug vor, der, bis in die frühen Morgenstunden von Preußen und Österreichern unbemerkt, in der Nacht zum 6. Februar erfolgte. In der Ausstellung, die gegenwärtig im Zeughaus-Museum in Kopenhagen gezeigt wird, sieht man das Telegraphengerät, mit dem de Meza erst unmittelbar vor Beginn des Rückzugs die Regierung in Kopenhagen unterrichtete. Danach ließ er die Verbindung abbrechen, um Konterorder zu vermeiden, die ihn zur Gehorsamsverweigerung gezwungen hätte.

de Meza mußte den Kelch bis zur Neige trinken. Vierzehn Tage später wurde er abberufen, ein Jahr später aus dem Heer verabschiedet. Bis zu seinem Tode am 16. September 1865 riegelte er sich gegen die Umwelt, gegen Freunde und Verwandte ab. Eine tragische Gestalt, wie nur große Verlierer es sind.

Mein Vater, damals drei Jahre alt, hatte noch Erinnerungen an die Zeit, die auf die Danewerk-Räumung folgte. Österreicher, die auf dem Familienhof in Harrits bei Bredebro einquartiert waren, gaben ihm Wein aus der Feldflasche zu trinken und versorgten ihn mit Knallerbsen. Im Herbst kamen preußische Dragoner mit Pferden auf den Hof, der ein „schleswigscher“ war, im Gegensatz zu den „königlichen“.

Mit einem Holzsword spielte mein Vater Krieg im Kohlgarten und streckte eine Menge von Kohlköpfen zu Boden, „bis eine interessierte Großmacht davon erfuhr und in Gestalt meiner Mutter entschieden zugunsten der Kohlköpfe intervenierte und ich schmachvoll kapitulieren mußte“⁶.

Schleswig-holsteinische Enttäuschung

Was während der Kriegshandlungen hinter den politischen Kulissen geschah, war von dem Willen Bismarcks geprägt, durch Annexion wichtige militärische Positionen für Preußen zu sichern: einen Kriegshafen in Kiel und den Bau eines Nord-Ostsee-Kanals als Voraussetzung einer Flotte, die in beiden Meeren operieren konnte, ohne auf die dänischen Gewässer angewiesen zu sein. Vielleicht wurde es Bismarck erst im Handlungsablauf völlig klar, daß er durch Schleswig-Holstein zugleich den Angelpunkt für die entscheidende Kraftprobe mit Österreich um die Vorherrschaft in Deutschland gewinnen konnte.

Daher mußte Herzog Friedrich, in dem sich die Hoffnungen der Schleswig-Holsteiner versinnbildlichten, vom ehernen Lauf der Geschichte überrollt werden, und die Etappen der für ihn so tragischen Ereignisse, die den Zeitgenossen verborgen blieben, kennen wir heute aus Quellen und Literatur.

Im Bücherschrank meines Vaters stand Hinrich Ewald Hoffs im Jahre 1914, bei der fünfzigjährigen Wiederkehr des Kriegsjahres, in Kiel erschienenes Gedenkbuch „Die Kämpfe um Schleswig-Holstein 1863–1866“, und ich las oft darin. Es war kein kühl abwägendes wissenschaftliches Buch, sondern ein tiefempfundenes Bekenntnis eines Schleswig-Holsteiners zu dem liberalen,

freiheitlichen Erbe, das er mit der Rolle Schleswig-Holsteins als preußischer Provinz im Deutschen Reich auf einen Generalnennen zu bringen suchte.

So lag es Hoff vor allem daran, den Herzog Friedrich in die Geschichtsbetrachtung mit einzubeziehen, denn wie Hoff im Vorwort schrieb: „Fast drei Jahre lang ist der Herzog Gegenstand der Huldigungen und Verehrung der Schleswig-Holsteiner gewesen, und doch scheint es beinahe, als ob Herzog Friedrich bereits nach einem halben Jahrhundert in Schleswig-Holstein der Vergessenheit anheimgefallen wäre. Wer unseren Volksstamm kennt, der weiß, daß das nicht der Fall sein kann.“ Und doch bleibt Hoff am Ende nicht viel mehr als der Trost, daß Herzog Friedrich, bevor er am 14. Januar 1880 in Wiesbaden starb, den Lebensbund seiner ältesten Tochter Auguste Viktoria mit dem Prinzen Wilhelm segnen konnte, in dem Wissen, daß sie deutsche Kaiserin werden würde.

Das versöhnte nach Meinung Hoff's „auch diejenigen alten Kampfgenossen und Patrioten, die sich mit dem Schicksal Schleswig-Holsteins in ihrem Innern noch immer nicht ganz hatten abfinden können“.

Diese Versöhnung der Schleswig-Holsteiner mit dem Endergebnis, das ihrer Erhebung zuteil wurde: eine preußische Provinz zu sein, hatte natürlich durch die Reichsgründung von 1871 den entscheidenden Antrieb erhalten. Sie liegt wie ein Schleier über der historischen Tatsache, daß von 1848 bis 1871, in den dramatischen 23 Jahren des vergangenen Jahrhunderts, keinerlei Identität zwischen den bestimmenden inneren Mächten und äußeren Zielen der Schleswig-Holsteiner und denen Preußens bestand – mit der einen Ausnahme, daß beide ein vereinigtes Deutschland anstrebten, von dem sie allerdings ein völlig verschiedenes Bild hatten.

Wer verlor eigentlich den Krieg?

Kann man dann, in Anbetracht des österreichisch-preußischen Sieges, der Errichtung des preußisch-deutschen Kaiserreiches und der Versöhnung der Schleswig-Holsteiner mit Preußen, noch die Frage stellen, wer eigentlich den Krieg verlor? Heute kann man es, denn jeder weiß, daß es nicht die militärische Entscheidung ist, die allein darüber entscheidet, und daß es nicht genügt zu sagen: Dänemark verlor den Krieg.

In den deutschen Schulen in Nordschleswig hatten wir gute dänische Lehrer. Schon in der Grundschule in Tondern führte uns der Lehrer Alfred Torp in die dänische Betrachtungsweise ein – ein kluger Beobachter, dessen Memoiren neuerdings in „Sønderjydske Aarbøger“ erschienen sind – und so ging es weiter am Deutschen Gymnasium in Apenrade. Dadurch wurde uns eines schnell klar: Das moderne Dänemark ist ohne die Niederlage von 1864 gar nicht zu verstehen. Früh wurde uns die Bedeutung des Wortes Dalgas', des Heidekultivators, eingeprägt: „Was nach außen verlorenging, muß im Innern zurückgewonnen

werden.“

Freilich hat Professor Povl Bagge⁷ darauf hingewiesen, daß sich eine gewisse Verschiebung in der dänischen Geschichtsbetrachtung ergeben habe. Er zitiert als „idealistische Geschichtsauffassung“ Niels Neergaards Wort: „Im Königreich erwachte ein Gefühl dafür, daß das Volk, um seine Existenz zu behaupten und das Verlorene auszugleichen, in einem ganz anderen Maße als früher seine Kräfte anspannen müsse, und dieses Gefühl brachte Frucht durch eine geistige und materielle Entwicklung, wie man sie in keiner vorhergegangenen Periode gesehen hatte.“

Dem stellt Bagge die Feststellung Erik Arups gegenüber, daß die Zeit von 1848 bis 1872 eine zusammenhängende Periode in der inneren Entwicklung des Volkes gewesen sei, wirtschaftlich, innerpolitisch und im Geistesleben. Bagge legt dar, wie diese Arupsche Tendenz bei jüngeren Historikern noch stärker hervortritt, aber möchte dennoch weiter daran festhalten, „daß die Niederlage und der Verlust der Herzogtümer große unmittelbare und mittelbare Wirkungen bekam“.

Nur unter diesem Blickwinkel wird man verstehen können, warum die hundertjährige Wiederkehr von 1864 in Dänemark ein so großes Interesse findet und zu einer so lebhaften Publikationstätigkeit führt: Das dänische Volk geht dem Wege nach, auf dem es geworden ist, was es heute darstellt. Es blickt in einen historischen Spiegel, der ihm sagt, daß die militärische Niederlage in einen volklichen, wirtschaftlichen und sozialen Sieg umgewandelt wurde.

Der Widerspruch zwischen Neergaard und Arup in diesen Zitaten ist schwer zu erkennen; denn die inneren Kräfte, die man volklich nennen möchte, hatten ihre Quelle in der Erhebungszeit um 1848, aber konnten erst nach Überwindung des Provisoriums zur vollen Entfaltung kommen, als Dänemark nach dem Kriege von 1864 ein Nationalstaat geworden war, noch dazu unter Verlust auch des stark dänisch geprägten nördlichen Schleswigs, dessen volkliche Behauptung, mit dem Ziel einer neuen Grenzziehung, zusätzlich eine antreibende Aufgabe stellte.

Staatliches und volkliches Denken

Auch in Schleswig-Holstein waren die volklichen Kräfte von 1848 wach, und sie behaupteten sich in der Zeit zwischen 1851 und 1863, die von den Schleswig-Holsteinern als „Drangsalsperiode“ betrachtet wurde. Sie brachen neu hervor im Jahre 1863. Immer waren sie getragen von einer geistig regen, das eigene Land liebenden und fortschrittlich denkenden Schicht, wie in Dänemark. Die Entwicklung hätte dieselbe Richtung zu volklichem Denken nehmen können wie im Nachbarlande.

Hier stellt der militärische Sieg von 1864 mit der nachfolgenden Eingliederung Schleswig-Holsteins in Preußen als Provinz, so glaube ich, einen Bruch dar. Nichts gegen Preußen in dem echten Kern seiner Redlichkeit, Rechtschaffenheit, Klarheit

und Genügsamkeit! Viele Schleswig-Holsteiner, auch manche Nordschleswiger wurden von den preußischen Grundtugenden nachhaltig geprägt, und mein eigener Vater gehörte dazu. Aber mit der preußischen Provinzialverwaltung war ein staatliches Denken verbunden, verstärkt durch das Abgleiten wahren Preußentums in das bramabasierende Machtgefühl der Wilhelminischen Zeit, das allzu weitgehend die volklichen Kräfte, die im Ursprung die schleswig-holsteinische Bewegung geprägt hatten, brachlegte.

Als wir 1920 nach Tondern verzogen waren, stand im Keller neben der großen altmodischen Wäscherolle eine Holzschrank. Ich fragte als Junge meine Mutter, was das sei. Sie suchte es mir zu erklären: Der zugewanderte preußische Vorgänger meines Vaters als Amtsvorsteher in Bredebro hatte die Schranke zwischen sich und die nordschleswigschen Bauern gestellt. Mein Vater nahm sie weg. Es war mein erster Eindruck von preußischer Grenzpolitik, aber auch davon, daß sie sich wandeln konnte: Unter Landrat Rogge gab es wohl nur Einheimische als Amtsvorsteher.

Aber warum Eulen nach Athen tragen? Es ist eine allzu landläufige Weisheit geworden, daß die preußische Grenzpolitik gegenüber dem erwachten volklichen Leben des Dänentums in Nordschleswig zu kurz kam. Nie wird die Frage positiv gestellt: Welche volklichen Kräfte, hervorgebrochen auf der liberalen und nationalen Ideengrundlage der schleswig-holsteinischen Bewegung, erstarrten im staatlichen Denken des preußischen Provinziallebens? Was bedeutete dies für die volkliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung nicht nur Nordschlewigs, sondern auch Mittel- und Südschlewigs und Holsteins? Gab es vielleicht nur den einen Verlierer des Krieges von 1864: Schleswig-Holstein selbst?

Anmerkungen: 1 Alexander Scharff: Schleswig-Holstein in der europäischen und nordischen Geschichte. Kiel 1955, Seite 31. - 2 Die Familie Henningsen. Unveröffentlichte Chronik. Auszug, etwas gekürzt. - 3 „Aktuell“ vom 1. Januar 1964. - 4 „Gedanken und Erinnerungen“, 19. Kapitel: Schleswig- Holstein. - 5 Aage Mogensen: Soldaten og den tabte Krig. Kopenhagen 1963. Vgl. auch Generalmajor Erik Kragh: „Krigen 1864, en militær vurdering“ in „Berlingske Tidende“ vom 31. Januar 1964. — 6 Hans Christian Hansens Kindheits- und Jugenderinnerungen. Geschrieben 1930. Unveröffentlicht. – 7 „Information“ vom 31. Dezember 1963.

1864 – ein entscheidendes Jahr

Ein Rückblick auf das militärische und politische Geschehen vor hundert Jahren

Wer den Zusammenstoß verstehen will, der im Jahr 1864 Europa in Unruhe und Spannung versetzte, der muß sich die Ereignisse vor Augen halten, die sich in den Jahren nach der fehlgeschlagenen schleswig-holsteinischen Erhebung abspielten. Vor allem verlangt das Verstehen der dänischen Politik, die dahin führte, daß das kleine Heer es mit zwei Großmächten aufnehmen mußte, einen Blick auf die Zeit „zwischen den Kriegen“.

Die Vorgeschichte – Es ging um die staatsrechtliche Stellung Schleswigs

Die Herzogtümer Schleswig und Holstein, die sich im März 1848 gegen Dänemark erhoben hatten, wurden durch den Machtspruch der Großmächte 1852 dem dänischen Gesamtstaat wieder unterstellt, doch nur unter der Bedingung, daß Schleswig nicht enger mit Dänemark verbunden sein durfte als Holstein. Indem Dänemark diese Bedingung annahm, mußte es auf eine Vereinigung mit dem Herzogtum Schleswig verzichten. Aber im Lauf der fünfziger Jahre trat trotzdem das Bestreben mehr und mehr zutage, das Verhältnis zu Holstein zu lockern und die Verbindung mit Schleswig zu festigen. Das zeigte sich deutlich, als im Jahr 1863 für Dänemark und Schleswig ein gemeinsames Grundgesetz geschaffen und am 13. November vom dänischen Reichsrat angenommen wurde. Die Lage wurde dadurch besonders kompliziert, daß König Friedrich VII. am 15. November 1863 im Schloß Glücksburg starb, ohne die neue Verfassung unterschrieben zu haben. Sein Nachfolger, der von den Großmächten im Londoner Protokoll (1852) designierte König Christian IX. aus dem Hause Glücksburg, zögerte mit der Unterschrift, weil er die Folgen eines Bruchs des 1852 gegebenen Versprechens ahnte. Aber schließlich mußte er sich der Volksstimmung und dem Drängen des Ministeriums fügen. Am 18. November unterschrieb er das Dokument, das als die verhängnisvolle „Novemberversfassung“ in die Geschichte eingegangen ist. Die Würfel waren gefallen.

Bundesexekution und Ultimatum

In Holstein schritt der Deutsche Bund zur „Bundesexekution“, um seine Rechte zu sichern. Mit den Bundestruppen – Sachsen und Hannoveranern – erschien der Augustenburger Herzog Friedrich VIII. und nahm überall Huldigungen entgegen. Er ahnte damals noch nicht, daß Bismarcks Pläne ganz anderer Art waren. In der

Silvesternacht 1863/64 sagte dieser beim Punsch ganz offen: „Die Up-ewig-ungedeelten müssen noch einmal Preußen werden.“ Er bewog Österreich zu gemeinsamem Vorgehen, und am 16. Januar 1864 hatte das dänische Staatsministerium ein Ultimatum in Händen, das die Zurücknahme der Novemberverfassung in kürzester Frist verlangte, da sie vertragswidrig sei. Als Dänemark, auf die Hilfe Englands, Frankreichs, Rußlands und Schwedens hoffend, dieses Ansinnen ablehnte, war der Krieg in unmittelbare Nähe gerückt. Noch einmal sandte der Feldmarschall von Wrangel von seinem Hauptquartier in Bordesholm aus zwei Offiziere nach Schleswig zum dänischen Oberkommandierenden General de Meza, um ein dänisches Einlenken zu verlangen; aber als sie am 31. Januar mit einem ablehnenden Bescheid zurückkamen, lautete die Parole: „In Gottes Namen drauf!“ – und am nächsten Tag wurde die Eider überschritten.

Die beiderseitigen Kräfte

Zwei ganz verschiedene Gegner standen sich gegenüber: Das dänische Heer zählte 36 000, das verbündete preußisch-österreichische Heer 50 000 Mann. Unterschiedlich war auch die Ausrüstung. Die preußische Artillerie verfügte über eine große Zahl gezogener Geschütze, und die Infanterie war mit Hinterladern, einer damals neuen Waffe, ausgerüstet. Dagegen hatten fast alle dänischen Geschütze noch einen glatten Lauf. Sie waren ebenso veraltet wie die Vorderlader der Infanterie. General de Meza hatte sich als Truppenführer 1848–51 ausgezeichnet, aber nun war er alt und den Strapazen eines Winterfeldzuges kaum noch gewachsen. Auf der Gegenseite hatten die Österreicher General Wrangel als Oberkommandierenden akzeptiert, weil sie dem achtzigjährigen Haudeggen auch nicht annähernd einen Gleichaltrigen gegenüberstellen konnten. Aber vorsichtshalber hatte man dem als Draufgänger bekannten Heerführer den bedächtigeren Prinzen Friedrich Karl – wegen seiner roten Husarenuniform der „rote Prinz“ genannt – attachiert. Als Ratgeber fungierte zum ersten Mal Helmut von Moltke, der seine militärische Grundausbildung in Dänemark erhalten hatte und in diesem Feldzug nun seinen alten Kadettenkameraden gegenüberstand. Die Österreicher befehligte General von Gablenz.

Die ersten Schüsse

Die ersten Schüsse fielen bei einer Schleuse in der Nähe Rendsburgs und bei Klüvensiek.

Das dänische Heer war in der Danewerkstellung aufmarschiert, die sich von der Schlei bis an die Treene bei Hollingstedt über die Enge des schleswigschen Isthmus erstreckte. Hier waren in aller Eile Baracken gebaut worden, um die Soldaten vor den Unbilden des besonders harten Winters zu schützen.

de Meza hatte von Kopenhagen die Richtlinie erhalten, er solle einerseits die Danewerkstellung halten, andererseits ein möglichst intaktes Heer für etwaige Friedensverhandlungen bewahren. Er sollte bald erkennen, daß dies doppelte Verlangen eine Unmöglichkeit war.

Wechselndes Kriegsglück

Helmut von Moltke hatte geraten, gleich eine große Umgehungsaktion einzuleiten, um das im Danewerk stehende dänische Heer mit seinem schwerbeweglichen Geschützpark von Norden und Süden gleichzeitig anzugreifen und zur Übergabe zu zwingen. Aber dieser Plan wurde durch Prinz Friedrich Karl vereitelt, der voreilig mit dem General von Manstein gegen die von den Dänen bei Missunde errichteten Schanzen vorging und dort von der dänischen Artillerie, die auf die Ziele im Vorfeld glänzend eingeschossen war, zurückgeschlagen wurde.

Die Österreicher griffen am nächsten Tag die Orte Jagel und Oberselk an und eroberten nach erbitterten Nahkämpfen unter schweren Verlusten den Königshügel, ein wikingisches Königsgrab, von dem aus ein Einblick in die Danewerkstellung möglich war. – Die in diesem Kampf gefallenen Dänen und Österreicher ruhen gemeinsam auf dem Friedhof von Haddeby.

Die Räumung des Danewerks und der Stadt Schleswig

Auf General de Meza lastete in diesen Tagen eine schwere Verantwortung. Als er am 4. Februar mit seinem Stab durch die Danewerkstellung ritt, trat ihm der ermattete Zustand der Truppen, die Tag und Nacht, meist im Freien, in Alarmbereitschaft lagen, in erschreckendem Maß entgegen. Wie sollte diese dünne Postenkette, die sich auf annähernd 30 km verteilte, einem weit überlegenen Gegner standhalten, wie sollte sie sich gegen eine Umzingelung wehren? Zum langen Überlegen war keine Zeit. Am 5. Februar gab de Meza den Befehl zur Räumung. Dieser Entschluß war gefährlich, denn rückblickend haben dänische Militärs geäußert: hätte der Feind in dieser Nacht angegriffen, so wäre das das Ende der dänischen Armee gewesen. Aber wer dachte daran? Den Politikern in Kopenhagen und dem einfachen Soldaten, der noch kaum einen Schuß getan hatte, kam dieser Entschluß sinnlos vor, einige nannten ihn sogar „verräterisch“. Es gereicht de Meza zur Ehre, daß er es wagte, unpopulär zu handeln. Daß sein Entschluß richtig war, hat nicht nur ein späteres Kriegsgerichtsurteil, sondern auch die Geschichte bestätigt.

Das Rückzugsgefecht bei Oeversee und die Besetzung Flensburgs

Der Rückzug auf den vereisten und verschneiten Wegen zwischen Schleswig und Flensburg gehört zu den schmerzlichsten Erinnerungen der dänischen Geschichte. Alle Kräfte einer barschen, winterlichen Natur schienen sich gegen

das von Hunger und Müdigkeit geplagte Heer verschworen zu haben. Während die Lichtensteiner Husaren, ein ungarisches Regiment, die von Hoffnungslosigkeit gebeugten Haufen unablässig beunruhigten, erschienen in der Stadt Schleswig, die schwere Jahre hinter sich hatte, die blau-weiß-roten Fahnen, die in aller Eile genäht worden waren. – Ein bei dem Hotel „Stadt Hamburg“ am 6. Februar 1914 errichteter Gedenkstein erinnert an dieses Ereignis.

An diesem Tage der Verzagtheit gab der dänische Oberst Max Müller ein leuchtendes Beispiel der Mannhaftigkeit. Er stellte sich mit seiner Brigade auf den Höhen nördlich von Oeversee und am Sankelmarker See auf, um dem Gros den Rückzug zu decken. In grimmiger Kälte, teilweise in dichtem Schneetreiben wiesen die dänischen Bataillone in bewundernswerter Standhaftigkeit die ersten Angriffe der Lichtensteiner Husaren und der Steirischen Jäger ab. Erst der Bajonettangriff des Regiments „König der Belgier“ veranlaßte die Dänen, ihre Stellung zu räumen und sich gleichfalls auf die Stadt Flensburg zurückzuziehen. Sie hatten die ihnen gestellte Aufgabe mit Bravour erfüllt.

Aber in Österreich feierte man den „Sieg von Oeversee“. Die Garnison in dem damals österreichischen Verona erreichte die Siegeskunde, als Verdi gerade ein Konzert gab. Als die Offiziere ihn um eine Improvisation baten, entstand eine Melodie, die im Triumphmarsch in der Oper „Aida“ bewahrt ist.

Es gereicht Flensburg zur Ehre, daß die Bürger der Stadt ohne Ansehen der Person und der Nationalität beim Durchzug der ermatteten dänischen Armee wie auch beim Auftauchen der Verwundeten von Oeversee und Sankelmark nicht müde wurden, Mildtätigkeit und Barmherzigkeit zu üben. Dänische Soldatenbriefe aus dieser Zeit sind voll des Lobes über die Hilfe, die denen zuteil wurde, die übermüdet am Straßenrand in den Schnee fielen.

Am 7. Februar wurde Flensburg von preußischen Ulanen und Gardetruppen besetzt, die am Tage vorher bei Arnis nach einem schwierigen Brückenschlag die halbvereiste Schlei überschritten hatten. Feldmarschall Wrangel, der im Pastorat von Sieverstedt übernachtet hatte, hielt durch das Rote Tor seinen Einzug. Der preußische Kronprinz hatte bei Schleswig die Bahn bestiegen, die damals bis Rotenkrug ausgebaut war, aber bei Eggebek war der Zug im hohen Schnee steckengeblieben.

Die Besetzung Nordschleswigs und Koldings

Die Österreicher und ein Teil der preußischen Truppen besetzten in den nächsten Tagen Nordschleswig. In einem zeitgenössischen Bericht aus Tondern liest man: „Von allen Häusern wehen blau-weiß-rote Fahnen, sogar vom Kirchturm und vom Südertor. Täglich strömen Landleute in die Stadt. Auf dem Markt fand die Huldigung für den Herzog statt. Diesen erhebenden, rührenden Augenblick vermag meine Feder kaum wiederzugeben.“ Wrangel wurde sogar gestattet, mit

einer Husarenabteilung die damalige Grenzstadt Kolding zu besetzen. Mit Rücksicht auf die anderen Großmächte wollte man Jütland zunächst schonen. Kolding war für Bismarck ein Versuchsballon. Er äußerte: „Wir wollen mit einigen Husaren Europa unter der Nase kitzeln und abwarten, ob es anfängt zu niesen.“ Das Gros der preußischen Truppen ging vor den Düppeler Schanzen in Stellung. In einem kunstvoll angelegten System von Laufgräben arbeiteten sie sich allmählich an die Schanzen heran. Sie überschritten die Enge bei Ekensund und bauten bei Gammelmark auf Broacker ihre schweren, weitreichenden Geschütze auf, die die Schanzen in der Flanke bedrohten. Die kleine Augustenburger Residenz Gravenstein wurde als Sitz des Hauptquartiers für einige Wochen ein Mittelpunkt, auf den die Augen von ganz Europa gerichtet waren.

Die Düppeler Schanzen – eine ideale Defensiv-Anlage

Schon 1848 und 1849 war bei Düppel gekämpft worden, und 1861, als sich die ersten kriegerischen Wolken am Horizont zeigten, hatte man damit begonnen, hier Erdwerke aufzutürmen, die zu einer idealen Verteidigungsstellung ausgebaut wurden, obgleich hierfür statt der ursprünglich verlangten 2,3 Millionen Taler nur 119 000 Taler bewilligt wurden. Auf einer Strecke von 2,8 km wurden zwischen dem Wenningbund und dem Alsensund sieben geschlossene und drei offene Schanzen angelegt. In den geschlossenen Schanzen befanden sich Blockhäuser als Unterschlupf für die Besatzung und Pulvermagazine. Außerdem waren Schanzen bei Sonderburg aufgeworfen, da man mit der Möglichkeit rechnete, daß der Alsensund zufrieren könnte. Die Gesamtstärke der bei Düppel und auf Alsen versammelten dänischen Truppen betrug 25 000 Mann. Davon lagen 4000 Mann in oder in unmittelbarer Nähe der Schanzen. Ein Unsicherheitsfaktor waren die im Heer befindlichen Schleswiger, von denen viele desertierten.

In die Schanzen waren im ganzen 106 Geschütze verschiedenen Kalibers eingebaut. Drahtnetze, Eggen, Wolfsgruben und Palisaden bedeckten das Vorfeld. Im Wenningbund lag „Rolf Krake“, eines der ersten Panzerschiffe, auf das die Dänen große Hoffnungen setzten, die sich allerdings nicht erfüllten. Es war mit vier Geschützen bestückt und durch einen 1,5 cm dicken Panzer geschützt. Es lieferte Europa das erste Beispiel eines Kampfes zwischen einem gepanzerten Kriegsschiff und Strandbatterien. Zwei Brückenköpfe schützten die nach Sonderburg führenden zwei Pontonbrücken.

Kämpfe im Vorfeld der Schanzen

Es fanden im Februar und im März verschiedene örtliche Kämpfe im Vorfeld statt: so um die Büffelkoppel, um Rackebüll und um das Dorf Düppel. Aber es gab auch friedliche Szenen in diesem grausamen Kriegstheater. So erzählt Theodor Fontane, einer der frühesten Kriegsberichterstatter: „Es war ein stillschweigendes

Abkommen der Posten, nicht aufeinander zu schießen. Dieser Waffenstillstand im kleinen führte zu den vergnüglichsten Szenen... Auf der ganzen Linie blühte der Tauschhandel. Ein besonders begehrter Artikel waren die großen, soliden, fest mit Leder umnähten dänischen Feldflaschen.“

Moltke hatte den Plan gefaßt, Anfang April bei Ballegaard den Alsensund zu überschreiten. Er wollte die Schanzen dann von hinten angreifen und einen verlustreichen Frontalsturm vermeiden. Aber in den ersten Apriltagen machte langandauerndes stürmisches Wetter den Übergang unmöglich. Den enttäuschten Generalstabschef Blumenthal tröstete Moltke mit den Worten: „Wie der spanische Philipp seine Armada, so können Sie Ihre Pontons nicht gegen die Elemente, sondern nur gegen den Feind führen.“ So ließ sich ein Sturm nicht mehr umgehen. Vom 13. April ab gingen täglich an die 5000 Granaten auf das Schanzengelände nieder, so daß die Erdwerke und die Verteidigungseinrichtungen schon vor dem Sturm fast völlig zerstört waren. An die Ausdauer der Verteidiger wurden fast unmögliche Anforderungen gestellt; aber es kam auch vor, daß die aus den Schanzen kommenden Bataillone der Ablösung zuriefen: „Laßt euch doch nicht zur Schlachtbank führen!“ Unter diesen Eindrücken begab sich General du Plat – der am 18. April fiel – zu dem erkrankten Obergeneral Gerlach, der de Meza abgelöst hatte, und bat ihn, das Kommando niederzulegen. Er, du Plat, sei bereit, die Verantwortung für eine Räumung der fast völlig eingeebneten Schanzen zu übernehmen. Aber die Regierung war dagegen, weil am 25. April in London eine Friedenskonferenz ihren Anfang nehmen sollte, was wiederum die Preußen anspornte, vor der Konferenz einen Erfolg zu buchen. So kam es am 18. April, eine Woche vor dem Konferenzbeginn, zum Sturm auf die Schanzen.

Der 18. April 1864

Von 4 Uhr morgens bis um 10 Uhr vormittags setzte aus 102 Geschützen ein Bombardement ein, wie man es bisher noch nicht erlebt hatte. Plötzlich wurde es ganz still, so daß man, wie ein Mitkämpfer erzählt, den Gesang der Lerchen hören konnte. Nach einem ungleichen Kampf waren vor der Mittagsstunde alle Schanzen erobert. In Schanze III wehrten sich nur 19 Dänen gegen die Übermacht. Hier kämpfte ein junger dänischer Offiziersaspirant, Jens Smidth, so tapfer, daß Prinz Friedrich Karl ihn im Lazarett aufsuchte, als er verwundet in Gefangenschaft geraten war. Auch dem wackeren Verteidiger der Schanze II, dem Leutnant Johan Anker, erwies der Gegner seine Reverenz. Auf deutscher Seite sind die Namen des Feldwebels Probst und des Pioniers Klinke ins Buch der Geschichte eingegangen. Sie ruhen beide auf dem Friedhof von Broacker.

Die Zahl der Todesopfer war für die damalige Zeit sehr hoch. Die Preußen verzeichneten 263, die Dänen sogar 378 Gefallene.

Während Christian IX. wenige Tage vor dem Sturm vorne in den Schanzen gewellt

hatte, kam König Wilhelm gleich nach dem Sturm, am 22. April, nach dem Sundewitt und nahm bei Atzbüll den Vorbeimarsch der Sturmkolonnen ab. In Flensburg besuchte er die Lazarette, aber den Empfang schleswig-holsteinischer Deputationen lehnte er ab. Er sei nur „als Kriegsherr zu seiner Armee gekommen“. Er wußte, wie unangenehm diese Reise in Wien auffiel. „Größtmögliche Terraingewinnung in Jütland“ bezeichnete er nun als die Hauptaufgabe.

Eine Atempause in London

Acht Wochen lang verhandelten die Großmächte einschließlich Schwedens darüber, zu welchen Konzessionen Dänemark angesichts der nun vorliegenden Kriegslage bereit sei. Zum ersten Mal stand das Problem der Teilung Schleswigs ernsthaft auf dem Programm, aber für Dänemark kam nur eine Teilung an der Schleilinie in Frage, während Preußen bereit war, die Linie Flensburg-Tondern, also etwa die heutige Grenzlinie, zu konzedieren. Bismarck verlangte allerdings, daß im nördlichen Schleswig der Schutz der deutschen Nationalität sichergestellt werde. Er wollte das äußerste Deutschtum nicht der Assimilierung preisgeben. Auch der Gedanke einer Volksbefragung wurde von Bismarck schon aufgeworfen. Er wollte möglichst jeden Keim zu späterer Zwietracht vermeiden. Vom heutigen Standpunkt aus gesehen, kann man nur bedauern, daß die Hartnäckigkeit der dänischen Unterhändler damals einen Erfolg der Konferenz vereitelte. So nahm das Schicksal seinen Lauf: Am 25. Juni begannen die Kriegshandlungen von neuem.

Der Übergang nach Alsen

Inzwischen war alles für den Übergang nach Alsen vorbereitet. Die Beschaffung geeigneter Boote war im Eidergebiet dem Schiffsbaumeister Heinrich Tamm, im Schleigebiet dem Kapitän Bartelsen übertragen worden. Im Satruper Wald wurden die Boote in Deckung bereitgestellt. Zur Erkundung des jenseitigen Ufers hatte der Premierleutnant Hassel vom Inf.-Regt. 15 mit vierzehn Mann in einem Boot den Alsensund überquert. Er war beim Holzvogthaus an Land gestiegen, hatte einige Geschütze vernagelt und war unversehrt mit seinen Leuten nach der Sundewittseite zurückgekehrt. – An diesen Handstreich seines Großvaters erinnert das Boot im Wappen der Familie des Bundesverteidigungsministers Kai-Uwe von Hassel.

Der Übergang begann in den frühen Morgenstunden des 29. Juni. Es war ein Überraschungsangriff, dessen schneller Ausführung auch der dänische Gegner die Bewunderung nicht versagte. Moltke verfolgte den Übergang von Schanze X aus. Ein paar Tage später schrieb er aus seinem Apenrader Quartier an seine Frau: „Die Sonne beschien ein Gemälde, das ein Schlachtenmaler sich nicht schöner wünschen kann. Der Feind hatte seine großen Barackenlager bei Ulkebüll

und Wollerup in Brand gesteckt. Die mit Stroh gefüllten Bretterhütten flammten in heller Lohe empor, und zwei schwarze Rauchstreifen zogen einen Trauerflor über die langgestreckte Insel.“

Scharf kritisiert wurde auf dänischer Seite das Verhalten des Panzerschiffs „Rolf Krake“, das beim Beginn des Übergangs aus der Augustenburger Förde herausdampfte, sich aber bald wieder zurückzog. „Einige Schüsse aus seiner Panzerbatterie“, schreibt Holger Begtrup, „hätten genügt, um das Vorhaben der Preußen zu verhindern.“ So kam dauernd Nachschub auf die Insel, der die Dänen zwang, sich unter steten Kämpfen nach Kekenis und der Ostküste Alsens zurückzuziehen, wo eine ganze Flotte bereitlag, um die Truppen über die Ostsee nach Fünen in Sicherheit zu bringen. Bismarck schrieb in diesen Tagen aus Karlsbad, wo der König von Preußen zur Kur weilte, an seine Frau: „Dem König geht es gut. Der Alsener Schluck aus dem Siegesbecher bekommt ihm noch besser als der Sprudel.“

Nach und nach wurde ganz Jütland bis hinauf nach Skagen von preußischen und österreichischen Truppen besetzt. Wie man aus vielen Tagebüchern ersieht, waren die Österreicher in ihrer galanten, lebhaften Art als Besatzung beliebter als die Preußen. Aber es gab auch Ausnahmen. Nach den Erinnerungen eines österreichischen Offiziers hatte Wrangel befohlen, das Denkmal des „Tapferen Landsoldaten“ aus Fredericia zu entfernen – wie der Idstedt-Löwe schon seinen Platz auf dem Alten Friedhof in Flensburg hatte räumen müssen. Da griff der preußische Kronprinz ein. Österreichische Soldaten säuberten den Platz vor dem Denkmal, reinigten die verschmutzte Inschrift und bekränzten schließlich das Denkmal. Die Antwort auf diese ritterliche Geste blieb nicht aus. „Der Jubel Fredericias war nicht zu schildern“, heißt es in einem Bericht aus jener Zeit.

Der Krieg zur See

Obgleich die Dänen die Überlegenheit zur See hatten, war Fehmarn schon am 15. März besetzt worden, wie Charlotte Niese schildert, „von Landratten, die im tollsten Sturm von widerstrebenden Fährknechten sich über den Sund hatten setzen lassen angesichts eines drohenden dänischen Kanonenboots“.

Nachdem ein Gefecht bei Jasmund an der Küste Rügens vorausgegangen war, kam es zu dem einzigen wirklich ernsthaften maritimen Zusammenstoß der Gegner am 9. Mai bei Helgoland. Der österreichische Admiral Tegethoff befahl zwei Fregatten und einige kleine preußische Einheiten, und der dänische Kapitän Suensson gebot über eine Korvette und zwei Fregatten, darunter die „Jylland“, die jetzt als Museum im Hafen von Ebeltoft liegt. Die Kräfte waren ungefähr gleich, was auch der Schlachtverlauf bewies. Folgende Szene ist bezeichnend: Als man bei einem Fest in Gegenwart von Tegethoff auf den „Sieger von Helgoland“ trank, sagte Tegethoff: „Da trinke ich mit! – Auf das Wohl meines tapferen Gegners, des

Kapitäns Suensson!“

Die Besetzung der Nordfriesischen Inseln

Mit der Besetzung der Nordfriesischen Inseln war der letzte Akt des Kriegsdramas von 1864 gekommen. Es war eines der schwierigsten Manöver, denn im Wattenmeer stand den preußischen und österreichischen Kanonenbooten ein beachtenswerter Gegner gegenüber: der Kapitän Hammer, der seit Jahren Leiter des Zoll-, Lotsen- und Bakendienstes an der schleswigschen Westküste und so mit allen Fahrwasserfragen genau vertraut war.

Erst im Juli 1864 machte sich eine kombinierte Flotteneinheit der Verbündeten daran, Kapitän Hammer, der auf den Inseln ein strenges Regiment führte, zu vertreiben. Es begann am 12. Juli mit einer abenteuerlichen Wattwanderung. Der von Keitum auf Sylt stammende Kapitän Andersen führte drei österreichische Offiziere von Jerpstedt (nördlich Hoyer) aus bei Ebbezeit in das Wattengebiet, um die preußisch-österreichischen Kanonenboote, die bei List lagen, von den Landungsabsichten der Steirer Jäger zu unterrichten. Die Offiziere kamen bis auf einige hundert Meter an die Schiffe heran, aber ihre Zeichen, die sie mit einer weißen Fahne gaben, wurden nicht bemerkt. Dabei stieg die Flut höher und höher. Schließlich wurden sie von einem Offizier des Kanonenbootes „Seehund“ entdeckt, der ein Boot aussetzen ließ, das die vier Männer, die dem Ertrinken nahe waren, aufnahm.

In den nächsten Tagen gelang es wirklich, Sylt und – nach vielen Kreuz- und Querfahrten Hammers – Föhr zu besetzen. Der mit allen Kriegslisten vertraute Flottillenchef wurde gefangengenommen. Hauptmann Wisser, einer der Teilnehmer der gefährlichen Wanderung, wurde von Wyk auf Föhr und von der Landschaft Sylt zum Ehrenbürger ernannt; und als Prinz Friedrich Karl nach Sylt kam, versäumte er nicht, Kapitän Andersen in seinem schönen alten Friesenhaus in Keitum aufzusuchen. Bei der Besetzung der Inseln hatten sich auch der Kommandant des preußischen Kanonenbootes „Blitz“, ein Offizier mit dem schottischen Namen Mac Lean of Coll, und der österreichische Kapitän Kronswetter besonders hervorgetan. Ihren Gegner, den Kapitän Hammer, den man lange Zeit nur als den „Tyrannen von Sylt“ kannte, hat die Geschichte nun auch gerechter beurteilt.

Der Waffenstillstand von Christiansfeld und der Friede von Wien

Nach dem Verlust Alsens und der Inseln im Westen wollte Dänemark sich auf weitere Kampfhandlungen nicht einlassen. Zwar war man auf Fünen gerüstet, aber eine österreichische Flotte kreuzte in der Ostsee und gefährdete Seeland mit der Hauptstadt Kopenhagen. Das machte die leitenden Kreise Dänemarks verhandlungsbereit, und auch die Presse verlangte jetzt nach Frieden.

Nach einer ersten Begegnung des Oberstleutnants Stiehle und des dänischen Obersten Kauffmann in Snoghøj am Kleinen Belt wurde am 18. Juli im Gasthaus der Brüdergemeinde in Christiansfeld – das noch heute voll von Erinnerungen an diese Zeit ist – vereinbart, daß am 20. Juli die Waffen ruhen sollten.

König Christian IX. erklärte in einer Proklamation an seine Soldaten: „Der Kampf ist zu Ende. Von den blutigen Pfaden des Krieges kehrt ihr zurück zur Arbeit daheim. Schwere Opfer hat der Krieg gefordert. Aber mit noch schwereren Opfern muß der Friede erkaufte werden.“

Die Wahrheit dieses Wortes bekräftigte der am 30. Oktober in Wien abgeschlossene Friede. Die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg gingen in den Besitz Preußens und Österreichs über. Auch die in Schleswig liegenden Enklaven, die seit vierhundert Jahren zum Amte Ripen gehört hatten: Teile von Röm, Sylt und Föhr, Amrum und Mögeltöndern mit der Troiburg, wurden abgetreten. Dafür erhielt Dänemark acht Kirchspiele am Südufer der Koldinger Förde mit Skamlingsbanke – ein Gebiet, in dem nicht wenige Heimdeutsche wohnten –, die Insel Ärö und die Umgegend von Ripen, so daß die Königsau jetzt nur noch in ihrem Mittellauf die Grenze bildete. Schon bald nach dem Abschluß des Friedens ging die gemischte Grenzregulierungskommission an die Arbeit, und am 23. April 1865 war das Abstecken des künftigen Grenzverlaufs zu Ende gebracht.

Ohne Bitterkeit im Herzen

Die dänische Bevölkerung Nordschleswigs gab trotz allem die Hoffnung auf eine Änderung der Grenze nicht auf, zumal zwischen Preußen und Österreich in dem Friedensschluß des Jahres 1866 im § 5 eine Volksabstimmung vorgesehen war. Aber erst die Niederlage Deutschlands im ersten Weltkrieg sollte dieser Hoffnung Erfüllung bringen.

*

Das Jahr 1864 hat lange wie eine Scheidewand zwischen dem dänischen und dem deutschen Volk gestanden. Wenn beide Seiten im Erinnerungsjahr 1964 auch noch nicht gemeinsam die Gräber der Toten bekränzt haben, so ist doch der Schmerz, den das Kriegsgeschehen verursacht hat, durch die Zeit gemildert. Beide Seiten können ohne Bitterkeit im Herzen dessen gedenken, was vor hundert Jahren geschah.

Grundzüge der deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert

Bei dem nachfolgenden Aufsatz handelt es sich um die unveränderte deutsche Fassung eines Beitrages der Sammelschrift „Tyskland vor nabo mod syd“ (1963). Wir glauben, daß diese zur Unterrichtung unserer dänischen Nachbarn geschriebene Darstellung gerade im Erinnerungsjahr 1964 auch den deutschen Leser interessieren wird. Es wird durch diesen Überblick deutlich, in welchem Zusammenhang die Ereignisse vor hundert Jahren mit den übrigen großen Themen stehen, die den Ablauf der deutschen Geschichte bestimmen und ihre eigentlichen Leitmotive sind.

In der Geschichte der europäischen Kultur stellt die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert einen tiefen Einschnitt dar. Diese Epochenwende ist markiert durch die industrielle Revolution, die in England ihren Ausgang nahm, und durch die soziale und politische Revolution, die in Frankreich im Jahre 1789 ihren ersten heftigen Ausbruch erlebte. Die industrielle Revolution bewirkte eine vollkommene Umwandlung der menschlichen Lebensbedingungen. Die Naturwissenschaft ermöglichte es, Raum und Zeit zu überwinden. Der heutige Mensch ist in seiner technischen Umwelt von einem Menschen der Goethezeit weiter entfernt als jener von unseren Vorfahren etwa in der Zeit Karls des Großen. Im sozialen und politischen Bereich bewirkte die Französische Revolution einen ähnlichen Prozeß vollkommener Umbildung. Die neue Schicht des Industrie-, Handels- und Bildungsbürgertums wurde die führende Kraft zuerst in Frankreich und England und schrittweise im übrigen Europa. Hinter dem Bürgertum stieg als eine weitere neue Schicht die Industriearbeiterschaft nach oben. Die Französische Revolution von 1789 war nur der erste Ausbruch in einer Reihe von Revolutionen, die das 19. und 20. Jahrhundert durchziehen. Dieser Gärungsprozeß ist bis heute nicht zu Ende gekommen. Die europäische Welt insgesamt hat noch nicht wieder eine politische, soziale und menschliche Ordnung gefunden, die so fest und sicher gefügt wäre wie die Verhältnisse im vorrevolutionären Europa. Die Mobilität ist geradezu ein Kennzeichen der modernen Gesellschaft.

Die Geschichte des deutschen Nationalstaates fällt nun ganz in diese Periode der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Revolution, die mit der Erfindung der Dampfmaschine und mit der Erklärung der Menschenrechte gegen Ende des 18. Jahrhunderts begann. Die deutsche Geschichte ist in ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Grundmotiven hineingeflochten in das Gewebe dieser europäischen Geschichte. Wie in den anderen europäischen Ländern, so

sind in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts die Leitmotive in wirtschaftlicher Hinsicht die Wandlung vom Agrar- zum Industriestaat, in sozialer Hinsicht der Aufstieg des Bürgertums und der Arbeiterschaft, in politischer Hinsicht das Ringen um eine rechtsstaatliche Verfassung liberaler und demokratischer Art. Aber diese Grundmotive sind in der deutschen Geschichte in eigentümlicher Weise abgewandelt.

Machen wir uns zunächst klar, durch welche Besonderheiten die deutsche Lage am Vorabend der Französischen Revolution gekennzeichnet ist. Der Siedlungsraum des deutschen Volkes hat keine klaren, eindeutigen Grenzen. Allenfalls im Westen ist die Sprachgrenze eine Linie. Im Norden und Süden, in Schleswig und Tirol, haben wir statt der Linie eine Gemengezone der deutschen mit ihren Nachbarsprachen, im Osten und Südosten vollends sind deutsche und nichtdeutsche Siedlungs- und Sprachräume eng miteinander verzahnt. Es lassen sich drei große Siedlungsspitzen erkennen: Ostpreußen, Schlesien und Österreich, die sich mit dem slawischen Siedlungsraum der Polen und Tschechen verklammern. Darüber hinaus zeigt die Völkerkarte im östlichen Europa eine große Anzahl von Streusiedlungen deutscher Sprache inmitten anderen Volkstums, die wie an der Wolga zum Teil erst im 18. Jahrhundert entstanden sind. Aus dieser Verzahnung der Volkstümer mußten sich mit Notwendigkeit große Schwierigkeiten ergeben, als unter dem Eindruck der Französischen Revolution allenthalben in Europa die Völker vom Nationalgedanken ergriffen wurden. Es kam zu vielen Reibungen und Sprachenkämpfen. Durch die Eigentümlichkeit des Siedlungsraumes wurde für das deutsche Volk eine Nationalstaatbildung im westeuropäischen Sinne, wonach die Grenzen von Staat und Nation sich möglichst decken, unendlich erschwert, ja unmöglich gemacht.

Auch in wirtschaftlich-sozialer Hinsicht unterschied sich das deutsche Volk von seinen westlichen Nachbarn. Es gab in Deutschland eine bürgerliche Schicht, aber sie war wirtschaftlich stagnierend und nicht von jenem kräftigen Drang erfüllt, Macht und Einfluß zu erlangen, wie es in dem mächtig aufstrebenden Gewerbe-, Handels- und Finanzbürgertum Englands und Frankreichs der Fall war. Die Zeiten der Hanse waren längst vorbei. Wenn im Mittelalter die Haupthandelswege in Europa von Norditalien über die Alpen, dann durch Süddeutschland und den Rhein abwärts zur Nordsee und zur Ostsee geführt hatten, so waren durch Seefahrt und Entdeckungen die Schwerpunkte des europäischen Handels nach Westen, in die Küstenländer des Atlantiks, verschoben worden. Die Französische Revolution erklärt sich aus der Diskrepanz zwischen der tatsächlichen wirtschaftlichen Bedeutung des Bürgertums und seiner rechtlosen Stellung im Staate als tiers état. In Deutschland gab es eine solche revolutionäre Spannung nicht. Übrigens hatte auch der Adel, gegen den sich in Frankreich der Kampf der Bürger richtete, eine ganz andere Bedeutung. Während der französische Adel von den Grundrenten

seiner Bauern oder von den Pensionen lebte, die ihm der König in Versailles gewährte, war die typische Figur des ostdeutschen Adligen der preußische Junker, ein Landwirt, der mit Hilfe der gutsabhängigen Bauern seine Äcker bestellte oder der als Offizier in der Armee des Königs diente.

Gewiß hat es auch in Deutschland soziale Unzufriedenheit und gelegentliche Bauernrevolten gegeben, aber die Situation als solche war nicht revolutionär, da Revolutionen nicht aus Elendsrevolten entspringen, sondern aus dem Willen dynamischer neuer Gesellschaftsschichten, nach oben zu gelangen. Dafür zog sich durch den deutschen Volkskörper ein Antagonismus anderer Art, der Gegensatz der Konfessionen. Im Unterschied zu allen anderen europäischen Ländern war für Deutschland, dem Ursprungsland der Reformation, das Ergebnis der Glaubenskämpfe und Religionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts nicht die Bewahrung oder Umformung der religiösen Einheit der Nation gewesen, sondern ihre bis in den Grund reichende Spaltung. Allerdings hatte der entscheidungslose Ausgang des Dreißigjährigen Krieges im Frieden von Münster und Osnabrück 1648 zur Koexistenz konfessionell verschiedener Staaten im Rahmen des lockeren Reichsverbandes geführt. Zwar war das Feuer der konfessionellen Leidenschaft in der allgemeinen Erschöpfung nach den Religionskriegen niedergebrannt. Die Gebildeten, sofern sie der Aufklärung anhängen, erhoben sich über den konfessionellen Gegensatz, und ein aufgeklärter Herrscher wie der Preußenkönig Friedrich II. übte in seinem Staate – übrigens eher als Frankreich und England – religiöse Toleranz. Aber in den breiten Schichten des deutschen Volkes war der Gegensatz der Konfessionen als Erbe von Reformation und Gegenreformation nun einmal vorhanden, und er sollte sich im 19. Jahrhundert in der preußisch-österreichischen Rivalität und im Kulturkampf noch einmal politisch verhängnisvoll auswirken. Vor allem aber hatte die religiöse Spaltung des deutschen Volkes dazu beigetragen, die Eigenmächtigkeit und Sonderrechte der vielen deutschen Einzelterritorien auf Kosten des Ganzen zu stärken.

Hiermit stoßen wir auf eine weitere Eigentümlichkeit der deutschen Geschichte. Während in den meisten europäischen Ländern, vor allem im Westen, die politische Entwicklung seit dem späten Mittelalter dahin führte, daß sich die monarchische Zentralgewalt namentlich in der Zeit des Absolutismus immer stärker ausbildete und das Staatsterritorium immer einheitlicher von einem Zentrum aus regiert wurde, zeigt der Gang der Entwicklung in Deutschland das umgekehrte Bild. In dem alten Kampf zwischen König und Reichsständen haben in Deutschland die Stände gesiegt. Die Gründe hierfür sind, im Ansatz weit zurückliegend, im Mittelalter zu suchen. Da der deutsche König zugleich die römische Kaiserkrone trug, ergab sich ein jahrhundertlanges Ringen zwischen Kaiser und Papst, zwischen Imperium und Sacerdotium, in dem es sich nur allzuoft ergab, daß die Fürsten in ihrer natürlichen Opposition gegen König und Kaiser

auswärtigen Rückhalt bei der Politik der Kurie fanden. Seit dem 13. Jahrhundert begannen sich im Reich fürstliche Territorien auszubilden, von denen die größten im Laufe der Jahrhunderte staatlichen Charakter gewannen. So konnte sich im 17. und 18. Jahrhundert die Regierungsweise des Absolutismus nicht im Reich als Ganzem, sondern nur in seinen größeren Teilgebieten entwickeln. Unter diesen staatlichen Herrschaftsbereichen waren die beiden bedeutendsten und größten Brandenburg-Preußen und Österreich. In ihnen polarisierte sich zugleich die Spannung zwischen dem protestantischen Nord- und dem katholischen Süddeutschland. In beiden Fällen ragten die im Norden von den Hohenzollern, im Süden von den Habsburgern beherrschten Länder über das Reichsgebiet hinaus. So gehörte Brandenburg zum Reich, aber Preußen nicht. Und von den Völkern unter der Herrschaft Habsburgs gehörten das von Tschechen und Deutschen bewohnte böhmisch-mährische Becken und die deutschen Donauländer zum Reich, nicht aber Ungarn und das polnische Galizien. Im Bereich der Donaumonarchie, die Jahrhunderte hindurch das staatliche Gehäuse für das Leben von Angehörigen verschiedener Völker war – von Deutschen, Tschechen, Slowaken, Slowenen, Kroaten, Ungarn, Polen, Rumänen und Italienern – ist die deutsche mit der außerdeutschen Geschichte Ost- und Südosteuropas aufs engste verklammert. Demgegenüber war Preußen, auch wenn es seit den polnischen Teilungen im ausgehenden 18. Jahrhundert über starke polnische Minderheiten verfügte, ein im wesentlichen deutscher Staat. Die deutsche Geschichte der Neuzeit hat nicht den Mittelpunkt einer einzigen Hauptstadt besessen, wie London für England, Paris für Frankreich, Madrid für Spanien. Nicht mit einem Kreise, sondern eher mit einer Ellipse könnte man den deutschen Geschichtsraum vergleichen, der neben einer Vielzahl mittlerer und kleiner Residenzen zwei hauptstädtische Brennpunkte kennt: Wien und Berlin. Durch deren Polarität, durch das spannungsreiche Mit- und Gegeneinander des von Deutschen geführten habsburgischen Vielvölkerstaates und des preußischen Staates, der zum Kern eines deutschen Nationalstaates werden sollte, ist die politische Geschichte Deutschlands wesentlich bestimmt.

Deutschlands Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution / Reformen

Am Vorabend der Französischen Revolution bestand aber noch das alte Heilige Römische Reich Deutscher Nation, von vielen als ein Monstrum verspottet, von manchen immer noch verehrt. Noch gab es einen Kaiser aus dem Hause Habsburg, ein Reichskammergericht und einen permanenten Reichstag als Gesandtenkongreß der Fürsten in Regensburg. Es war nurmehr ein ganz lockeres

Gebilde, in dem allenfalls die kleineren Territorien eine Sicherung ihrer Existenz gegenüber der Begehrlichkeit der größeren Nachbarn suchten. Die deutsche Länderkarte bot ein buntes Bild. Neben den 77 größeren weltlichen Fürstentümern und den über 200 kleineren Herrschaften gab es als höchst eigentümliche Gebilde 51 reichsunmittelbare Städte mit einer alten Tradition der Selbstverwaltung und 63 geistliche Fürstentümer, nicht zu reden von den 45 Reichsdörfern und den etwa 1500 reichsunmittelbaren ritterlichen Gebieten.

In dieses altertümliche Gebilde, ein Relikt des Mittelalters, aus dem alles Leben entwichen war, blies der Sturmwind der Französischen Revolution hinein. Durch sie wurde Europa in dreiundzwanzigjährige, nur kurz unterbrochene Kriegswirren gestürzt. Der Konflikt begann, als im April 1792 Frankreich an Österreich den Krieg erklärte. Er wurde im Kampf gegen die Revolution von wechselnden Koalitionen europäischer Mächte geführt, an denen Österreich und Preußen, Rußland und Spanien, am beharrlichsten aber England teilnahmen. Unter Napoleon wurde der Revolutionskrieg zu einem französischen Eroberungskrieg. Die Napoleonischen Kriege stehen in der Reihe jener Hegemonialkämpfe, die sich in der europäischen Geschichte der Neuzeit wiederholt beobachten lassen und in denen bald diese, bald jene Macht – Spanien, Frankreich, Deutschland – versuchte, die Vorherrschaft zu gewinnen. Ein Blick auf die Karte Europas in der Zeit, als Napoleon auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn stand, zeigt, wie nahe er der Erfüllung seiner Wünsche, der Zusammenfassung Europas unter der Führung eines gekrönten französischen Imperators, kam. Zu jener Zeit gehörten zu dem von Frankreich unmittelbar verwalteten Gebiet das nördliche Deutschland bis hinauf nach Lübeck, ganz Westdeutschland bis zur Rheingrenze und ebenso Teile Italiens. Dieses erweiterte französische Staatsgebiet war von einem Ring von Satellitenstaaten in Spanien, Italien und Deutschland umgeben. In Deutschland bildeten diese neu gegründeten Staaten den sogenannten Rheinbund. Ihre Truppen standen unter dem Befehl Napoleons. Preußen, dessen Armee im Kampf gegen Napoleon völlig zusammengebrochen war, wurde im Frieden von Tilsit 1807 auf seine östlichen Provinzen beschränkt. Wie Österreich wurde es zum Bündnis mit Frankreich gezwungen.

Die Zeit Napoleons ist in ihrer revolutionären Auswirkung eine der entscheidendsten Epochen in der deutschen Geschichte. Wie in einem Erdbeben brach das Gebäude des morschen Deutschen Reiches zusammen. Die geistlichen Staaten, die noch den relativ stärksten Rückhalt des alten Reiches gebildet hatten, verschwanden vollständig, ebenso wie die meisten der freien Städte. Von dem Schwarm der deutschen Staaten blieben nur noch 39 übrig. Napoleon schuf oder erneuerte mehrere mittelgroße Staaten in Deutschland, deren Fürsten von ihm abhängig waren oder sich an ihm orientierten. Das gilt vor allem für die süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden. Sie waren in ihrem

neuen Umfang Produkte der Revolution. Obwohl ihre Herrscher das Prinzip der Legitimität für sich in Anspruch nahmen, diskreditierte der revolutionär-napoleonische Ursprung ihrer Staaten die Idee der monarchischen Legitimität. Es war das logische Resultat dieser revolutionären Umformung Deutschlands, daß im Jahre 1806 das Heilige Römische Reich förmlich aufgelöst wurde.

Ohne Zweifel hatte die napoleonische Zeit in Deutschland ihre positiven Seiten. In den Rheinbundstaaten wurden die Adelsprivilegien erheblich eingeschränkt, die staatsbürgerliche Gleichheit vor dem Gesetz wurde eingeführt. Im Deutschland links des Rheins blieb der napoleonische Code Civil bis zum Jahre 1900 in Kraft. In den Gebieten mancher ehemaliger geistlicher Fürstentümer wurde jetzt unter französischer Herrschaft den Protestanten zum ersten Male öffentlicher Gottesdienst erlaubt. Goethe bewunderte Napoleon, und Hegel sprach von dessen geschichtlicher Mission. Auf der anderen Seite aber war es unvermeidlich, daß die Herausforderung der französischen revolutionären Ideen von Freiheit und Selbstbestimmung in allen jetzt von Frankreich unterworfenen Völkern eine Reaktion hervorrufen mußte, die sich gegen den Eroberer selbst kehrte. Wie in Spanien ein von Mönchen und Priestern geführter Kleinkrieg ausbrach, so kam es auch in Teilen Deutschlands zu Einzelerhebungen gegen Napoleon, so etwa in Tirol. Entscheidend jedoch war, daß in Wien und in Berlin Gruppen von Reformern aus ganz Deutschland systematisch die Befreiung von der Fremdherrschaft vorbereiteten.

Geschichtlich besonders wirksam wurde die preußische Reform. Sie bedeutet einen Wendepunkt in der deutschen Geschichte, da von ihr der entscheidende Anstoß für die deutsche Nationalbewegung ausging. Nation bedeutet ein Volk, das sich seiner geschichtlichen Individualität bewußt geworden ist. In diesem Bewußtsein kann sich ein kulturelles Einheitsempfinden ausdrücken, oder es kann durch gemeinsame politische Ideen bestimmt sein. Vor dem Zeitalter der Reform konnte das deutsche Volk nicht als Nation im politischen, wohl aber im kulturellen Sinne betrachtet werden. Die Deutschen waren eine Kulturnation, aber keine Staatsnation. In der Entwicklung der Kulturgeschichte erreichen um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert – d. h. im Zeitalter Goethes, Kants und Beethovens – Literatur, Dichtung, Musik, Malerei und Philosophie einen Höhepunkt ihrer Entwicklung in Deutschland. Das hierin begründete kulturelle Nationalbewußtsein war zugleich kosmopolitisch. Die Entwicklung der nationalen Kultur schien kein Ziel für sich selbst zu sein, sondern ihr Wert wurde darin gesehen, daß sie ein besonderer Ausdruck allgemein menschlicher Ideen war. Die Vorstellung einer politischen Nation hatte hierin zunächst keinen Platz. Es ist kennzeichnend, wenn Schiller sagte:

„Deutsches Reich und deutsche Nation sind zweierlei Dinge ... Abgesondert von dem Politischen, hat der Deutsche sich einen eigenen Wert gegründet, und wenn

auch das Imperium unterginge, so bliebe die Würde unangefochten. Sie ist eine sittliche Größe, sie wohnt in der Kultur und dem Charakter der Nation, die von ihren politischen Schicksalen unabhängig ist ... Indem das politische Reich wankt, hat sich das geistige immer fester und vollkommener gebildet.“

Und Goethe mahnt die Deutschen:

„Zur Nation euch zu bilden, ihr hofft es, Deutsche, vergebens.
Bildet, ihr könnt es dafür, freier zu Menschen euch aus.“

Dieser unpolitische Geist hat seine Größe. Es ist faszinierend zu beobachten, wie das geistige Reich Schillers und Goethes, seinem inneren Gesetz folgend, sich unbeirrt durch die politischen Wirren der Zeit entwickelte. Aber war es möglich, daß sich der Geist auf seine eigene Selbsterfüllung beschränken würde, mußte nicht die philosophische Freiheitsidee notwendig auch ihre politische Wirkung haben? So dachte Immanuel Kant. Er war überzeugt, daß die Philosophie das leitende Prinzip der praktischen Politik sein müsse und daß die Idee der moralischen Autonomie des Menschen in ihrer Konsequenz zu einer republikanischen Verfassung und einem Völkerbund führen müsse.

Kant war Professor in Königsberg gewesen. Eben hier in Ostpreußen wandten sich einige Schüler seiner Philosophie in der Stunde der Niederlage der Aufgabe der politischen Reform zu. Damals zog der preußische Staat einige der aktivsten Charaktere der Zeit an. Unter den Staatsmännern der Reform sind vor allem der Graf Hardenberg und der Freiherr vom Stein zu nennen. Hardenberg formulierte den Grundsatz der Reform als „die Verwirklichung demokratischer Ideen in einer monarchischen Regierung“. Er war überzeugt, daß der politische und soziale Prozeß der Umwandlung, der in Frankreich begonnen hatte, sich in Europa mit unwiderstehlicher Kraft ausbreiten werde. Die Kraft dieser Prinzipien, meinte er, sei so groß, daß der Staat, der sie nicht freiwillig anerkenne und auf dem Wege der Reform einführe, dem Untergang oder der Revolution verfallen müsse. Andere Männer, wie der Freiherr vom Stein, der Nachfolger Hardenbergs als leitender Minister im Jahre 1807, schauten nach England und fanden in der dortigen kommunalen Selbstverwaltung ein Vorbild für die Reform. Diese begann mit der Befreiung der Bauern. Hierbei spielte auch das dänische Vorbild eine Rolle. Hardenberg hat darauf hingewiesen. Das Ziel war, den Bauern aus seiner alten Gutsabhängigkeit zu lösen und eine Schicht freier Landarbeiter zu schaffen. Dieser Prozeß begann 1807 und kam ein halbes Jahrhundert später zum Abschluß. Allerdings wurde die Reform in den späteren Jahren nicht in Übereinstimmung mit ihrer ursprünglichen Idee durchgeführt, so daß im östlichen Deutschland zahlreiche kleine Bauernstellen zugrunde gingen und im Ergebnis eine sehr ungleiche Verteilung von Land herauskam und nicht eine gleichmäßige Schicht mittelgroßer Landbesitzer. Ein großer Schritt auf dem Weg der politischen Reform war die Einführung der Selbstverwaltung in den preußischen Städten. Es

war beabsichtigt, die Selbstverwaltung eines Tages auch auf das flache Land auszudehnen und für Preußen, vielleicht sogar für Deutschland insgesamt, eine Zentralvertretung zu schaffen. Ein deutsches Parlament wurde jedoch erst mehr als ein halbes Jahrhundert später gebildet. Das Gewerbe wurde von den Resten des noch bestehenden Zunftzwanges befreit. Eine militärische Reform diente dem unmittelbaren Zweck der Befreiung von der Fremdherrschaft. Die allgemeine Wehrpflicht, die zuerst im revolutionären Frankreich eingeführt worden war, wurde von Preußen übernommen. Offensichtlich konnte man der volkstümlichen Wucht der französischen Armeen nicht mit einem Söldnerheer des früheren preußischen Typs entgegentreten. Gneisenau, der eigentliche militärische Gegenspieler Napoleons in den Befreiungskriegen, hätte am liebsten eine allgemeine Volkserhebung gegen die mit dem fremden Eroberer gemeinsame Sache machenden deutschen Fürsten entfacht. Typisch für den Geist der Reform war schließlich die Gründung der Universität Berlin im Jahre 1810. Diese Universität sollte nicht in erster Linie praktischen Zwecken dienen, wie es in dem erziehungsfreudigen Jahrhundert der Aufklärung bei vielen Gründungen von wissenschaftlichen Instituten der Fall gewesen war. Wilhelm von Humboldt, der sie plante, wollte vielmehr eine Pflegestätte für Forschung und Lehre schaffen, die keinem anderen Zweck dienen sollte als der Wahrheitsfindung. Es zeigt die geistige Spannweite dieses Moments in der deutschen Geschichte, daß der preußische Militär- und Beamtenstaat in seiner tiefsten Erniedrigung fähig war, diese Stätte der wissenschaftlichen Kontemplation zu schaffen.

Ursprünglich war der preußische Staat selbst Hauptgegenstand der Reformbewegung gewesen. Aber mit Notwendigkeit griffen die Reformideen über die Staatsgrenzen hinaus. Es bildete sich die Vorstellung einer politischen deutschen Nation. Der Freiherr vom Stein, der bedeutendste unter den politischen Reformern, erklärte, daß er nur ein Vaterland kenne – Deutschland. Starke nationale Leidenschaft trieb ihn zur Reform des preußischen Staates. Er wurde, nachdem er auf Geheiß Napoleons aus dem preußischen Staat entlassen worden war, im russischen Lager einer der aktivsten Geister in der Vorbereitung des Befreiungskampfes gegen Napoleon. Aber er hatte keine klare Vorstellung davon, welches die künftige politische Gestalt der deutschen Nation sein sollte. Seine Ideen schwankten zwischen mittelalterlichen Reichserinnerungen, der westlichen Vorstellung vom Nationalstaat und einer Föderation der bestehenden deutschen Staaten unter der Garantie der großen europäischen Mächte. Man muß sich klarmachen, daß der Ausgangspunkt der nationalen Bewegung in Deutschland fundamental verschieden war von dem in England und in Frankreich. Als in der Englischen Revolution des 17. und in der Französischen Revolution des 18. Jahrhunderts diese beiden Nationen ihrer selbst bewußt wurden und ihr Schicksal in ihre eigenen Hände nahmen, besaßen sie schon einen nationalen Staat, auf

den sich ihre Tätigkeit richten konnte. Diese Staaten waren von den Königen geschaffen und gleichsam der Nation zur Verfügung gestellt worden als eine Gabe der Geschichte. Dies war in Deutschland nicht der Fall. Hier hatte die nationale und liberale Bewegung den Staat und die Verfassung in einer gleichzeitigen Anstrengung zu schaffen. In territorialer Hinsicht war es schwer zu sagen, was Deutschland eigentlich sei. Das Hauptproblem war Österreich. Welche Teile Österreichs konnten zu Deutschland gehören? Diejenigen, die von Deutschen bewohnt wurden? Das würde bedeuten haben, daß sich Österreich auflöste. Oder alle jenen Teile, die früher zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation gehörten, einschließlich der Tschechen, Slowenen und Italiener? Das würde der Idee eines Nationalstaates widersprochen haben. Alle diese Fragen blieben in der gegen Napoleon gerichteten Nationalbewegung ungelöst; in der Tat, man stellte sie kaum. Hier und da führte dieser Mangel an politischer Genauigkeit zusammen mit der starken Empfindung für die eigenen Kulturleistungen dazu, daß die negativen Seiten in ihm, nämlich die antirevolutionäre und die antifranzösische Haltung, zu stark hervortraten. Das führte in manchen Äußerungen der Zeit zu einem unkontrollierten Gefühl nationaler Überlegenheit. Dem französischen revolutionären Sendungsbewußtsein wurde auf deutscher Seite von manchem die These entgegengestellt, daß das deutsche Volk in der Geschichte zu einer besonderen Aufgabe berufen sei. So werden wir gleich zu Beginn der Nationalbewegung in Deutschland, in der Periode der napoleonischen Fremdherrschaft, mit dem Doppelantlitz, der Doppelwertigkeit des Nationalismus konfrontiert. Als Wille einer Nation, Herr ihres eigenen Schicksals zu werden, ist der Nationalismus der legitime Ausdruck der Idee der Autonomie, die eine der Grundüberzeugungen des Zeitalters der Vernunft gewesen war. Die große Gefahr ist, daß eine Nation, die sich selbst autonom setzt, nichts außer sich selbst sieht und einen missionarischen Eifer oder ein Gefühl der Überlegenheit über andere entwickelt. Die Frage war, welche dieser Möglichkeiten des Nationalismus die deutsche Entwicklung bestimmen würde. Ein Beispiel für einen ausgeglichenen Nationalismus ist durch Wilhelm von Humboldt – den Gründer der Universität Berlin, den Freund Goethes, den preußischen Staatsmann – gegeben worden. Die geistige Haltung dieses Freundes nicht nur der europäischen, sondern auch der orientalischen Sprachen war von der für die Philosophie des deutschen Idealismus charakteristischen universalen Weite. In seinem ersten Essay über die Grenzen der Wirksamkeit des Staates spielte der Staat als eine nationale Einrichtung überhaupt keine Rolle. Es ging ihm hier nur um die notwendige Begrenzung der Staatsgewalt, um so für jeden einzelnen die Möglichkeit zur freien Persönlichkeitsentwicklung zu gewährleisten. Später schloß er sich den preußischen Reformern an, und in seinen Kulturuniversalismus kam ein nationaler, politischer Zug. Er war der erste, der in Deutschland den Begriff des

Nationalstaates formulierte und in ihm nicht nur den Wächter der nationalen Kultur, sondern deren Ausdruck sah.

„Deutschland“, so schrieb er, „muß frei und stark sein, nicht bloß, damit es sich gegen diesen oder jenen Nachbarn oder überhaupt gegen jeden Feind verteidigen könne, sondern deswegen, weil nur eine auch nach außen hin starke Nation den Geist in sich bewahrt, aus dem auch alle Segnungen im Innern strömen; es muß frei und stark sein, um das, auch wenn es nie einer Prüfung ausgesetzt würde, notwendige Selbstgefühl zu nähren, seiner Nationalentwicklung ruhig und ungestört nachzugehen und die wohltätige Stelle, die es in der Mitte der europäischen Nationen für dieselben einnimmt, dauernd behaupten zu können.“ Diese frühe Nationalbewegung in Deutschland hatte, so weitreichend ihre Auswirkungen in der Zukunft sein sollten, damals noch nicht die Kraft, von sich aus Napoleon zurückzuwerfen. Dessen Fall wurde durch seine eigenen Fehler verursacht und durch die vereinten Kräfte Englands, Rußlands, Österreichs und Preußens. Der Rußlandfeldzug Napoleons brachte im Winter 1812 vor Moskau die Wende. Für den Gang des Befreiungskrieges war es entscheidend, daß es dem Freiherrn vom Stein gelang, nach der Befreiung des russischen Territoriums den Zaren zu veranlassen, den Kampf gegen Napoleon im Bündnis mit Preußen und Österreich fortzuführen bis zu dessen endgültiger Niederwerfung. Die siegreichen Mächte stellten in Frankreich die Bourbonendynastie wieder her. In Wien versammelten sie sich zu einem Kongreß, um Europa eine neue Ordnung zu geben. Das Leitprinzip war die vorrevolutionäre Idee des europäischen Gleichgewichtes. Frankreich wurde als ein wichtiges Element hierin betrachtet. So wurde es auf seine vorrevolutionären Grenzen reduziert; aber darüber hinaus erlitt es keine Verluste. In dieser Hinsicht gab der Kongreß von Wien ein Beispiel für Mäßigung und wirkliche Staatskunst. Es gibt kaum einen anderen Friedensschluß in der Geschichte, der sich als so stabil erwies wie der von Wien.

England war als der entschiedenste Gegner Napoleons auch der Hauptgewinner. Es besaß nun eine unbestrittene Suprematie über die Meere. Die englische Kontinentalpolitik war darauf gerichtet, das Gleichgewicht der Kräfte zu gewährleisten. Zu diesem Zweck half es Wien, gewisse Gegengewichte gegen eine mögliche Erneuerung der revolutionären Angriffe durch Frankreich zu errichten. So gewann Österreich eine stärkere Stellung in Norditalien als je zuvor, und Preußen erhielt die Provinzen Rheinland und Westfalen. Die preußischen Staatsmänner selber würden einen stärkeren territorialen Gewinn in Mitteldeutschland vorgezogen haben. Sie betrachteten Rhein und Ruhr als eine unwillkommene militärische Verpflichtung. Niemand konnte damals voraussehen, daß das Ruhrgebiet eines Tages die größte Industrieregion Europas werden sollte. Ein neues Element in dem europäischen System der Mächte mit England, Frankreich, Österreich, Preußen und Rußland war der Deutsche Bund, der in Wien

durch Übereinkunft der Mächte geschaffen wurde. Er war weder eine Wiederherstellung des früheren Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, noch war er ein Nationalstaat mit eigener Regierung und eigener Nationalrepräsentation. Er war vielmehr ein ständiger Bund der 39 deutschen Staaten unter österreichischem Vorsitz, und er ist niemals imstande gewesen, eine unabhängige eigene Politik zu entwickeln. Wilhelm von Humboldt, der das Statut des Deutschen Bundes entworfen hatte, schrieb, daß sein Zweck darin bestünde, Deutschland zum ruhigen Mittelpunkt Europas zu machen und so das Gleichgewicht der Kräfte zu bewahren. Aber der gleiche Wilhelm von Humboldt klagte darüber, daß dieser Deutsche Bund nicht als eine Erfüllung der nationalen und Verfassungswünsche betrachtet werden könnte, die die deutschen Patrioten gehegt hatten, als sie Napoleon bekämpften. Wie in Deutschland, so wurden auch bei anderen Völkern Mittel-, Süd- und Osteuropas im 19. Jahrhundert unbefriedigte nationale und Verfassungsbestrebungen die eigentlich treibende Kraft der geschichtlichen Entwicklung. Diese Bewegungen waren der Ausdruck einer tiefgehenden wirtschaftlichen und sozialen Umwandlung des Lebens in Europa.

Libérale und nationale Kräfte / Versuch einer Reichsgründung 1848

Ein entscheidender Faktor hierbei ist das Anwachsen der Bevölkerung wie nie zuvor in der europäischen Geschichte. Um einige Zahlen zu geben: Von 1800 bis 1900 wuchs die deutsche Bevölkerung (ohne Österreich) von 23 auf 56 Millionen, die britische von 15 auf 41, die französische von 27 auf 39, die italienische von 18 auf 32, die russische von 33 auf 142 Millionen. Es ist besonders aufschlußreich, die Ziffern für Frankreich und Deutschland miteinander zu vergleichen. Am Anfang des Jahrhunderts gab es 27 Millionen Franzosen, die in einem Staate lebten, verglichen mit 23 Millionen Deutschen, die auf viele Staaten verteilt waren. Am Ende des Jahrhunderts gab es nur 39 Millionen Franzosen, dagegen 56 Millionen Deutsche, die jetzt in einem Reich lebten. Die Gründe für diesen Bevölkerungszuwachs sind zum Teil in der Befreiung und Emanzipation der Bauern und in den neuen Methoden der Landwirtschaft zu suchen, die in einer vollkommenen Umwandlung der früheren Agrarstruktur endeten. Aber auch der Fortschritt in Medizin und Hygiene spielte eine Rolle.

Die Bevölkerungsvermehrung wurde aber überhaupt nur möglich dank der Entwicklung von Naturwissenschaft, Technik und Industrie. In Deutschland setzte die Industrialisierung verhältnismäßig spät ein, eigentlich erst gegen Mitte des Jahrhunderts, aber dann ging die deutsche Industrieentwicklung rapide vor sich, und gegen Ende des Jahrhunderts hatte Deutschland England eingeholt und auf

manchen Gebieten übertroffen. Der Schwerpunkt des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland lag nicht länger in den Agrargebieten Süd- und Ostdeutschlands, sondern verschob sich in die industriellen Bezirke, die in Mitteldeutschland und besonders an Ruhr und Rhein entstanden. Das Bürgertum in diesen von Industrie und Handel bestimmten Teilen Deutschlands war der eigentliche Träger der nationalen und Verfassungsbewegung.

Die Industrie rief aber auch eine neue Klasse ins Leben: das Proletariat. Friedrich Engels, der Freund von Karl Marx, beschrieb in seinem berühmten Buch über die Lage der arbeitenden Klassen in England, welches Elend sie zu erleiden hatten und wie sie in dem Anfangsstadium der Industrieentwicklung ausgebeutet wurden. Dies war die soziale Voraussetzung für das Entstehen verschiedener sozialistischer Ideologien. Hier ging es um die soziale und politische Emanzipation des Proletariats. Im letzten Drittel des Jahrhunderts stellte dieses bereits eine beträchtliche politische Kraft dar in der Form von Gewerkschaften und sozialistischen Parteien. Unter deren Einwirkung haben sich die am stärksten industrialisierten Länder Europas auf den Weg der sozialen Reform begeben, noch bevor das Jahrhundert vorüber war. Vor diesem allgemeinen Hintergrund besitzt die deutsche Geschichte jenes Zeitraums ihre Eigentümlichkeit entsprechend der besonderen Situation, in die das deutsche Volk sich durch die Geschichte gestellt fand.

Das zeigte sich zunächst im Jahre 1848. Damals, sechzig Jahre nach der Französischen Revolution, wurde Europa erneut von einem Ausbruch des Vulkans geschüttelt. Als im Jahre 1815 Napoleon geschlagen und das alte System der Mächte wiederhergestellt war, hatte es zunächst den Anschein gehabt, als ob die Revolution nur ein einmaliges Ereignis gewesen sei, das sich nicht wiederholen könnte. Die Revolution schien ein für allemal vorbei. Doch schon im Jahre 1830 hatte die Julirevolution in Frankreich gezeigt, daß die Flamme noch nicht erloschen war und daß der Zeitpunkt kommen könnte, wo ein neuer Ausbruch den ruhigen Fluß der Zeit unterbrechen würde. Im Jahre 1848 kam der revolutionäre Anstoß wiederum von Frankreich. Es schien, als ob die Geschichte sich wiederholen sollte. Wieder endete der Revolutionszyklus in einer napoleonischen Herrschaft. Diesmal war es Napoleon II., der Neffe des großen Eroberers, der Kaiser von Frankreich wurde. Aber während die Revolution von 1789 keine ähnlichen Erhebungen in Mittel- und Osteuropa hervorgebracht hatte, fingen diesmal Deutschland, Österreich, Polen und Italien sofort Feuer. In den deutschen Staaten schienen die Fürsten beim ersten Schock wie gelähmt, und sie gaben den liberalen Forderungen und dem Verfassungsbegehren ihrer rebellierenden Untertanen sofort nach. Aber gleich von Beginn an war diese Bewegung in Deutschland nicht auf die Einzelstaaten beschränkt, sondern nahm einen allgemein deutschen Charakter an. Ein verfassunggebendes Parlament wurde

gewählt. Es trat in Frankfurt zusammen, wo in früherer Zeit die Kaiser gekrönt worden waren. Dieses erste Parlament in der deutschen Geschichte war zugleich sein hervorragendstes. Zu seinen Mitgliedern zählten manche der bedeutendsten Namen des deutschen intellektuellen Lebens. Es beschloß eine Verfassung nach westeuropäischem Vorbild. Die Freiheit des einzelnen sollte durch Sicherung seiner Rechte garantiert werden. Als Haupt der Exekutive war ein Monarch vorgesehen, für den man den alten Kaisertitel erneuerte. Das gesetzgebende Parlament sollte auf der Grundlage eines demokratischen Wahlrechtes, das jedem gleiches Stimmrecht gab, gewählt werden. Das schwierigste Problem aber, dem sich die Verfassungsschöpfer gegenübersehen, war die Abgrenzung des Staatsgebietes, insbesondere das Verhältnis zu Österreich. Nur diejenigen Teile der Habsburger Monarchie gehörten zum Deutschen Bund, die früher zum Reich gehört hatten. Die Ungarn standen also außerhalb, während die von Tschechen und Deutschen bewohnten Teile Österreichs dazugehörten. Das Verhältnis zwischen dem Deutschen Bund und der Habsburgischen Monarchie ähnelt also zwei sich überschneidenden Kreisen. Die doppelte Mitgliedschaft Österreichs und Böhmens im Deutschen Bund und im Habsburgischen Herrschaftsbereich war möglich gewesen, weil die Beziehungen zwischen den Staaten des Deutschen Bundes nur sehr locker waren. Diese Beziehungen mußten aber zu einem ernsten Problem in dem Augenblick werden, wo die Föderation durch einen Nationalstaat mit eigener gesetzgebender Gewalt ersetzt wurde. Die Deutschen Österreichs betrachteten sich als einen Teil der deutschen Nation und hatten Abgeordnete in die Frankfurter Nationalversammlung geschickt. Hier standen sie nun vor der Alternative eines größeren deutschen Nationalstaates einschließlich der deutschen Teile Österreichs – das würde die Auflösung der Habsburger Monarchie bedeutet haben – oder eines kleineren deutschen Staates ohne die Deutschen Österreichs – das würde bedeutet haben, Österreich von Deutschland abzutrennen. Aber was war Deutschland ohne Österreich, ohne Wien, ohne die Kaiser aus dem Hause Habsburg? Nach heftigen und bitteren Kämpfen im Parlament zwischen den Befürwortern der großdeutschen und der kleindeutschen Lösung gewann die letztere eine Mehrheit. Dies geschah, weil es in der Zwischenzeit offenkundig geworden war, daß sich der habsburgische Herrschaftsbereich nicht auflösen würde. Die kaiserliche österreichische Armee hatte die Revolution in Wien, Prag und Budapest niedergeschlagen und die Italiener zurückgeworfen.

Es würde jedoch ein Fehler sein zu glauben, daß die Armee die einzige Kraft gewesen wäre, um den Vielvölkerstaat der Habsburger zusammenzuhalten. Die meisten der unter dem Zepter des Hauses Habsburg lebenden Völker betrachteten diesen multinationalen Staat mit Loyalität. Charakteristisch war die Haltung der Tschechen. Da sie zum Deutschen Bund gehörten, waren auch sie

eingeladen worden, Abgeordnete nach Frankfurt zu schicken und an dem Werk der Nationalversammlung teilzunehmen. Sie lehnten ab mit einer Loyalitätserklärung gegenüber der Habsburger Monarchie. Die Antwort ihres unbestrittenen Führers, des Historikers Franz Palacky, ist berühmt geworden.

„Wahrlich“, so schrieb er, „existierte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müßte im Interesse Europas, im Interesse der Humanität selbst sich beeilen, ihn zu schaffen.“

Er glaubte, daß die Besonderheit dieser Nationalität und die Autonomie ihres Lebens nirgendwo besser gewährleistet sei als in einem Österreich, das aus freien, autonomen Völkern gleichen Rechtes zusammengesetzt sein sollte. Palackys Ideal damals war ein österreichischer Nationalitätenstaat an der Seite eines deutschen Nationalstaates. Als mögliche Lösung sah er eine Allianz zwischen einem unabhängigen multinationalen Österreich und einem unabhängigen nationalen Deutschland. Dieser Gedanke entspricht ungefähr der tatsächlichen Beziehung zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland, wie sie später im Bündnissystem Bismarcks hergestellt wurde. Die Entscheidung der Tschechen gegen die großdeutsche Idee und zugunsten des österreichischen Vielvölkerstaates erhielt besonderes Gewicht wegen der ähnlichen Haltung Palackys gegenüber dem Panslawismus. Im Revolutionsjahre 1848 versammelte sich ein Kongreß der slawischen Völker in Prag. Er gab dem Gefühl einer Solidarität des ganzen Slawentums Ausdruck. Aber Palacky hatte eine sehr starke Empfindung für die Gefahr, die von dieser Seite entstehen mochte. Im Hinblick auf die Lage, wie wir sie heute im südöstlichen Europa haben, gewinnt ein Wort dieses tschechischen Historikers prophetische Bedeutung:

„Denken Sie sich Österreich in eine Menge Republiken und Republikchen aufgelöst – welch ein willkommener Grundbau zur russischen Universalmonarchie!“

Abgeordnete der vielen Nationalitäten Österreichs versuchten, eine Verfassung für den habsburgischen Vielvölkerstaat zu entwerfen, ebenso wie die deutschen Abgeordneten in Frankfurt es für den deutschen Nationalstaat versuchten. Beide Unternehmungen schlugen fehl. Als die Verfassungen hier und dort auf dem Papier vollendet waren, hatte die Gegenrevolution das Feld zurückgewonnen und das Werk der Revolution in Frankfurt und Wien seiner realen politischen Voraussetzungen beraubt. In Deutschland war das Ende hochdramatisch. Die Frankfurter Nationalversammlung wählte nach Verabschiedung der Verfassung den Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. zum Kaiser. Dies war ein entscheidender Augenblick in der deutschen Geschichte. Würde der preußische König sich zur Höhe der Situation erheben und die Möglichkeiten ergreifen, die in diesem Angebot eines Bündnisses zwischen Krone und Revolution beschlossen lagen? Würde der preußische Staat, der in der Zeit des Befreiungskrieges gegen

Napoleon der Kristallisationspunkt der aktivsten und fortschrittlichsten Patrioten in Deutschland gewesen war, die Führung ergreifen, die ihm von der deutschen Nation angeboten wurde? In diesem entscheidenden Augenblick versagte der König. Der große Moment wurde nicht genutzt. Warum wies der König das Angebot zurück? Einmal war er mit seiner ganzen persönlichen Empfindung gegen den revolutionären Ursprung der angebotenen Krone gerichtet. Er war der tiefen Überzeugung, daß die Könige ihr Amt durch Gottes Gnade allein erhalten und nicht durch den Willen des Volkes. Er verwarf die Theorie der Volkssouveränität ganz und gar. Aber darüber hinaus gab es noch einen anderen Grund, der ihn die Krone zurückweisen ließ. Er fürchtete, in einen europäischen Krieg hineingezogen zu werden. Schon hatte sich die siegreiche Gegenrevolution in Österreich gegen die Nationalverfassung, wie sie in Frankfurt verkündet worden war, ausgesprochen. Das zaristische Rußland war der Bundesgenosse der Gegenrevolution in der Habsburger Monarchie und half dieser, die Nationalbewegung in Ungarn niederzuwerfen. Rußland war auch der natürliche Gegner der Nationalbewegung in Polen. Schließlich unterstützte das revolutionäre Frankreich keineswegs die nationale revolutionäre Bewegung in Deutschland. Es begünstigte aus verständlichen Gründen dessen lockere föderale Struktur. War doch Jahrhunderte hindurch die Teilung Deutschlands ein Hauptanliegen der französischen Politik gewesen. Wir wissen, daß es zwischen Frankreich und Rußland zu einer Fühlungnahme kam im Hinblick auf eine mögliche Intervention in die deutschen Angelegenheiten. Niemand kann mit Sicherheit sagen, daß ein solches Eingreifen tatsächlich stattgefunden haben würde, wenn der König von Preußen nur den Mut gehabt hätte, über seinen eigenen Schatten zu springen und die Hand der Revolution zu ergreifen. Aber dies lag nicht in seiner Natur. Auf der anderen Seite gab es Leute in Deutschland, die davon überzeugt waren, daß ein Krieg nicht nur wahrscheinlich kommen werde, sondern daß man ihn wünschen müsse. Einige der Demokraten waren dieser Ansicht, und es sei erwähnt, daß Karl Marx mit Vehemenz sich für einen Krieg gegen das autokratische Rußland einsetzte. Zu Beginn der Revolution hatte er das Kommunistische Manifest veröffentlicht, er war dann von Brüssel nach Deutschland zurückgekehrt, wo er in Köln eine Zeitung herausgab, die die nationale Sache unterstützte. Für einen Augenblick hatte er gedacht, daß die nationale liberale Revolution, die als eine bürgerliche Bewegung begann, sich in radikaler Richtung entwickeln werde und ohne Bruch in einer sozialistischen Revolution enden könnte. Marx glaubte nicht an die Wirksamkeit parlamentarischer Beschlüsse und an das Entwerfen von Verfassungen. Er glaubte, daß nur in dem Feuer eines Krieges gegen das autokratische Rußland ein revolutionäres Deutschland neue Gestalt gewinnen könnte. Die Situation wurde dadurch kompliziert, daß eben wegen der damals beginnenden revolutionären sozialistischen Bewegung das liberale Bürgertum

sich gleichsam zwischen zwei Feuer gestellt sah. Auf der einen Seite stand es in der Auseinandersetzung mit den Fürsten und der Adelsgesellschaft, in dem Ringen um eine liberale Verfassungsordnung. Auf der anderen Seite hatte es nicht zuletzt im Hinblick auf radikale Erscheinungen in der Französischen Revolution auch in Deutschland mit dem Entstehen einer sozialistischen Bewegung und ihrem Angriff auf die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu rechnen. Zu Beginn der Revolution rief Friedrich Engels der Bourgeoisie zu, daß ihr Henker schon vor der Tür warte. Diese Situation erklärt, warum das deutsche Bürgertum, ganz im Unterschied zu den französischen Revolutionären von 1789, nicht an das Volk appellierte, um eine revolutionäre Armee zu bilden, weil es nicht wußte, wohin sich die Massen wenden würden. Als der König die Krone zurückwies, bedeutete das nicht nur eine tiefe Enttäuschung für die Nationalversammlung, sondern es ließ sie zugleich in einem Zustand vollkommener Hilflosigkeit, denn sie besaß nicht die Macht, ihren Willen aus eigener Kraft durchzusetzen. Die Versammlung löste sich auf. Die Revolution war fehlgeschlagen, weil der König nein gesagt hatte. Dies war ein Ende ohne Ruhm für eine Bewegung, die ein Jahr zuvor mit so großen Hoffnungen und so großer Begeisterung begonnen hatte. Die Wirkung auf das politische Denken in Deutschland war verhängnisvoll. Die politische Initiative wurde gelähmt, und Tausende der aktivsten Deutschen wanderten nach Amerika aus. Der Fehlschlag der Revolution von 1848/49 ist ein Wendepunkt des deutschen Volkes. Die geschichtliche Periode des Idealismus, die durch die philosophische Idee der Freiheit bestimmt worden war, ging zu Ende. Es ist bezeichnend, daß nach der Revolution das Wort „Realpolitik“ in Übung kam. Es beginnt nun eine starke Dynamik in der industriellen Entwicklung, und manche unternehmungslustigen Charaktere in Deutschland suchten jetzt ihr Betätigungsfeld nicht mehr in der Politik, sondern lieber in Industrie und Handel. Wenn die Einigung Deutschlands später dennoch bewerkstelligt und in gewisser Hinsicht auch die Verfassungsvorstellungen der Revolution erfüllt wurden, dann war dies nicht das Werk der Revolution, sondern eines überragenden Staatsmannes, Bismarcks, der von Hause aus sogar ein entschiedener Gegner der Bewegung von 1848 gewesen war.

Die Gründung des Deutschen Reiches durch Bismarck

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war Bismarck die beherrschende Figur in der politischen Geschichte Deutschlands. Seine historische Beurteilung ist kontrovers im deutschen und im außerdeutschen Schrifttum. Einigen erscheint er als der Prototyp des bedenkenlosen und amoralischen Politikers, der dreimal in Europa Krieg provozierte, um die Hegemonie Preußens zu errichten und

Österreich aus seiner jahrhundertelangen Verbindung mit Deutschland zu lösen, wobei er auf diese Weise die historische Einheit Deutschlands zerstörte, eine Einheit, die nicht diejenige eines Nationalstaates gewesen war. In seiner Innenpolitik verurteilen sie ihn als den Mann, der die Katholiken und Sozialisten verfolgte und der für immer die politischen Parteien daran hinderte, einen verantwortlichen Anteil an der Regierung Deutschlands zu gewinnen. Für andere erscheint genau umgekehrt die Zeit Bismarcks als der unbestreitbare Höhepunkt in der deutschen Geschichte, und Bismarck gilt für sie als ein großartiges Beispiel einer Staatskunst, die realistisch und kühn und doch zugleich durch ein starkes Gefühl für eine religiös begründete Verantwortlichkeit diszipliniert war.

Diese Unterschiede in der Beurteilung Bismarcks können zum Teil erklärt werden aus der persönlichen, politischen und ideologischen Orientierung der Kritiker: ein Sozialist, ein Katholik, ein Franzose, ein Österreicher, ein Däne werden von Natur aus geneigt sein, ihn strenger zu beurteilen als ein konservativer oder national gesonnener Deutscher. Aber abgesehen davon, muß das Urteil notwendigerweise verschieden ausfallen je nachdem, ob man seine Aufmerksamkeit auf das lenkt, was Deutschland unter der Bismarckschen Verfassung tatsächlich gewesen ist, oder auf das, was aus dem Bismarckschen Reich in unserem Jahrhundert wurde. In jedem Fall ist es gänzlich falsch, in Bismarck eine Art von Vorläufer Hitlers zu sehen, wie es manchmal in einer simplifizierenden Geschichtsbetrachtung geschieht. In Wirklichkeit kann es kaum einen größeren Unterschied in Temperament, Charakter und politischer Überzeugung geben als zwischen Bismarck und Hitler. Sie sind durch Welten geschieden. In dieser Erkenntnis sagte einmal der große dänische Historiker Aage Friis zu dem deutschen Historiker Friedrich Meinecke:

„Sie wissen, daß ich Bismarck nicht liebe, aber jetzt muß ich sagen, Bismarck gehört doch zu uns.“

Hitler, der Massenführer, wurde von seiner unkontrollierten, leidenschaftlichen Ideologie fortgerissen. Bismarck auf der anderen Seite war ein Staatsmann des kühlen und selbstdisziplinierten Typs, wie er der vorrevolutionären Zeit des 18. Jahrhunderts angehört. Man hat mit Recht beobachtet, daß er eigentlich gar nicht recht in den Rahmen des 19. Jahrhunderts hineinpaßt, obwohl er dessen Lauf so tief beeinflusste. Er hatte keinen inneren Zugang zu den modernen politischen und ideologischen Massenbewegungen, und er verabscheute sie aufs tiefste, ob es sich um den Sozialismus, den politischen Katholizismus oder auch den Nationalismus und einen ideologischen Konservatismus handelte. Sein Standpunkt war Preußen und nicht Deutschland. In der schleswig-holsteinischen nationalen Erhebung des Jahres 1848 sah er eine durchaus zu verwerfende Rebellion gegen den legitimen Monarchen. Der Gedanke eines Großdeutschlands bedeutete ihm nichts. Dennoch hat gerade dieser preußische Staatsmann, der

kein deutscher Nationalist war, die Aufgabe gelöst, an der die Revolution gescheitert war.

Es ist wahr, Bismarck hat zu dem Zweck der Einigung Deutschlands drei Kriege geführt: gegen Dänemark 1864, gegen Österreich 1866, gegen Frankreich 1870/71. Diese Kriege waren sehr kurz. Sie dauerten drei Monate, sechs Wochen und sieben Monate. Das ist zusammengerechnet weniger als ein Jahr. Auch blieben sie begrenzt und arteten niemals in einen allgemeinen europäischen Krieg aus. Ihnen folgte schließlich ein halbes Jahrhundert des Friedens in Europa. Die Liberalen und die Sozialisten hatten in der Revolution von 1848 schon damit gerechnet, daß die Politik der Einigung Deutschlands gegen fremde Intervention kriegerisch würde behauptet werden müssen. Eben dies geschah tatsächlich, als Bismarck das durchführte, wovon die Nationalisten 1848 geträumt hatten. Aber die Kriege Bismarcks waren nicht gegen das autokratische Rußland gerichtet. Im Gegenteil. Es war Bismarck gelungen, die Freundschaft dieses Landes für Preußen zu gewinnen, indem er den Russen die preußische Hilfe gegen eine Nationalerhebung der Polen im Jahre 1863 lieh. Es ist immer ein Hauptbestreben der Außenpolitik Bismarcks gewesen, die Freundschaft mit Rußland solange wie möglich aufrechtzuerhalten. Die Freundschaft mit Rußland war die Voraussetzung der deutschen Politik Bismarcks. Der Krieg gegen Dänemark, der durch die Einbeziehung der dänisch besiedelten Gebiete Nordschleswigs in das Reich das Verhältnis zwischen dem dänischen und dem deutschen Volk für die Folgezeit so schwer belasten sollte, ist von Bismarck nicht als ein Nationalkrieg geführt worden. Er war im Gegenteil ein typischer Kabinettskrieg. Dem politischen Geschick Bismarcks war es sogar gelungen, für diesen Krieg die Unterstützung Österreichs zu gewinnen. Sein Ergebnis war eine erhebliche Verstärkung der Position Preußens in Norddeutschland. Der Streit der Bundesgenossen um das Schicksal der gewonnenen Herzogtümer Schleswig und Holstein bot den Anlaß für den Krieg Preußens gegen Österreich. Dieser führte zur Auflösung des Deutschen Bundes. Österreich wurde aus Deutschland hinausgedrängt. Aber Bismarck erhob keinen Anspruch auf diejenigen Gebiete der Habsburger Monarchie, die von Deutschen bewohnt waren. Bismarck vermied es überhaupt, den geschlagenen Gegner zu demütigen. Er sah in dem Feind von heute den Freund von morgen. Deshalb hinderte er in einer scharfen Auseinandersetzung mit dem preußischen König Wilhelm I. die siegreichen Truppen daran, ihren Triumph durch einen Einmarsch in Wien zu krönen. Der Friede mit Österreich im Jahre 1866 ist eines der seltenen Beispiele für Mäßigung im Sieg. Bis jetzt hatte die öffentliche Meinung in Deutschland Bismarck nicht unterstützt, weil er einen harten Kampf mit dem preußischen Parlament geführt hatte über die Frage des Militärbudgets und der Reorganisation der Armee. Als es aber nach dem Sieg über Österreich offensichtlich wurde, daß die Politik Bismarcks zur Schaffung des deutschen

Nationalstaates führte, und als Napoleon III. den Versuch machte zu intervenieren, da änderte sich die Haltung der Nation gegenüber Bismarck. Viele von denen, die ihn bekämpft hatten, stellten sich nun begeistert hinter ihn. Im Verhältnis zu Frankreich war Bismarck überzeugt, daß es die Einigung Deutschlands zu hindern trachten werde. Er hielt daher einen Waffengang für unvermeidlich und schuf eine diplomatische Situation, in der Frankreich den Krieg an Preußen erklärte. Alle deutschen Staaten stellten sich an die Seite Preußens. Es bedeutete keine besonders glückliche Aussicht für die Zukunft der späteren französisch-deutschen Beziehungen, daß die deutsche Einheit auf den Schlachtfeldern Frankreichs geschaffen wurde. In Versailles wurde 1871 der preußische König zum deutschen Kaiser proklamiert. Es muß auch gesagt werden, daß in dem Friedensvertrag mit Frankreich Bismarck nicht die gleiche Mäßigung und Weisheit zeigte wie vorher gegenüber Österreich. Er gab dem Druck der öffentlichen Meinung in Deutschland und den Argumenten des Generalstabs nach und beanspruchte Elsaß und Lothringen. Das Elsaß war zweihundert Jahre zuvor unter dem französischen König Ludwig XIV. Deutschland entrissen worden. Die hier lebende Bevölkerung sprach fast durchweg deutsch; aber sie hatte sich mit Begeisterung auf die Seite der Französischen Revolution gestellt, und seit jener Zeit betrachteten die Elsässer sich selbst als Angehörige der französischen Nation. Ihre Abgeordneten in der französischen Nationalversammlung stimmten gegen die Angliederung dieser Provinzen an Deutschland. In Deutschland hingegen war man der ehrlichen Überzeugung, daß ein altes Unrecht endlich wieder gutgemacht worden sei. Die Franzosen gaben niemals die Hoffnung auf, die verlorenen Provinzen zurückzugewinnen. Der französische Wunsch nach Revanche lag als schwere Hypothek auf der deutschen Politik.

Nach dem Deutsch-Französischen Krieg blieb es ein Hauptziel der Bismarckschen Politik, Frankreich isoliert zu halten. Ein möglicher Bundesgenosse Frankreichs war Österreich. Aber hier trug die Mäßigung Bismarcks, die er einige Jahre zuvor gezeigt hatte, ihre Früchte. Die drei Kaiser von Deutschland, Österreich und Rußland schlossen ein Bündnis, das mehrere Jahre dauerte. Später führte die Rivalität auf dem Balkan zwischen Österreich und Rußland zu einer Reibung – mit dem Resultat, daß die Dreimächteallianz sich auflöste. Deutschland und Österreich verbanden sich nun enger in einem Verteidigungsbündnis, dem sich später Italien anschloß. Aber so lange wie Bismarck im Amt blieb, war er stets bemüht, freundschaftliche Beziehungen mit Rußland aufrechtzuerhalten. Es war sein Prinzip, den Draht nach Petersburg nicht abzuschneiden. Der leitende Gedanke seiner auswärtigen Politik bestand darin, den europäischen Frieden im Interesse des neu gegründeten Deutschen Reiches zu erhalten, indem er dafür sorgte, daß das Gleichgewicht der Mächte bestehenblieb. Es ist eine große Leistung Bismarcks gewesen, daß die drei kurzen deutschen Einigungskriege

nicht zu einem allgemeinen europäischen Krieg führten und daß das europäische Staatensystem intakt blieb, obwohl der frühere Platz Preußens nun durch Deutschland eingenommen wurde.

Ein großer englischer Historiker hat einmal gesagt, daß die Geschichte die Vergegenwärtigung vergangenen Denkens sei. Man muß versuchen, nachzuvollziehen, was die Deutschen in jener Stunde ihrer Geschichte gefühlt haben mögen. Jahrhunderte hindurch hatte Deutschland lediglich als historische Erinnerung an seine mittelalterliche kaiserliche Größe bestanden. Es war mehr Gegenstand als Träger der Politik gewesen. Häufig war Deutschland zum Schlachtfeld geworden, auf dem die europäischen Mächte ihre Konflikte austrugen. Mit Neid und Bewunderung hatte das deutsche Volk auf die großen westlichen Nationen Europas geschaut. Jetzt endlich, in einer späten Stunde seiner Geschichte und nach den zertrümmerten Hoffnungen der Revolution von 1848, war aus dem deutschen Volk eine Nation geworden, die ihre staatliche Form gefunden hatte. Die Verfassung, wie sie Bismarck schuf, gab den hauptsächlichen politischen Kräften, wie sie damals tatsächlich in Deutschland vorhanden waren, adäquaten Ausdruck. In Analogie zu dem Gleichgewicht der Mächte zwischen den europäischen Staaten, das zu erhalten Bismarck bemüht war, schuf die Bismarcksche Reichsverfassung innerhalb Deutschlands ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen den Fürsten und der deutschen Nation. Im Bundestag saßen die Vertreter der einzelnen Staaten, im Reichstag die Abgeordneten der Nation. Weder das historische Prinzip des Bundesschlusses zwischen den Fürsten noch das revolutionäre Prinzip der nationalen Repräsentation alleine hatte früher mit Erfolg dem deutschen Volke eine wirkungsvolle politische Einheit zu geben vermocht. Die Verbindung von beidem war das Wesen der Bismarckschen Verfassung. Preußen wurde dabei eine führende Rolle zugeschrieben. Aber es besaß nicht die Möglichkeit, die anderen Staaten im Bundesrat zu überstimmen. Das Wesen der Verfassung des kaiserlichen Deutschlands wird manchmal falsch dargestellt. Man muß es sich ganz klarmachen, daß es sich hier nicht um einen autoritären Staat und nicht um eine militärische Diktatur handelte, sondern daß die Bismarcksche Verfassung zum Typus der konstitutionellen Monarchie gehörte. Kein Gesetz konnte beschlossen werden ohne die Zustimmung des Parlamentes. Die Wahlen zu diesem Reichstag waren demokratisch, genauso, wie es die Nationalversammlung der Paulskirche verlangt hatte. Dieser Staat wurde innerlich von der Mehrheit der Deutschen bejaht, besonders von dem national und liberal gesonnenen Besitz- und Bildungsbürgertum. Nur langsam söhnten sich die altpreußischen Konservativen mit der Tatsache aus, daß Preußen nun, eingefügt in die größere deutsche Einheit, kein souveräner Staat mehr war. Gegen Preußen gab es manchen Vorbehalt in dem 1866 annektierten Hannover wie auch bei den deutschen Schleswig-Holsteinern und besonders bei der dänischen und der

polnischen Minderheit. Die Elsaß-Lothringer haben sich mit ihrem Schicksal nie ganz ausgesöhnt. Trotz solcher einzelner Vorbehalte bleibt die Tatsache bestehen, daß das deutsche Volk die so schwer errungene Einheit niemals freiwillig preisgegeben hat. Es hat sie über die Niederlage des ersten Weltkrieges hinweggerettet und in der Niederlage des zweiten Weltkrieges gegen seinen Willen verloren. Und wenn heute in der Bundesrepublik deutsche Länder von den Alpen bis zur Nord- und Ostsee verbunden sind, so liegt die geschichtliche Voraussetzung dafür in dem Umstand, daß sie zum erstenmal unter Bismarck staatlich vereinigt wurden.

Die Bismarcksche Reichsgründung entsprach einer geschichtlichen Notwendigkeit. Aber dennoch blieb sie nach innen in gewisser Hinsicht unvollendet. Denn der staatlichen Einigung des deutschen Volkes entsprach nicht ein ähnlich fester innerer Zusammenschluß der deutschen Nation in seinen verschiedenen sozialen Schichten und Gruppen. Es sind vor allen Dingen drei Gruppen zu nennen, zwischen denen auf der einen Seite und dem neuen Reich bzw. Bismarck auf der anderen Seite wiederholt Konflikte von unterschiedlicher Heftigkeit und Dauer ausbrachen, zunächst mit dem linken Flügel der liberalen Bewegung. Hier hatten sich Parteien mit wechselndem Namen – der Fortschritt, der Freisinn – angesiedelt. Die Fortschrittspartei hatte zu Beginn der sechziger Jahre mit dem neu ernannten preußischen Ministerpräsidenten Bismarck einen schweren Verfassungskonflikt ausgefochten und war darin unterlegen. Sie ist im Unterschied zu den weiter rechts stehenden Nationalen niemals über diesen Graben hinweggekommen. Eine zweite Gruppe ist der politische Katholizismus und dessen Partei: das Zentrum. Zwischen dem modernen Staat und den politisch-gesellschaftlichen Interessen der katholischen Kirche sind in vielen europäischen Staaten Kämpfe um die gegenseitige Abgrenzung ihrer Rechts- und Einflußsphäre ausgefochten worden. In Deutschland waren diese Kämpfe im Jahrzehnt nach der Reichsgründung besonders heftig. Die Erschütterungen des sogenannten Kulturkampfes haben lange nachgewirkt. Dann sind schließlich die Sozialisten zu nennen, gegen die das Reich mit Sondergesetzen vorging und die während der ganzen Zeit des monarchischen Deutschlands vergeblich um ihre volle politische Gleichberechtigung gerungen haben. Bismarck war ein erbitterter Gegner des Sozialismus, ohne Empfindung für den legitimen Kampf der Industriearbeiter für ihre politische Emanzipation. Und doch hat dieser selbe Bismarck in den achtziger Jahren mit seiner großzügigen Sozialgesetzgebung einen wirklich weiterführenden Schritt getan. Seine Idee war, daß jeder Arbeiter gegen die schwersten Mißhelligkeiten des Lebens, gegen Krankheit, Invalidität und Alter, geschützt werden sollte. Mit dieser Gesetzgebung hoffte er, der von Wahl zu Wahl anwachsenden sozialistischen Partei den Wind aus den Segeln zu nehmen. Hierin verrechnete er sich. Die Sozialisten ließen sich durch

sozialpolitische Zugeständnisse nichts von ihrer politischen Hauptforderung nach Gleichberechtigung, vor allem in Preußen, abkaufen.

Denn dies war nun eine weitere merkwürdige Diskrepanz in der politischen Konstruktion Deutschlands: das Wahlsystem in den Mitgliedstaaten war keineswegs überall so demokratisch wie das Reichstagswahlrecht. Für die inneren Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus bestand ein Dreiklassenwahlrecht, das der wohlhabenden Bürgerschicht und den Grundbesitzern einen überragenden Einfluß sicherte. Der alte Grundadel übte in Preußen selbst, im Landtag, in der hohen Beamtenschaft, im Heer und in der Diplomatie immer noch einen sehr hohen politischen Einfluß aus, der nicht mehr seinem tatsächlichen Gewicht im wirtschaftlichen Leben Deutschlands entsprach. Es war natürlich, daß das Bewußtsein dieser Diskrepanz zwischen den politischen Institutionen und der sozialen Struktur mit dem Anwachsen der Arbeiterklasse und mit der immer mehr zunehmenden Stärke der Sozialdemokratischen Partei wuchs. Am Vorabend des ersten Weltkrieges richtete sich eine der Hauptforderungen der sozialistischen Bewegung auf die Einführung des demokratischen Wahlrechtes in Preußen. Für den inneren Zusammenhalt des Reichsbaues war es um so gefährlicher, daß dieses soziale Problem nicht gelöst war, als das Staatsschiff in stürmische Gewässer fuhr. Linksliberale, Katholiken und Sozialisten sind von ihren Gegnern bisweilen sehr zu Unrecht und verächtlich mit dem zusammenfassenden Namen der „Reichsfeinde“ bezeichnet worden. Der Vorwurf geht jedoch gänzlich an der Sache vorbei, da alle diese drei Gruppen, und das gilt ganz ausdrücklich auch von der deutschen Sozialdemokratie, im Grunde auf den Staat und die Nation ausgerichtete Parteien gewesen sind.

Imperialismus und erster Weltkrieg / Versailles

Im Jahre 1890 wurde Bismarck aus dem Amt entlassen. Dies war ein Bruch in der Entwicklung des kaiserlichen Deutschlands. Unter den verschiedenen Gründen, die den jungen Kaiser Wilhelm II. veranlaßten, sich von dem Gewicht dieses großen Staatsmannes zu befreien, ist wahrscheinlich der entscheidende ein Wechsel in der Einschätzung der Stellung Deutschlands in der Welt. Die Politik Bismarcks war kontinental und europäisch gewesen; Wilhelm II. aber wollte Weltpolitik betreiben. Diese Weltpolitik hatte drei Aspekte: einen kolonialen, einen wirtschaftlichen und einen machtpolitischen. Der koloniale war der am wenigsten wichtige. Als Spätling auf dem Feld der kolonialen Betätigung hatte Deutschland einige Landstriche in Afrika und einige Inseln im Pazifik erworben, die sich insgesamt nicht vergleichen ließen mit den Kolonialreichen Englands und Frankreichs, mit der territorialen Expansion Rußlands außerhalb Europas oder

selbst mit den Resten der Reiche, die die früher einmal führenden Seemächte Europas, wie Portugal und Spanien, immer noch besaßen. Wichtiger war der wirtschaftliche Expansionsdrang im Kampf um die Weltmärkte. Es entwickelte sich eine scharfe Konkurrenz zwischen dem deutschen und dem britischen Handel. Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert hatte der deutsche Handel zweidrittel des britischen erreicht. Ohne Zweifel hat dieser wirtschaftliche Rivalitätskampf die politische Meinung auf beiden Seiten beeinflußt. Es wäre jedoch ein Fehler, daraus zu schließen, daß die englisch-deutsche Handelsrivalität zu den wesentlichen Gründen gehört habe, die zum Kriege führten. Diese These ist von verschiedenen deutschen politischen und historischen Schriftstellern vertreten worden. Lenin hat sie in seinem berühmten Buch über den Imperialismus vom Jahre 1917 aufgegriffen. Aber dieser Theorie steht die Tatsache gegenüber, daß es gerade die führenden Leute der Londoner City waren, die versuchten, England vom Eintritt in den Krieg gegen Deutschland zurückzuhalten, weil sie voraussahen, daß ein englisch-deutscher Krieg mit Notwendigkeit die verhängnisvollsten Folgen für die Weltwirtschaft haben mußte. Was in Wirklichkeit das deutsch-englische Verhältnis mehr als alles andere berührte, war der Bau einer deutschen Flotte. Was bezweckte Deutschland eigentlich hiermit? Es wollte aus dem Rang einer bloßen europäischen Macht zu dem einer Weltmacht emporsteigen. Um die Jahrhundertwende gab es drei unbestreitbare Weltmächte: die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Großbritannien und Rußland. Die beiden letzteren gehörten gleichzeitig zum europäischen Mächtesystem. Das Gewicht der Vereinigten Staaten und Rußlands beruhte in den natürlichen Gegebenheiten ihrer Größe und ihrer Lage, die Stellung Englands auf seinem überseeischen Reich und seiner Seeherrschaft. Die Hilfsmittel Deutschlands waren nicht vergleichbar mit denen dieser drei Giganten. In der Entwicklung seiner Seemacht hoffte es jedoch, den Schlüssel zu finden, der ihm Zugang zu der führenden Gruppe in der Welt gewährte. Vom britischen Standpunkt aus sah sich der Bau der deutschen Flotte notwendigerweise ganz anders an. Wenn durch die deutsche Flotte die bisher unbestrittene Seehegemonie Großbritanniens strittig gemacht wurde, so mußte dies notwendigerweise als eine Bedrohung seiner Weltmacht erscheinen, gleichgültig, ob dies in der Absicht der deutschen Politik lag oder nicht. Hier entwickelte sich ein tragischer Konflikt, der vielleicht die tiefste Ursache des ersten Weltkrieges war, obwohl sich dessen Flamme andernorts entzündete, nämlich an den Verwicklungen des Nationalitätenproblems in der Südostecke des europäischen Kontinents.

Welches waren die Ursachen des ersten Weltkrieges im Lichte der historischen Forschung? Es gibt kaum eine Periode der Geschichte, die der Gegenstand so intensiver Untersuchungen gewesen ist wie der Ausbruch des ersten Weltkrieges. Man kann beobachten, daß sich im Laufe der Zeit die Problemstellung selbst

verändert hat. Ursprünglich wollte man feststellen, wer schuldig sei, aber später lautete die Frage, wo die Ursachen zu suchen seien. Die Kriegsschuldthese des Versailler Vertrages, die Deutschland und seine Verbündeten als die Alleinverantwortlichen für den Ausbruch des ersten Weltkrieges hinstellte, ist seit langem von der historischen Forschung fallengelassen worden. Unter dem Eindruck des zweiten Weltkrieges erhielt jedoch die These von der Alleinschuld Deutschlands am ersten Weltkriege wieder Auftrieb. Dazu kamen vor kurzem Forschungen aus den deutschen Archiven des ersten Weltkrieges, die zeigten, in welchem Maße auch in Deutschland wie in den westlichen Ländern während des Krieges territoriale Expansionsziele verfolgt wurden. Das Ergebnis der internationalen Forschung über die Ursachen des ersten Weltkrieges wird aber hierdurch nicht ernsthaft berührt. Vor einigen Jahren kam eine Konferenz deutscher und französischer Historiker zu dem Ergebnis, daß auf Grund der bekannten Dokumente und nach dem gegenwärtigen Stand unserer Kenntnisse keinem Volk und keiner Regierung die Absicht zugeschrieben werden kann, im Jahre 1914 einen allgemeinen Krieg gewollt zu haben.

Aber die Freiheit der Entscheidung war durch die bestehenden Bündnisse und Militärabsprachen sehr fühlbar eingeengt. Deutschland und Österreich auf der einen Seite, Frankreich und Rußland auf der anderen hatten Verteidigungsallianzen. England stand in enger Verständigung, das ist Entente, mit Frankreich und Rußland. Das Verhältnis zwischen Deutschland und England war durch die Flottenrivalität belastet, und Frankreich hatte niemals den Verlust Elsaß-Lothringens verschmerzt. Aber weder die englisch-deutsche noch die französisch-deutsche Spannung waren derart, daß sie allein den Krieg verursacht haben würden. Deutschland selbst besaß keine Ziele, die durch Krieg zu erreichen gewesen wären. Der tatsächliche Gefahrenbereich lag in der Spannung zwischen Österreich und Rußland. Unter dem Antrieb der panslawistischen Bewegung ermutigte die zaristische Regierung die nationalen Bewegungen in den slawischen Völkern im Bereich der österreich-ungarischen Monarchie. Am 28. Juni 1914 wurden der österreichische Kronprinz und seine Frau in Serajewo von Terroristen ermordet, die von Offizieren der serbischen Armee ausgebildet und bewaffnet worden waren. Serbien erhielt Rückendeckung bei Rußland, Rußland bei Frankreich. Österreich auf der anderen Seite verließ sich auf das Bündnis mit Deutschland. Der Konflikt zwischen den Serben, die slawische Gebiete in Österreich verlangten, und der Habsburger Monarchie war im tiefsten Grunde ein Konflikt zwischen zwei Ideen, der Idee des nationalen und der des multinationalen Staates. Der Philosoph Hegel definierte einmal die Tragödie als einen Konflikt nicht zwischen Recht und Unrecht, sondern zwischen Recht und Recht. Dieser Gedanke kann auf den Antagonismus angewendet werden, an dem sich der erste Weltkrieg entzündete. Als es sich als unmöglich erwies, den Konflikt zu

lokalisieren, stellte sich Großbritannien auf die Seite seiner Ententepartner Frankreich und Rußland und damit zwangsläufig gegen seinen Flottenrivalen, das Deutsche Reich.

Der Kampf begann als ein europäischer Krieg, er endete als ein Weltkrieg. Nach Jahren des Kampfes, während der die Schalen des Kriegsglückes sich hoben und senkten, kam die Entscheidung von außerhalb Europas, als die Vereinigten Staaten Amerikas das ganze Gewicht ihrer Hilfsmittel auf die Seite der Entente legten. Das geschah im Jahre 1917. In dem gleichen Jahr brach das zaristische Regime zusammen, und die bolschewistische Revolution siegte in Rußland. Das schließliche Ergebnis dieser beiden Ereignisse war das Ende des alten europäischen Mächtesystems in seinem traditionellen Sinne. Das europäische Schicksal wurde von nun an entscheidend mitbestimmt durch die jeweilige Haltung der Vereinigten Staaten. Was immer die Gründe für die amerikanische Intervention im ersten Weltkrieg gewesen sein mögen, die folgenden Jahre zeigten, daß dieser Schritt nach Europa, nachdem er einmal vollzogen war, nicht wieder rückgängig gemacht werden konnte, so sehr auch die Vereinigten Staaten selber zeitweilig gewillt schienen, sich wieder in die Isolierung zurückzuziehen und die Konsequenzen, die sich aus ihrer Intervention im Jahre 1917 ergaben, zu vermeiden. Es ist bekannt, daß sie im Jahre 1919 den Friedensvertrag mit Deutschland nicht unterzeichneten, daß sie sich auch dem Völkerbund nicht anschlossen, obwohl gerade dieser Gedanke ganz besonders von Wilson gefördert worden war und eigentlich sein Hauptanliegen auf der Pariser Friedenskonferenz darstellte. Der Gedanke des Völkerbundes war den Deutschen nicht fremd. Er hatte seine Wurzeln in der europäischen Philosophie des Aufklärungsjahrhunderts und hatte seinen genauesten Ausdruck gefunden in einer Abhandlung des deutschen Philosophen Immanuel Kant „Zum ewigen Frieden“ (1795). Jedoch wurde der Völkerbund in der Form, wie er 1919 errichtet wurde, niemals tatsächlich wirkungskräftig. In seinen Anfängen war er im wesentlichen ein Bündnis der europäischen Sieger gegen die Besiegten.

Eine vom Völkerbund unterschiedliche Alternative gegenüber dem früheren europäischen Staatensystem wurde in der kommunistischen Ideologie, wie sie Lenin formuliert hatte, angeboten. Diese Ideologie hatte besondere Bedeutung für Deutschland. Karl Marx war der Überzeugung gewesen, daß die kommende kommunistische Revolution nur durch eine der großen Industrienationen bewerkstelligt werden könnte. Hierbei hatte er an England und Deutschland gedacht. Im Gegensatz zu dieser Theorie brach aber die kommunistische Revolution tatsächlich in Rußland aus, das doch wesentlich ein Ackerbauland war mit nur geringer Industrieentwicklung. Lenin folgte Karl Marx in der Annahme, daß die russische Revolution sich zu einer Weltrevolution nur ausweiten könnte, wenn auch Deutschland kommunistisch würde. Das Elend und die Hoffnungslosigkeit,

in das die Masse der Deutschen durch den Zusammenbruch vom Jahre 1918 geschleudert wurden, schien eine Chance für den Kommunismus darzubieten. Von Anfang an appellierten die Kommunisten in Deutschland an das Gefühl der nationalen Enttäuschung. Kommunismus, das schien ein Zusammengehen Deutschlands mit dem bolschewistischen Rußland gegen den westlichen Kapitalismus zu bedeuten, der Deutschland unter das Joch des Versailler Vertrages gebeugt hatte.

Wie war nun tatsächlich die Situation Deutschlands nach dem ersten Weltkriege, als es sich zwischen den Druck der im Völkerbund organisierten westlichen Mächte und den Druck des revolutionären Rußlands gestellt sah? Das Reich verlor mehrere seiner Provinzen: Elsaß-Lothringen und Westpreußen; beide ohne Abstimmung. Abstimmungen wurden in einigen Randzonen Ostpreußens veranstaltet. Sie fielen zugunsten Deutschlands aus. Abstimmungen in Oberschlesien und im nördlichen Teil Schleswig-Holsteins führten zur Teilung dieser Gebiete zwischen Deutschland einerseits, Polen bzw. Dänemark andererseits. Der österreich-ungarische Vielvölkerstaat wurde aufgelöst. Teile kamen an Rumänien, Jugoslawien und den neu errichteten polnischen Staat. Ungarn wurde selbständig, die Tschechoslowakei als ein neuer Staat gegründet. In den westlichen Randgebieten des ehemaligen Zarenreiches entstanden Polen, Finnland und die drei baltischen Staaten. Alle diese neuen Nachbarn Deutschlands in Ost-, Mittel- und Südosteuropa wurden im Namen des Grundsatzes der nationalen Selbstbestimmung gebildet, die ein wesentlicher Punkt im Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Wilson gewesen war. Es schien nur logisch, den gleichen Grundsatz auch auf den deutschen Teil Österreichs anzuwenden. Eine österreichische Nationalversammlung beschloß einstimmig, daß Österreich einen Teil der deutschen Republik bilden sollte. Fast wäre es nun dahin gekommen, daß die großdeutsche Einheit, für die die nationalen Revolutionäre des Jahres 1848 mit solchem Eifer sich eingesetzt hatten, nun in der Stunde der Niederlage verwirklicht worden wäre. Freilich war es vom Standpunkt der britischen und französischen Staatsmänner verständlich, daß sie Deutschland diese Chance verweigerten, die möglicherweise zu einer deutschen Hegemonie in Ost- und Südosteuropa geführt hätte. Die Vereinigung Österreichs mit Deutschland, der Anschluß, wie man ihn nannte, wurde daher im Friedensvertrag ausdrücklich verboten, trotz der Tatsache, daß der Waffenstillstand unter der Voraussetzung abgeschlossen worden war, daß der Friede die Prinzipien des Wilsonschen Friedensprogramms zur Grundlage haben sollte. Wilson selbst war sich, wie wir aus einer vor wenigen Jahren erfolgten Veröffentlichung seiner geheimen Unterredungen mit Clemenceau und Lloyd George während der Friedenskonferenz wissen, dieser Diskrepanz zwischen der Wirklichkeit und seinem eigenen Prinzip wohl bewußt. Und er war besorgt

hinsichtlich der Konsequenzen, die dies auf die Haltung des deutschen Volkes haben mußte. In der Tat ist der Friedensvertrag von Versailles von dem deutschen Volk niemals als eine endgültige Regelung der deutschen Situation in Europa akzeptiert worden, und es war eine schwere Hypothek auf der Entwicklung Europas, daß nicht nur die Nationalisten der äußersten Rechten den Friedensvertrag als ein Diktat und einen Betrug ansahen. Von der heutigen Situation des geteilten Deutschlands her betrachtet, mag freilich die Stellung des Reiches nach dem Friedensvertrag von Versailles als ein geradezu traumhaft idealer Zustand erscheinen. Welche positiven Chancen lagen doch in der Tatsache, daß Deutschland zum östlichen Nachbarn nun nicht mehr unmittelbar Rußland, sondern eine Anzahl von kleineren, vorwiegend agrarischen Staaten hatte, mit denen eine wirtschaftliche und auch politische Zusammenarbeit auf die Dauer sich geradezu angeboten hätte. In der psychologischen Situation der Jahre 1918–19 sahen sich die Dinge anders an. Die Leiden und der Hunger der Kriegszeit, die unverstandene Niederlage und vor allen Dingen die Erbitterung über die Kriegsschuldthese von Versailles ließen ein ruhiges Abwägen der Chancen, die Deutschland geblieben waren, nicht aufkommen. Die psychologischen Wirkungen des Friedensvertrages beeinflussten die innere politische Entwicklung nach dem Kriege in weit stärkerem Maße als die tatsächlichen materiellen Verluste, die Deutschland auferlegt wurden.

Die inneren politischen Verhältnisse in Deutschland waren in den ersten fünf Jahren nach dem Kriege sehr ungesichert. Die Monarchie war zusammengebrochen, genauso wie in Österreich und ein Jahr zuvor in Rußland. Es war eine offene Frage, welches die soziale und politische Struktur Deutschlands zukünftig sein würde. Jahre hindurch befand sich das Land in einem Zustand des permanenten Bürgerkrieges infolge kommunistischer Erhebungen in verschiedenen Teilen Deutschlands. Angesichts der hier drohenden Gefahr arbeitete die Sozialdemokratische Partei Hand in Hand mit den konservativen Kräften der Beamenschaft und des Generalstabes der Armee. Eine Reichsversammlung von Arbeiter- und Soldatenräten entschied sich für die Einberufung einer Nationalversammlung. Es war die Absage an eine Diktatur nach sowjetischem Vorbild. Das Ergebnis der Beratungen in der Nationalversammlung von Weimar war eine liberale Verfassung, die eher eine republikanische Variante der kaiserlichen Vorkriegsverfassung darstellte, als einen radikalen Bruch mit ihr. Im Verlaufe der folgenden Jahre war die Weimarer Republik nicht ohne Erfolg in ihren Versuchen, einige Bestimmungen des Friedensvertrages tatsächlich zu revidieren. In diesem Prozeß wurde z. B. das Gewicht der Reparationen Schritt für Schritt reduziert und schließlich gänzlich abgeschafft. Aber diese Erfolge schlugen für die Republik nicht zu Buch. Sie kamen zu spät, und sie wurden vergessen, als die große wirtschaftliche Weltkrise im Jahre 1929 in den Vereinigten Staaten

ausbrach, über Europa hinwegging und in Deutschland eine in solchem Ausmaße bisher unbekannte Arbeitslosigkeit und damit namenloses Elend verursachte.

Entstehung des nationalsozialistischen Deutschlands / Das Dritte Reich

Damals gab es vier politische Hauptgruppen, die nicht jeweils besondere Interessen auf dem Boden der gleichen Staatsauffassung verfochten, sondern sich überhaupt für vier verschiedene Auffassungen von Staat und Gesellschaft einsetzten. Da waren einmal die republikanischen Parteien, d. h. Sozialisten, Katholiken und Demokraten, unter der Flagge Schwarz-Rot-Gold. Sie hatten in der Weimarer Nationalversammlung die Mehrheit gehabt; die Verfassung des Jahres 1919 war im wesentlichen ihr Werk. Das Symbol der gescheiterten Revolution von 1848, die Farben Schwarz-Rot-Gold, wurden die Farben der Republik. Diese drei Parteien der sogenannten Weimarer Koalition sind die Nachfolgeparteien jener drei früher erwähnten Gruppen, die jede ihren besonderen Konflikt mit Bismarck ausgefochten hatten. Ihnen standen in der Weimarer Republik diejenigen Gruppen gegenüber, die sich an dem Vorkriegsdeutschland orientieren. Ihr Symbol war die Bismarcksche Reichsfahne Schwarz-Weiß-Rot. Monarchisten waren die Deutschnationalen, aber von Haus aus auch die Deutsche Volkspartei, die Nachfolgepartei der Nationalliberalen, die Partei Stresemanns, des bedeutenden Staatsmannes der Weimarer Zeit. Dann gab es auf der äußersten Linken die Kommunisten unter der roten Fahne mit Hammer und Sichel und auf der äußersten Rechten die Nationalsozialisten unter der roten Fahne mit dem Hakenkreuz. Die Anhänger von Hammer und Sichel und Hakenkreuz hatten etwas gemeinsam, das sie sowohl von den Republikanern wie von den Monarchisten unterschied: sie kämpften für die Diktatur einer bestimmten Gruppe der Gesellschaft, einer bestimmten Partei. Sie verwarfen die Verfassungsidee der Gewaltenteilung und betrachteten im Grunde den einzelnen als rechtlos in seinem Verhältnis zur allmächtigen Gesellschaft bzw. dem allmächtigen Staat. Die Anhängerschaft dieser extremen Flügelparteien wuchs in dem gleichen Maße, wie in der Weltwirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit zunahm und die Produktionsziffern in der deutschen Wirtschaft sanken.

Wie war angesichts dieses Drucks von der äußersten Rechten und äußersten Linken her das Verhältnis der republikanischen und monarchischen Mittelparteien zueinander? Wir haben von der unvollendeten Nation des Bismarckreiches gesprochen, von dem geheimen Riß im Volkskörper, der die sich als staatstragend betrachtenden Parteien, wie die Konservativen und Nationalliberalen, von denjenigen trennte, die man als Reichsfeinde diffamierte. In der Bewährungsprobe des ersten Weltkrieges hatte man glauben können, daß in der großen allgemeinen

Entflammung für die Sache der Verteidigung des Vaterlandes die verschiedenen Gruppen ineinanderschmelzen und sich die innere Bildung der Nation vollenden würde. Die Augusttage 1914 sind ein tiefes Erlebnis der Deutschen gewesen, die sich hier ihrer selbst wie vielleicht niemals vorher und nachher als geschlossener Nation inne wurden. Aber unter der Belastung des langen Krieges, der Niederlage, des Zusammenbruches hatten sich die alten Gruppen wieder gegeneinandergekehrt. Noch einmal war es dann zu einem denkwürdigen Bündnis zwischen Rechts und Links gekommen, als Gröner, der Generalquartiermeister des deutschen Heeres, und Ebert, der Führer der Mehrheitssozialisten, in der Abwehr der drohenden Räterevolution zusammenwirkten. Erst hierdurch war es überhaupt möglich geworden, im Jahre 1919 die Wahlen zur Nationalversammlung durchzuführen, die Verfassung der Weimarer Republik zu schaffen und diesen Staat ins Leben zu rufen. Das Gesetz, nach dem diese Republik ins Leben getreten war, blieb auch die Grundlage ihrer Existenz. Ihr Gedeihen war davon abhängig, daß es zur weitgespannten Zusammenarbeit verschieden orientierter politischer Gruppen kam. Denn den Parteien jener alten oppositionellen Gruppen – Sozialisten, Katholiken und Demokraten – war es wohl beschieden gewesen, mit einer Mehrheit in der Weimarer Nationalversammlung die Verfassung zu schaffen, aber in den nachfolgenden Reichstagen haben die deutschen Wähler diesen Parteien der Weimarer Koalition niemals wieder eine Mehrheit gegeben. Es kam also darauf an, über den alten Graben hinwegzukommen und weitgespannte Koalitionen zu bilden. So ist die Außenpolitik Stresemanns durch die Parteien von den Sozialisten bis zur Deutschen Volkspartei getragen worden, und zweimal haben sich diese Gruppen auch zur Regierungsbildung in der sogenannten Großen Koalition zusammengefunden. Dies war die Leistung Stresemanns, für deren Aufrechterhaltung er mit seiner ganzen Kraft bis zu seinem Tode im Jahre 1929 gerungen hat. Nach seinem Tode aber brach die Große Koalition auseinander. Als sie im Mai 1930 an einer sozialpolitischen Frage scheiterte und der Reichstag hinfort nicht mehr imstande war, ein Gesetzgebungsprogramm durchzuführen, besaß die radikale Linke in Deutschland noch keine bedrohliche Stärke. Diese erreichte sie erst, nachdem der Reichstag in Deutschland sich tatsächlich selber ausgeschaltet hatte. Wieder zeigte sich der alte klaffende Riß, der durch die Nation ging. Da die Parteien der Großen Koalition rechts und links dieses Grabenbruches sich nicht imstande gezeigt hatten, in den aus der Wirtschaftskrise sich ergebenden sozialpolitischen Fragen einen staatspolitischen Kompromiß zu finden, entstand ein gesetzgeberisches Vakuum. In diesem Vakuum gelangten zunächst die präsidialautoritären Momente der Weimarer Verfassung zum Zuge, um dann den Nationalsozialisten das Feld zu räumen.

Um die Kraft der Faszination zu verstehen, mit der die Hitlerpartei in das politische

Vakuum einbrach und große Teile des deutschen Bürgertums gewann, muß man sich klarmachen, daß die Proklamation einer Synthese von Nationalismus und Sozialismus auf eine „große objektive Idee“ der Zeit hinwies. Der Historiker Friedrich Meinecke hat in seinem Buch über „Die deutsche Katastrophe“ mit Nachdruck auf diesen Zusammenhang hingewiesen. Er ging in seiner Deutung des Nationalsozialismus von dem Gedanken aus, daß es im 19. Jahrhundert zwei große Massenbewegungen gegeben habe, den Nationalismus, von dem das Bürgertum, und den Sozialismus, von dem die Industriearbeiterschaft aller Völker ergriffen wurde. Diese beiden Wellenströmungen überkreuzten sich an manchen Stellen der geschichtlichen Entwicklung. Es lag in der Natur der Sache, daß sie aufeinander hinstrebten. Das Suchen nach einer Möglichkeit, sie miteinander ins Gespräch zu bringen, eine Synthese zu finden, ist geradezu eines der Leitmotive in der deutschen politischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts gewesen. Auf einige Namen sei hier wenigstens kurz hingewiesen. In erster Linie ist Friedrich Naumann zu nennen. In seiner Schrift über Demokratie und Kaisertum und in seiner „nationalsozialen“ Bewegung machte er den Versuch, den monarchischen Staat und das nationale Bürgertum für die Belange der Arbeiterschaft und die Arbeiterschaft für den Gedanken des nationalen Machtstaates aufzuschließen. Seine Parteigründung war ein Fehlschlag, aber Naumann hat doch seine Wirkung gehabt als Erwecker des sozialen Bewusstseins im liberalen und nationalen Bürgertum. Die letzten Kräfte seines Lebens widmete er nach dem Zusammenbruch der Monarchie dem Verfassungswerk der deutschen Republik, von der er eine Synthese des Nationalen und Sozialen erwartete. Neben ihm ist Max Weber zu nennen, der Soziologe, er wie Naumann zeitweilig stark verbunden mit sozialpolitischen Bemühungen im Raume des deutschen Protestantismus. Seine Vorstellung nationaler Machtgeltung, deren verfassungspolitische Voraussetzung er im Parlamentarismus sah, trägt starke Züge sozialreformerischer Aufgeschlossenheit. Schließlich ist auf den Theologen und Historiker Ernst Troeltsch hinzuweisen, der die Anfangsentwicklung der Weimarer Republik in seinen Spektator-Briefen kommentierend durchdachte. Seiner geschichtsphilosophisch geforderten Kultursynthese zwischen den tragenden geistigen Strömungen der europäischen Überlieferung, seiner Forderung nach einem Ausgleich zwischen deutschem und westeuropäischem Geist entsprach politisch die Überzeugung, daß eine weitgespannte parlamentarische Verbindung von den Sozialisten bis hin zu den Liberalen und Konservativen erforderlich sei. Naumann starb 1919, Weber 1920, Troeltsch 1923. Sie stehen am Anfang der Republik. Ihre unmittelbar lebendige Einwirkung fehlte in der nachfolgenden Entwicklung. Charakteristisch für alle drei ist, daß sie, vom monarchischen Deutschland herkommend, aus politischen Vernunftüberlegungen sich zur Republik bekannten und die Verbindung des Nationalen und des Sozialen in dem

nüchtern-praktischen Zusammenwirken von Parteien suchten. Bei Stresemann begegnen wir gelegentlich dem Begriff der Volksgemeinschaft. Er hat bei ihm eine realistische, pragmatische Beziehung zur Großen Koalition. Stresemann hat gelegentlich davon gesprochen, daß die Aufgabe unserer Zeit darin bestehe, eine emanzipierte Arbeiterschaft mit den alten Schichten der Gesellschaft im nationalen Staate zu verbinden, ähnlich wie das Bauerntum durch seine Befreiung seit der preußischen Reformbewegung zu einer tragenden Schicht des Staates geworden sei. Schließlich sei der Name Thomas Mann in diesem Zusammenhang genannt. Als Konservativer, der von sich sagte, daß seine „Aufgabe in dieser Welt nicht revolutionärer, sondern erhaltender Art“ sei, fand er den Weg zur Republik als der von Vernunft und Geschichte geforderten Staatsform der Deutschen in jener Stunde. In einem Appell an die Vernunft, den er bald nach dem ersten Wahlerfolg der Nationalsozialisten Ende 1930 an die Deutschen richtete, bekannte er sich in beschwörenden Worten zum außen- und innenpolitischen Vermächtnis Stresemanns in der Überzeugung, wie er sagte, „daß der politische Platz des deutschen Bürgertums heute an der Seite der Sozialdemokratie“ sei.

Dem Gedanken, Sozialismus und nationales Bürgertum in der nüchtern pragmatischen Weise parlamentarischer Zusammenarbeit im Rahmen der Republik zusammenzuführen, trat aber nun schon in der Entstehungsstunde der Republik eine andere Weise der sozialistisch-nationalen Ideenverbindung entgegen. Oswald Spengler, Möller van den Bruck, auch Ernst Jünger seien hier wieder stellvertretend genannt. Spengler proklamierte die Identität von Preußentum und Sozialismus, sah den Moment kommen, wo eines Tages Konservative und Spartakisten das ihnen Gemeinsame entdecken würden, und forderte einen autoritativen Sozialismus, wo befohlen und gehorcht werde. Dachte er hierbei ursprünglich an eine monarchistisch-sozialistische Ordnung (Preußentum und Sozialismus), so hieß es in seiner letzten Schrift (Jahre der Entscheidung), daß „das Schicksal, einst in bedeutungsschweren Formen und großen Traditionen zusammengeballt, in der Gestalt formloser Einzelgewalten Geschichte machen“ werde. Von welchen Kräften wird dieser Staat gelenkt? Das „Blut entscheidet über die Zukunft“, lesen wir in „Preußentum und Sozialismus“; und weiter: „Ideen, die Blut geworden sind, fordern Blut. Krieg ist die einzige Form höheren menschlichen Daseins, und Staaten sind um des Krieges willen da“. Ernst Jünger gab mit seinen Kriegsbüchern und in seinem Buch über das Arbeitertum den beiden Eckfiguren eines irrational-dynamischen nationalen Sozialismus, dem Krieger und dem Arbeiter, wirkungsvolle literarische Gestalt. Und Möller van den Bruck forderte von einem kommenden Dritten Reich die „Nationalisierung des Sozialismus und Sozialisierung des Nationalismus“.

Bei diesen Schriftstellern vollzog sich statt der positiven Bemühung um einen staatspolitischen Kompromiß zwischen Parteien der Rechten und Linken über den

alten Graben hinweg eine Synthese, die man als negativ bezeichnen muß. Negativ, weil man in diesem ganzen Schrifttum vergeblich nach klaren, praktikablen Zielsetzungen sucht. Konkret in ihrer politischen Willensrichtung ist nur die maßlose Schmähung der Republik und ihrer Politiker und die Verächtlichmachung aller als westlich verschrienen universalen und humanitären Ideen. Es war das Verhängnis Deutschlands, daß die Große Koalition auseinanderbrach, daß Stresemann keinen entsprechenden Nachfolger fand, daß die Republik in der Tat versagte und der ihr von der Zeit gestellten Aufgabe nicht gerecht wurde. So wurde der Raum frei für die Hitler-Bewegung, die unter Verwendung der Vokabeln der neunationalistischen Literatur nun eine nationale und sozialistische Synthese vollzog unter dem negativen Vorzeichen eines aller humanen Werte entleerten Nationalismus, bei dem schließlich als das Grundmotiv von der ersten bis zur letzten politischen Äußerung Hitlers ein infernalischer Haß gegen das Judentum zu verzeichnen ist.

Im Jahre 1933 kam Adolf Hitler zur Macht, als die Deutschnationalen in einer vollkommenen Verkennung der Lage eine Koalition mit den Nationalsozialisten bildeten. Solange es freie Wahlen in Deutschland gab, haben jedoch die Nationalsozialisten niemals eine Majorität gewonnen. Bei den letzten Wahlen, bevor Hitler Kanzler wurde, gewannen sie 33,1 Prozent der Stimmen. Von denen, die für ihn stimmten, haben sicherlich viele nicht wirklich gewußt, wem sie ihr Vertrauen schenkten. In ihrem wirtschaftlichen Elend und in ihrem Gefühl nationaler Verbitterung wurden sie durch die Aussicht auf eine energische Regierung, die eine glücklichere Zukunft versprach, gewonnen. Nachdem man sich aber klargemacht hat, daß es also nicht die Mehrheit der Deutschen war, die für den Nationalsozialismus stimmte, und daß unter den Anhängern des Nationalsozialismus sicherlich viele waren, die ihm in wohlmeinender Blindheit folgten, bleibt doch die erschütternde Tatsache, daß so viele einer Doktrin erlagen, die ihrem Wesen nach die völlige Negation der deutschen nationalen Überlieferung darstellte. Wir haben den Ursprung der deutschen Nationalbewegung in dem kosmopolitischen Geist der Goethe-Zeit und in der Philosophie des Idealismus kennengelernt. Jetzt predigte der Nationalsozialismus einen biologischen Materialismus und die Lehre der rassistischen Überlegenheit. Diese Ideologie führte in ihrer letzten Konsequenz zu dem Versuch, das jüdische Volk auszurotten. Im Verhältnis zu anderen Nationen war das Programm Hitlers von Anfang an Eroberung. Jahre bevor er zur Macht kam, erklärte er ausdrücklich, daß die Revision der territorialen Verluste infolge des Versailler Vertrages nicht genug sei. Der Lebensraum des deutschen Volkes, wie er es nannte, sollte durch Eroberung auf Kosten der Völker des europäischen Ostens, insbesondere Rußlands, gewonnen werden. Er verwarf die alte Idee eines Gleichgewichtes der Macht zwischen den europäischen Nationen und strebte nach der Vorherrschaft

Deutschlands in Europa. Eine Etappe auf diesem Wege war die Vollendung des Nationalstaates, d. h. der Anschluß Österreichs und der deutschsprechenden Gebiete der Tschechoslowakei an Deutschland. Als er im Jahre 1938 durch eine geschickte und bedenkenlose Politik, aber ohne Krieg tatsächlich erreichte, was dem deutschen Volk im Friedensvertrag von Versailles verweigert worden war, da stimmte ihm in einer Welle nationaler Begeisterung ohne Zweifel die große Masse des deutschen Volkes zu. Aber was der nationalen Empfindung der Deutschen als Ziel und Zweck in sich selbst erschien, das bedeutete für Hitler lediglich den Gewinn einer strategischen Position, von der aus er das Abenteuer der territorialen Expansion in Europa beginnen konnte. Dies Wagnis ging er jedoch nicht ein, ohne Rückendeckung bei einem der großen europäischen Staaten zu finden. Ursprünglich, lange bevor er Kanzler geworden war, hatte er daran gedacht, England und Italien als Bundesgenossen zu gewinnen. Tatsächlich wurde die sogenannte Achse zwischen Berlin und Rom errichtet; aber England wandte sich nach einigen Jahren der Befriedungs- und Verständigungspolitik gegen Hitler. In vollkommenem Gegensatz zu der antibolschewistischen Ideologie, die er so lange propagiert hatte, wandte sich Hitler jetzt in einer plötzlichen Wendung zur Sowjetunion, und hier fand er die Rückendeckung, die er für seinen Krieg benötigte.

Das Dritte Reich und der zweite Weltkrieg / Bilanz des Dritten Reiches

Zu jener Zeit wurde die Sowjetunion von zwei Seiten her umworben. England und Frankreich versuchten, sie als Partner für eine Koalition zu gewinnen, die die Aufgabe haben sollte, die Grenzen der östlichen Nachbarn Deutschlands, besonders Polens, gegen einen möglichen Angriff zu garantieren. Hitler auf der anderen Seite bemühte sich, Stalin auf seine Seite herüberzuziehen durch die Aussicht, Polen mit ihm zu teilen. Wir wissen, daß er keinen Krieg riskiert haben würde, wenn er von Anfang an klar gesehen hätte, daß er Rußland im Osten und gleichzeitig England und Frankreich im Westen zu bekämpfen haben würde. Wir können mit aller Wahrscheinlichkeit sagen, daß der Krieg nicht ausgebrochen wäre, wenn Rußland sich an die Seite Englands und Frankreichs gestellt hätte. Stalin hingegen versagte sich nicht nur dieser Allianz, sondern schloß am 23. August 1939 einen Pakt mit Hitler, der eine Woche später, am 1. September, zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges führte. Dieser Nichtangriffspakt wurde in Moskau unterzeichnet. Seine entscheidenden Artikel sind in einem geheimen Protokoll enthalten, das erst nach dem Kriege öffentlich bekannt wurde. Sie grenzten Interessensphären zwischen den beiden Mächten in Osteuropa ab. Polen wurde durch diese Trennungslinie mitten durchgeschnitten, der östliche Teil

fiel in den russischen, der westliche in den deutschen Interessenbereich. Jetzt war Hitler überzeugt, daß er sich nicht mehr darum zu sorgen brauchte, daß ihm die Westmächte in den Rücken fallen könnten, wenn er sich gegen Polen wandte. Dies war eine verhängnisvolle Fehleinschätzung der Lage und eine Unterbewertung der britischen Entschlossenheit, sich dem deutschen Hegemonieziel entgegenzustellen. Für den Augenblick hingegen brachte der Hitler-Stalin-Pakt große Vorteile für beide Seiten. Die Invasion Polens durch die deutsche Armee vom Westen her war das Signal für die Rote Armee, kurz danach Polen von Osten her zu besetzen. Polen wurde entsprechend der Vereinbarung des Hitler-Stalin-Paktes geteilt. Darüber hinaus gewann die Sowjetunion die baltischen Staaten und Teile Rumäniens. Deutschland sah sich jetzt in der Lage, sich mit allen Kräften gegen den Westen zu wenden. Dem Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion folgten ein Freundschaftspakt und eine Handelsvereinbarung. Deutschland erhielt Getreide und Rohstoffe aus Rußland im Austausch gegen Maschinen und Waffen. Kennen wir eigentlich genau die Absichten Stalins und Hitlers, als sie diesen Pakt schlossen? Einige Bemerkungen, die Hitler in privaten Gesprächen machte, lassen es als wahrscheinlich erscheinen, daß er niemals mit der Dauer dieser Freundschaft rechnete und daß es seine Absicht war, sich gegen die Sowjetunion zu wenden, sobald die Westmächte geschlagen sein würden. Für Stalin bedeutete die Freundschaft mit dem nationalsozialistischen Deutschland, daß sich in Ost-, Mittel- und Südosteuropa ein Tor für das Vordringen des Bolschewismus öffnete. Lenin hatte zudem gelehrt, daß im Zeitalter des Imperialismus Kriege zwischen kapitalistischen Staaten unvermeidlich seien. Hier lag eine Chance für den Endsieg des Kommunismus. Es ist von höchstem Interesse, was der frühere tschechische Staatspräsident Benesch über eine Unterhaltung mit einem führenden tschechischen Kommunisten kurz nach Ausbruch des Krieges mitteilt:

„Die Kommunisten“, so sagt er, „rechneten damit, daß der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg bis zum Ende der Feindseligkeiten hinausgezögert werden könnte, bis zu dem Augenblick nämlich, in dem beide Parteien so erschöpft sein würden, daß sie unfähig wären, dem Druck einer sozialen Revolution Widerstand zu leisten ... Unsere Freunde in Prag informierten uns über die Entscheidungen des Zentralkomitees der Partei ... Die tschechischen Kommunisten rechneten mit der Neutralität der Sowjets bis zum Ende des imperialistischen Krieges, dem die Weltrevolution folgen würde.“

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß diese von den tschechischen Kommunisten gegebene Deutung den Schlüssel zur Politik Stalins darstellt. Der Ausgang des Krieges zeigte, wie richtig Stalin kalkuliert hatte. Denn wenn auch das Ende des Krieges nicht die Erfüllung aller Hoffnungen brachte und wenn er auch nicht zur Weltrevolution führte, so breitete sich dennoch der Kommunismus in einem

solchen Maße aus, daß die Sowjetunion zum Mittelpunkt eines kommunistischen Imperiums wurde. Im Jahre 1939 hätte es in Stalins Macht gelegen, den Krieg zu verhindern, wenn er in das Bündnis mit England und Frankreich eingetreten wäre, um Hitler ein Gegengewicht zu bieten. Stalin verhinderte den Krieg nicht, weil er ihn nicht zu verhindern wünschte. Die Freundschaft zwischen dem kommunistischen Rußland und dem nationalsozialistischen Deutschland dauerte nur 22 Monate. Am 22. Juni, d. h. genau an demselben Datum, an dem 129 Jahre zuvor Napoleon seinen Krieg gegen Rußland begonnen hatte, fielen die Armeen Hitlers in die Sowjetunion ein. Hitlers Motive für diesen Schritt waren fast die gleichen wie diejenigen Napoleons. Beide waren in einen Krieg gegen England verwickelt. Beide erkannten das Risiko einer Kanalüberquerung. Beide dachten, daß England gezwungen sein würde, in dem Augenblick nachzugeben, wo die größte Kontinentalmacht, Rußland, als möglicher zukünftiger Bundesgenosse ausfiel. Aber beider Versuche schlugen fehl, und für beide brachte Moskau die Wende des Schicksals. Es ist hier nicht der Ort, im einzelnen zu schildern, wie Deutschland im nächsten Jahre eine neue Offensive durchführte, die bis zum Kaukasus gelangte, und wie es dann Schritt für Schritt zum Rückzug gezwungen wurde, nicht nur in Rußland, sondern auch in Afrika und nach der Landung der Amerikaner und Briten auch in Italien und Frankreich. Es ist hier nicht zu schildern, welche Zerstörung die deutschen Städte im Bombenhagel erlitten, wie schließlich der Krieg in deutsches Gebiet hineingetragen wurde und Hitler in Berlin durch Selbstmord endete. Die deutschen Streitkräfte kapitulierten bedingungslos im Mai 1945.

Was bedeutete der zweite Weltkrieg in seinem Ergebnis für Deutschland? Hier ist zunächst die tiefgreifende Veränderung des Siedlungsbildes zu nennen. Es vollzog sich eine große deutsche Völkerwanderung von Osten nach Westen. Der erste Akt lag noch in der nationalsozialistischen Zeit selbst. Es ist die Umsiedlung der weitverstreuten Volksgruppen der Deutschen aus dem östlichen und südöstlichen Europa. Sie wurden aus ihrer Heimat herausgerissen und „heim ins Reich“ geholt, wie man sagte, um im Warthegau und in der nördlichen Steiermark angesiedelt zu werden. Um für die deutschen Siedler Platz zu machen, wurden gleichzeitig polnische und slowenische Bauern von ihren Höfen vertrieben. Der nationalsozialistischen Ideologie zufolge sollte diese in Gang gesetzte Westverschiebung der Deutschen die Ausgangsbasis schaffen für die zukünftige Erweiterung des geschlossenen deutschen Siedlungsraumes nach Osten, wobei, wie wir aus den Planungen der Zeit zur Genüge wissen, an eine systematische Zurückdrängung der einheimischen Bevölkerung gedacht war.

Dieser erste Akt der deutschen Völkerwanderung nach Westen, in der das Heimatrecht Deutscher und Nichtdeutscher zugleich mißachtet wurde, hat seine schreckliche Fortsetzung gefunden in der großen Fluchtbewegung, die in

Ostdeutschland einsetzte, als sich die Rote Armee der deutschen Grenze näherte und sie dann überschritt. Sie ist schließlich weitergeführt worden in der Vertreibung der Deutschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland – eine Volksverschiebung ungeheuren Ausmaßes. Nicht weniger als zwölf Millionen Menschen sind hiervon betroffen worden. Nur einzelne Reste sind zurückgeblieben. Nicht eingerechnet in diese Zahl ist die Ziffer von zwei Millionen Toten, die das Opfer dieser Völkerwanderung geworden sind. Was der deutsche Volksraum hier verloren hat, sind Kulturlandschaften, die aus dem innersten Herzen, aus dem Lebensstrom der deutschen Geschichte gar nicht wegzudenken sind, wenn man sich an die Tatsache erinnert, daß Königsberg die Heimatstadt Immanuel Kants war oder wie sich der Name Gerhart Hauptmanns mit Schlesien verbindet. Der deutsche Siedlungsraum wurde auf einen Stand zurückgedrängt, wie er ihn etwa vor 800 Jahren gehabt hat, d. h. in dem Augenblick, als die große deutsche und europäische Ostwanderung und Ostkolonisation im Mittelalter begann. Das Pendel der Geschichte ist heftig zurückgeschlagen. Der Rückschwung begann in der nationalsozialistischen Zeit. Um seine Bedeutung zu fixieren, ist das Ergebnis zu betrachten, wie es die Statistik der Bundesrepublik zeigt:

Weitaus der größte Teil der Flüchtlinge begab sich nach Westdeutschland. Zuletzt wurde Mitteldeutschland in diese Westverschiebung des deutschen Volkes mit einbezogen. Ein ununterbrochener, täglich sich erneuernder Flüchtlingsstrom kam bis zur Errichtung der Mauer in Berlin 1961 aus der sowjetischen Besatzungszone in das westliche Deutschland hinein, insgesamt fast drei Millionen Menschen. Das Ergebnis ist für die Lebensgrundlagen der Bundesrepublik von entscheidender Bedeutung. Zwölf Millionen Menschen mehr müssen auf dem Gebiete der Bundesrepublik Brot und Arbeit finden als vor dem Kriege. In einem Raum, der etwa die Hälfte des früheren deutschen Reichsgebietes ausmacht, leben heute 78 Prozent der früheren Reichsbevölkerung. Nur drei Viertel sind Einheimische. Die Bevölkerungsdichte ist von 173 Menschen auf 212 je Quadratkilometer angestiegen. Diese Zahlen zeigen zugleich, daß Westdeutschland sich mit Notwendigkeit in einen enorm verstärkten Prozeß der Industrialisierung hineinbegeben mußte, um diese Menschen wirtschaftlich aufzufangen. Man darf sagen, daß im großen und ganzen das Werk gelungen und die Aufgabe bewältigt worden ist, die heranströmenden Vertriebenen und Flüchtlinge in die deutsche Wirtschaft und in das deutsche politische Leben einzugliedern und sie zu einem gar nicht wieder herauslösbaren Bestandteil der westdeutschen Wirtschaft, des westdeutschen Volkes, der westdeutschen Politik zu machen. Die Bilanz dieses Vorganges der Westverschiebung des deutschen Volkes also ist, daß der deutsche Siedlungs- und Volkskörper eine tiefgreifende Amputation erlitten hat und daß sich das politische wie auch das wirtschaftliche Schwergewicht des

gesamten Lebens unseres Volkes in den Ausgangsraum der deutschen Geschichte zurückverlagerte.

Wir stellen uns nun weiter die Frage, wie in staatlicher Hinsicht die Bilanz des Dritten Reiches aussah. Man kann es mit einem Worte sagen:

Im Jahre 1945 war das Ende des deutschen Nationalstaates gekommen. Deutschland wurde, wenn man vom Bestand des Jahres 1939 ausgeht, buchstäblich gevierteilt. Die deutschen Ostgebiete gingen an Rußland und Polen verloren, wenn auch die Rechtsfrage noch offen ist. Österreich wurde wieder ein selbständiger Staat. Hier ist auf einen tiefgreifenden Unterschied hinzuweisen, der sich ergibt, wenn man die innere Lage des deutschen Österreichs, wie sie sich nach dem ersten Weltkrieg darstellte, mit der Lage nach dem zweiten Weltkrieg vergleicht. Nach 1918 war Österreich ein Staat wider Willen geworden. Die Österreicher hatten damals durch Volksabstimmungen in einigen Landesteilen und durch ihre gewählte Nationalversammlung den eindeutigen Willen bekundet, ein Teil der deutschen Republik zu sein, ein Wunsch, der durch die Friedensverträge von Versailles und St. Germain verwehrt wurde. Nach dem zweiten Weltkrieg ist die Lage anders. Das österreichische Volk ist dabei, ein eigenes österreichisches Staatsbewußtsein zu entwickeln. Jene ganze Periode der deutschen Geschichte, in der die Anschlußfrage zwischen Österreich und Deutschland eine so entscheidende Rolle spielte, ist historisch vorbei. Für das restliche Deutschland führte der Bruch der Kriegsallianz zwischen den Westmächten und der Sowjetunion dazu, daß sich beiderseits der militärischen Machtgrenze zwei diametral entgegengesetzte Gesellschafts- und Staatskörper entwickelten. In den ersten Jahren nach dem Kriege, von 1945 bis 1948, machten die Alliierten den Versuch, Deutschland gemeinsam zu regieren mit Hilfe des Kontrollrates. Es wurde aber bald offensichtlich, daß die Sowjetunion und die Westmächte nur in der Frage übereinstimmten, was zerstört werden sollte, aber daß sie keine gemeinsame konstruktive Idee besaßen. Darin war man sich einig, daß der Nationalsozialismus und der Militarismus in Deutschland verschwinden sollten.

Die sichtbarste Manifestierung der alliierten Abrechnung mit dem Nationalsozialismus waren die Gerichtsverfahren in Nürnberg gegen die Kriegsverbrecher. Stalin hatte während des Krieges gelegentlich den Vorschlag gemacht, nach dem Kriege 50 000 deutsche Offiziere hinzurichten. Churchill hatte diesen Vorschlag auf das entschiedenste zurückgewiesen. In dem regelrechten Gerichtsverfahren, das in Nürnberg veranstaltet wurde, erhielten die Verteidiger der Angeklagten eine faire Chance. Das Verfahren dieses Gerichtshofes unterschied sich in günstiger Weise von der summarischen Art, in der die Nationalsozialisten selbst mit den Angehörigen der deutschen Opposition verfahren waren. Durch das Nürnberger Gerichtsverfahren wurde das deutsche

Volk zum erstenmal mit der ganzen schrecklichen Geschichte der Konzentrations- und Vernichtungslager konfrontiert. Wenn die Mehrzahl des deutschen Volkes nicht einmal eine Vorstellung davon besessen hatte, in welchem Ausmaße Verbrechen in seinem Namen begangen worden waren, so wurde es jetzt vor die Notwendigkeit gestellt, seine Augen zu öffnen und eine realistische Bilanz seiner Vergangenheit zu ziehen. Die Tatsache kann jedoch nicht übersehen werden, daß gewisse Umstände des Nürnberger Verfahrens diese Aufgaben nicht erleichterten. Ohne Zweifel wäre das deutsche Volk bereit gewesen, die Autorität des Gerichtshofes bereitwilliger anzuerkennen, wenn es nicht eine Veranstaltung der Sieger über die Besiegten gewesen wäre und wenn Neutrale und Deutsche selber als Mitglieder dieses internationalen Gerichtshofes anerkannt worden wären. Es hat sicherlich die Glaubwürdigkeit dieses Gerichtshofes nicht erhöht, daß einer der Angreifer des Jahres 1939 jetzt über seinen Komplizen mit zu Gericht saß. Die innere Widersprüchlichkeit wurde offensichtlich, als die Verteidiger das Dokument der Geheimabkommen zwischen Hitler und Stalin über die Teilung Polens vorlegten, das ja das eigentliche Startsignal für den Ausbruch des Krieges gewesen war. Ein Veto des sowjetischen Mitgliedes des Gerichtshofes bewirkte, daß dieses Dokument offiziell nicht zugelassen wurde. Die jetzt offenbar werdenden Untaten des Regimes verdunkelten das deutsche Geschichtsbewußtsein. Sie waren ohne Zweifel die beherrschende Tatsache in der jüngsten deutschen Vergangenheit. Aber sie waren nicht ihr ganzer Inhalt. Denn es wurde nun ebenfalls, vor allem dank der historischen Forschung, offenbar, daß nicht das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die Zwangsherrschaft widerstandslos hingenommen hatte und daß der Umfang des Widerstandes gegen das nationalsozialistische Regime größer gewesen ist, als man sich gemeinhin klarmacht. Dies sei mit einigen Zahlen verdeutlicht. Sie deuten die Dimensionen an, obwohl wir aus begreiflichen Gründen keine genauen Angaben besitzen. In den Jahren 1933 bis 1944 wurden an die 12 000 offizielle Todesurteile verzeichnet, hiervon ein erheblicher Teil auf Grund von politischen Delikten. Nicht einberechnet sind die Hinrichtungen der letzten Kriegsmonate, auch nicht die Morde und Gewalttaten außerhalb der regulären Justiz oder die Militärgerichtsurteile. Die Zahl der außerhalb der regulären Justiz in Konzentrationslagern und Gefängnissen gesetzlos Ermordeten ist nicht erfaßbar. Überhaupt sind in Konzentrationslagern etwa 100 000 Deutsche inhaftiert gewesen, ungerechnet die zahlreichen wilden Lager namentlich der ersten Zeit. Sehr viel größer wiederum als diese Zahl der von der Polizei und der Justiz Verhafteten muß die Zahl derjenigen gewesen sein, die den verschiedenen oppositionellen Strömungen, von den Kommunisten bis zur Gruppe des militärischen Widerstandes, überhaupt angehörten. Und wieder größer der Kreis derjenigen, die hin- und hergerissen im Konflikt der Loyalitäten gegenüber dem

eigenen Lande, das im Kriege stand, und gegenüber den Einsichten der Vernunft und Menschlichkeit weitermachten und zugleich einen Umschwung der Dinge herbeiwünschten. Im mißglückten Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 gegen Hitler kulminierte der Widerstand. Es ist dem deutschen Volke versagt geblieben, sich selbst zu befreien. Aber es ist mit dem Widerstand ein Zeichen aufgerichtet worden, daß auch in der Zeit der Zerstörung die tragenden Überlieferungen der deutschen Geschichte nicht völlig verschüttet gewesen sind. Einige der persönlichen Bekenntnisse aus dem Kreise jener Männer werden vielleicht einmal als Ausdruck hoher Möglichkeiten menschlichen Daseins zu den kostbarsten Überlieferungen des deutschen Volkes gehören. Abgesehen von ihrem humanen Wert muß die politische Bedeutung der Widerstandsbewegung gegen Hitler wohl darin gesehen werden, daß hier in der äußersten Notlage und gegenüber der negativen nationalsozialistischen Synthese von Sozialismus und Nationalismus die positive Synthese erstrebt und neu durchdacht wurde, wie sich der Grabenbruch, der die deutsche Nation spaltete, überbrücken ließe.

Im Kreisauer Kreis um den Grafen Moltke, der sich besonders darum bemühte, zukünftige deutsche Möglichkeiten gedanklich zu klären, sehen wir Konservative und Liberale, Katholiken und Protestanten, Bürgerliche und Sozialisten, Gewerkschaftler und Gutsbesitzer vereint. Was sie innenpolitisch erstrebten, war ein sozialer Ausgleich innerhalb der deutschen Gesellschaft. Außenpolitisch suchten sie für Deutschland Mitarbeit in einem föderierten Europa. Diese Männer waren überzeugt, daß die Überwindung der Spaltung im deutschen Volk wie auch der Feindschaften zwischen den europäischen Völkern letztlich davon abhinge, wie das Bild des Menschen wiederhergestellt werden könnte. Sie haben hierbei bewußt angeknüpft an die christliche Überlieferung und an die humanitären Gedanken des deutschen Idealismus. Jenseits aller Fragen politischer Zweckmäßigkeit war das entscheidende Motiv der Männer des aktiven Widerstandes der Protest gegen das Unmenschliche.

Das Deutschland der Nachkriegszeit

Hat das deutsche Volk die Lehren seiner Geschichte begriffen? Diese Frage beunruhigt viele Deutsche selber und viele Freunde des deutschen Volkes außerhalb seiner Grenzen. Das Schicksal des deutschen Volkes wurde freilich zunächst durch äußere Einwirkungen bestimmt. Seine nächstliegende Sorge war, aus dem materiellen Elend herauszukommen, in das es durch die Kriegszerstörungen gestoßen worden war. Die Lage war um so schlimmer geworden, als der größere Teil der Industrie, der von Bomben nicht zerstört worden war, in den ersten Jahren nach dem Kriege für Reparationszwecke demontiert wurde. Das geschah im Osten ebenso wie im Westen. Hunger und Elend waren die Folge. Eine gemeinsame Politik des Wiederaufbaus bestand

nicht. Als dann im Jahre 1948 die Kriegsallianz zwischen der Sowjetunion und den Westmächten aus Gründen, die vorwiegend in Asien und im östlichen und südöstlichen Europa zu suchen sind, auseinanderbrach, begannen sie, die mitteldeutsche und die westlichen Besatzungszonen entsprechend ihren verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Vorstellungen zu entwickeln.

Das Regime, das sich in Mitteldeutschland unter dem Namen der Deutschen Demokratischen Republik gebildet hat, entspricht eindeutig nicht dem Willen der Mehrheit der dort lebenden siebzehn Millionen Deutschen. Überall in Deutschland, wo die Kommunisten mit den übrigen Parteien in freien Wahlen konkurrierten, erlitten sie eine eindeutige Niederlage. So war es bei den Großberliner Magistratswahlen des Jahres 1947, so bei den Wahlen zum Bundestag in Westdeutschland in den Jahren 1949 und 1953. Am 17. Juni 1953 erhoben sich die Arbeiter Mitteldeutschlands gegen das Regime. Mit Hilfe sowjetischer Panzer wurde die Erhebung niedergeschlagen. Der ständige Strom von Flüchtlingen in den folgenden Jahren war ein eindeutiges Plebiszit, bis die Machthaber der sowjetischen Zone in ihrer Ratlosigkeit sich kein anderes Mittel mehr ausdenken konnten, als durch Stacheldraht, Minensperren und Mauerbau entlang der Zonengrenze vor aller Welt sichtbar zu demonstrieren, daß sich dieses Regime nur mit Gewalt gegen seine eigene Bevölkerung behaupten kann.

Für den Westen begann eine neue Phase in der Nachkriegsentwicklung, als die Vereinigten Staaten im Jahre 1947 den Marshallplan ins Werk setzten. Wie anderen europäischen Mächten, so kam diese amerikanische Hilfe auch Deutschland zugute. Der Industrie im Westen wurde jetzt nach und nach freie Entwicklungsmöglichkeit gegeben. Nach der Währungsreform des Jahres 1948 setzte ein schneller Wiederaufbau der Wirtschaft ein.

Im Mai 1949 trat mit dem Bonner Grundgesetz die Bundesrepublik ins Leben. Das in ihr sich entfaltende politische Leben zeigt folgende Eigentümlichkeiten: Die Kommunistische Partei hat an den beiden ersten Bundestagswahlen ohne Erfolg teilgenommen. Dann wurde sie, ebenso wie die Sozialistische Reichspartei auf der äußersten Rechten, die als eine Nachfolgeorganisation der Nationalsozialisten zu betrachten war, als verfassungsfeindlich verboten. Kleinere nationalistische Gruppen konnten weder bei den kommunalen noch bei den Landtags-, noch bei den Bundestagswahlen irgendwelche zu Buche schlagenden Ergebnisse verzeichnen. Das deutsche Volk hat in seiner Gesamtheit dem politischen Radikalismus abgesagt. Von den beiden großen Parteien steht die Sozialdemokratische Partei in der unmittelbaren Nachfolge ihrer Vorgängerinnen der Weimarer und der kaiserlichen Zeit. Die Christlich-Demokratische Union, bisher Regierungspartei in der Bundesrepublik, ist ein neues Gebilde. Im Unterschied zu dem früheren Zentrum sind in ihr Katholiken und Protestanten vereint. Die gemeinsame Erfahrung aus der Zeit der Verfolgung der Kirche durch

den Nationalsozialismus hat hier politisch Früchte getragen. Diese beiden großen Parteien wie auch die kleine Partei der Freien Demokraten zwischen ihnen sind im Unterschied zu der Situation der Weimarer Republik verbunden durch eine gemeinsame Staatsauffassung. Bei allen Gegensätzen im einzelnen sind die Verfassung und die liberal-demokratischen Grundlagen des politischen Lebens zwischen den verschiedenen Parteien in Deutschland nicht mehr umstritten. Auch die gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Vorstellungen der Parteien bewegen sich aufeinander zu. In der Gesellschaft der Bundesrepublik hat bei allem Ringen verschiedener wirtschaftlicher Interessengruppen miteinander der frühere Gegensatz der Klassen seine Schärfe verloren. Eine einheitliche demokratische Gesellschaft ist im Entstehen begriffen. Das ist – wie in allen freien Industrieländern – das Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung. Es entspricht aber auch einer neuen politischen Bewußtseinslage, die sich die geschichtlichen Erfahrungen zu eigen gemacht hat. Wenn nicht alles täuscht, ist der Riß, der früher durch den deutschen Gesellschaftskörper ging, heute weitgehend verheilt. Hierin wird man eine wirkliche Chance für die gesunde Weiterentwicklung der Demokratie in Deutschland sehen dürfen.

Diesem veränderten Bild von Gesellschaft und Politik Deutschlands in der Bundesrepublik entspricht eine gänzlich neue außenpolitische Situation und Bewußtseinslage. Nach der Katastrophe, in die Deutschland infolge eines hemmungslosen Nationalismus gestürzt war, zeigte das deutsche Volk in nüchterner Einschätzung seiner Lage eine große Bereitschaft, sich wirtschaftlich und politisch in größere internationale Zusammenhänge einzuordnen. Als von dem deutschen Volke nach der Begründung der Bundesrepublik auch ein eigener Beitrag zur Verteidigung des Westens verlangt wurde, hätte es dem eindeutigen politischen Willen der Bundesrepublik entsprochen, diesen Beitrag von vornherein im Rahmen einer europäischen Armee und nicht in der Form einer nur durch Bündnis dem Westen eingegliederten eigenen Bundeswehr zu leisten.

Entscheidend ist das neu gewonnene Verhältnis zu Frankreich. Hier kam die Wende durch die Art, wie die Saarfrage gelöst wurde. Sie ist geradezu ein Modell, das in exemplarischer Weise zeigt, wie Grenz- und Nationalitätenfragen behandelt werden können. Frankreich hatte die Saar beansprucht, weil es die Kohle jenes Gebietes für seine eigene Stahlindustrie benötigte. In der gesetzlosen Situation nach dem Kriege hatte es dieses Gebiet von Deutschland getrennt und unter Sonderverwaltung gestellt. Aber später gewährte man der Bevölkerung das Recht, ihren Willen in einem Plebiszit auszudrücken. Frankreich akzeptierte das Resultat dieser Willensäußerung und gestand dem Saargebiet die Rückkehr nach Deutschland zu. Dieser bewundernswerte Akt politischer Gerechtigkeit hat mehr als irgend etwas anderes den vollkommenen Wechsel in den deutsch-französischen Beziehungen bewirkt, die heute die wichtigste Grundlage für die

Entwicklung im Nachkriegseuropa darstellen. Daß die europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu einem solchen Erfolg geworden ist, muß in erster Linie auf das enge deutsch-französische Einvernehmen zurückgeführt werden. Nicht nur wirtschaftliche und politische Zweckmäßigkeitserwägungen spielen hier eine Rolle. Das deutsche Volk gemeinsam mit seinen Nachbarn sucht einen neuen Weg zu finden, der zur Vereinigung der Völker Europas und zum Frieden führt.

WIR WOLLEN HIER EIN GUTES BEISPIEL GEBEN ...

Wir im Grenzland wissen, daß dieses Europa nur in einer sinnvollen und vorbehaltlosen Partnerschaft der freien Völker erreicht werden kann. Wir hier oben wissen aber auch, daß diese Partnerschaft für alle Beteiligten vor allem eine Bereinigung des Verhältnisses zu unserem dänischen Nachbarn notwendig macht. Wir sind in Schleswig-Holstein seit Jahren bemüht, diese Partnerschaft mit dem Königreich Dänemark in rechtem europäischem Geiste zu gestalten, und wir können mit Dank und Befriedigung feststellen, daß wir in Dänemark aufrichtige Gesprächspartner gefunden haben. Auch bei einer Hundertjahrfeier der Ereignisse von 1864 wollen wir nicht den Anschein erwecken, als ob die uns bewegenden Probleme schon vollends geordnet seien. Diesseits und jenseits der Grenze besteht noch manches Hemmnis. Ich vertraue jedoch einem stetigen Fortschreiten auf unseren neuen Wegen und dem gesunden Wirklichkeitssinn nicht nur bei den Menschen im Grenzraum, sondern ganz besonders auch bei den maßgeblichen politischen Kräften. Wir arbeiten nicht gegeneinander, sondern zur Zeit vielleicht noch allzu oft nebeneinander, und wir haben immerhin die Entwicklung eingeleitet, an deren Ende wir miteinander und füreinander arbeiten werden. Denn heute geht es darum, eine Synthese zu finden, um nationale Eigenheiten für den europäischen Lebensraum fruchtbar zu machen. Wir wollen hier ein gutes Beispiel für andere Gebiete geben, in denen Minderheiten leben.

Ministerpräsident Dr. Lemke
in seiner Rede zum Jahrhundertgedenken und zur Abstimmungsfeier in Flensburg

UMSCHAU

Die Mitgliederversammlung 1964 des Grenzfriedensbundes findet am Sonnabend, dem 25. April 1964, um 10 Uhr im Handwerkerhaus in Husum statt.

Es wird im Gedenkjahr 1964 um besonders zahlreiche Beteiligung gebeten, da beabsichtigt ist, Rückschau zu halten und Vorschau auf die künftige Arbeit unter dem Gesichtspunkt der Aufgaben unserer Generation.

Die Tagesordnung ist folgende:

10 Uhr:

Musikvortrag, Berichte, Aussprache, Entlastung des Vorstandes

11 Uhr:

Aussprache in drei Arbeitskreisen

a) 1864—1964

Ereignisse und Tendenzen

Leitung: Dr. Hans Peter Johannsen

b) Warum bin ich Mitglied des Grenzfriedensbundes und was erwarte ich von ihm?

Leitung: Ernst Beier

c) Probleme, Wünsche und Anregungen zur Sozialarbeit des Grenzfriedensbundes

Leitung: Walter Lurgenstein

12.30 Uhr:

Berichte aus den Arbeitskreisen und Abschluß der Tagung

13.15 Uhr:

Gemeinsames Mittagessen.

Wünsche der
Geschäftsstelle des
Grenzfriedensbundes

Der Jahresbeitrag für 1964 ist fällig

Die Jahresbeiträge von mehr als 2 DM sollen zu Beginn eines jeden Geschäftsjahres an uns überwiesen werden. Wir bitten, das zu beachten und den Betrag für 1964 bald zu überweisen, um uns Mahnungen zu ersparen.

Konten:

Nr. 1386 Kreissparkasse Husum,

Nr. 114 07 Postscheckamt Hamburg.

Da immer noch Unklarheiten zu bestehen scheinen, weisen wir darauf hin, daß die Jahresbeiträge von 1 DM und 2 DM durch die Post als Bezugsgebühr für die Grenzfriedenshefte erhoben werden, und zwar im Laufe des Monats Dezember.

Verwendungsnachweise für gewährte Beihilfen fristgemäß einreichen

Über die von uns gewährten Beihilfen benötigen wir für unsere Rechnungslegung einen Verwendungsnachweis, für den ein Vordruck den Bewilligungsbescheiden angeheftet ist. Für die Einsendung an uns setzen wir im allgemeinen eine Frist von drei Wochen, die wir möglichst einzuhalten bitten. Dadurch

wird uns die Rechnungsführung erleichtert, abgesehen davon, daß uns auch Arbeit und Kosten erspart werden.

*

Ein Register für die Jahrgänge 1959-1963 der Grenzfriedenshefte

ist gegenwärtig in Vorbereitung. Wir hoffen, dasselbe mit dem Heft 2 Ende Juni versenden zu können und damit den Wert der Grenzfriedenshefte als Informationsquelle über die Probleme des schleswigschen Grenzlandes wesentlich zu erhöhen.

Die Schul-Großfahrten 1964

führen in den Harz, ins Weserbergland und an den Rhein

Mit Unterstützung des Grenzfriedensbundes fahren im Monat Mai aus dem Kreise Eckernförde 880 Kinder von 25 Schulen und aus dem Kreise Schleswig 300 Kinder aus 12 Schulen an den Rhein; 1100 Kinder von 54 Schulen des Kreises Husum fahren in den Harz und 800 Kinder von 30 Schulen des Kreises Rendsburg ins Weserbergland.

Das Heft 4/1963

der Grenzfriedenshefte

war den Beziehungen deutscher Dichter zu unserem dänischen Nachbarn gewidmet. Es ist wiederum – besonders von der Presse – günstig aufgenommen worden. In der UKW-Sendereihe „Das literarische Magazin“ brachte der „Saarländische Rundfunk“ am 23. Januar ein Gespräch mit Ernst Beier über dieses Heft.

In der Reihe „Das europäische Gespräch“

des Saarländischen Rundfunks führten Christian Heick, der Vorsitzende von „Grænseforeningene“, und Dr. Hans Peter Johannsen als Vorsitzender des Grenzfriedensbundes Ende Februar ein Zwanzig-Minuten-Gespräch über politische und kulturelle Fragen des Grenzlandes Schleswig. Die Gesprächsleitung hatte Viktor Adolph vom Studio Flensburg des NDR. – Wir hoffen, das Gespräch im nächsten Grenzfriedensheft im Wortlaut veröffentlichen zu können.

Über „Nordschleswig 1964“ sprach Schulrat Lessow

auf der diesjährigen Zusammenkunft der Leiter der Volks-, Mittel- und Sonderschulen der Stadt Flensburg mit dem Vorstände des Grenzfriedensbundes am Nachmittag des 7. Februar in der „Harmonie“ in Flensburg. Außer der Information aus erster Hand über die Probleme der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig war hier Gelegenheit gegeben, praktische Fragen der Zusammenarbeit der Schulen mit dem Grenzfriedensbund zu erörtern und zu klären. An der Zusammenkunft, deren Leitung in den Händen von Rektor Schlüter lag, nahm auch der Initiator dieser traditionellen alljährlichen Zusammenkunft, unser Ehrenvorsitzender Jens Nydahl, teil.

Die Grenzlandsituation im Norden

war das Thema eines Vortrages, den Ernst Beier in einem Ost-West- und Grenzlandseminar der Kreise Flensburg Stadt und Land der SPD am 29. Februar im Jugendhof Scheersberg hielt. An den Vortrag schloß sich eine sehr lebhafte Aussprache an, die das starke Interesse der Teilnehmer für die angeschnittenen Fragen zeigte.

Der Besuch von Dr. Erich Mende im Grenzland Schleswig

ist sowohl von der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig als auch von der dänischen Minderheit in Südschleswig sehr positiv aufgenommen worden. Auf einer Pressekonferenz zum Abschluß seines mehrtägigen Besuches äußerte sich Dr. Mende über die ihm vorgetragenen Wünsche der Minderheiten wie folgt: Die Anliegen der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig hätten sich vornehmlich auf Fragen des Schulwesens und der kulturellen Einrichtungen bezogen. Dänischerseits seien ihm Wünsche hinsichtlich des Bundesentschädigungsgesetzes sowie der Gestaltung des Gottesdienstes südlich der Grenze vorgetragen worden. Die dänische Minderheit möchte das Recht haben, ihre Gottesdienste auch in deutscher Sprache abzuhalten – „ein Problem, für das natürlich weder die Bundesregierung noch die Landesregierung zuständig ist“.

Bundesminister Dr. Mende hob hervor, daß ihm die dänische und die deutsche Seite versichert hätten, nicht zurückschauen zu wollen, sondern eine gute deutsch-dänische Nachbarschaft anzustreben, aus der eines Tages Freundschaft werden möge. Weder südlich noch nördlich der Grenze hätten ihn, so erklärte Dr. Mende auf eine Frage, die Volksgruppen auf das Problem ihrer parlamentarisch-politischen Vertretung in Kiel bzw. Kopenhagen angesprochen. Er, Dr. Mende, sei übrigens überzeugt davon, daß die deutsche Volksgruppe ihr Mandat im Folketing behaupten werde.

Propst Knuth für ein gutes Verhältnis zur dänischen Kirche

Für ein unbefangenes und brüderliches Verhältnis zwischen der dänischen und der deutschen Kirche setzte sich Propst Knuth vor der 54. Propsteisynode Ende Januar in Flensburg ein. „Ich habe seit Jahren an dieser Stelle die Hoffnung ausgesprochen, daß wir auf den Weg zu solch einem Verhältnis zwischen den beiden bekenntnisgleichen Kirchen kommen möchten.“ Der Propst bedauerte, daß man in dieser Frage nicht weitergekommen sei, und zwar trotz der Vorschläge von Pastor Jessen aus Tingleff, wie man durch Ergänzung der Rechtsordnung zu neuen Möglichkeiten der Einvernehmens kommen könnte, und der Darlegungen von Propst Kvist und Bischof Wester.

Die Vollversammlung des Grenzpolitischen Rats

fand am 25. Februar in Rendsburg statt. Im Mittelpunkt der Vollversammlung stand ein wirtschaftspolitischer Vortrag von Ministerialdirektor Dr. Sureth über das Thema „Integration und Konjunktur“. Der Redner betonte in seinem Vortrage den Wunsch der Landesregierung, den Ausbau der Infrastruktur des Landes als vordringliche Aufgabe beschleunigt zu verwirklichen. Es sei sinnvolles Ziel einer aktiven Regionalpolitik, in einem wenig entwickelten Randgebiet zusätzliche Produktionskräfte zu wecken. Damit solle nicht einer unangemessenen Ausweitung des Landeshaushaltes das Wort geredet werden, vielmehr sei durch Schwerpunktbildung eine Konzentrierung der wirtschaftlichen Kräfte und damit ein angemessenes Wirtschaftswachstum für Schleswig-Holstein auch in den nächsten Jahren zu erreichen.

Deutsch-dänische Nachbarschaft immer aktuell

„Es gibt Leute, die da sagen, Grenzarbeit sei anachronistisch, aber wir können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß Dänen und Deutsche auch morgen und immer Nachbarn sein werden, und das besagt doch wohl, daß diese deutsch-dänische Nachbarschaft immer aktuell sein wird. Sie gestalten zu helfen, ist

eine der Hauptaufgaben der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig.“ Diese Erklärung gab am 14.1. Chefredakteur Jes Schmidt, Apenrade, bei der Übergabe der wiederum vom Heimatbund durchgeführten Schulpfende von 1963 ab. Der Vorsitzende des Heimatbundes, Hubert von Wangenheim, benutzte die Gelegenheit, die Aufbauarbeiten und die Hilfen für Nordschleswig aufzuzählen, die seit 1950 durch die Schulpfenden und auf andere Weise ermöglicht worden sind.

Die Schulpfende hat 125 000 DM erbracht. Davon sind die Schulen in Rapstedt, Tingleff, Sommerstedt, Feldstedt und Seth sowie die Erweiterungsbauten in Rapstedt und für die Nachschule Tingleff, ferner der erste Kindergarten in Apenrade sowie Sport- und Spielplätze gebaut und eingerichtet worden.

Die Ausstellungen Storm Petersen und Wilhelm Busch in Flensburg

die in der zweiten Märzhälfte mit dem Abstand von einer Woche unter starker Anteilnahme sowohl deutscher als auch dänischer kulturinteressierter Kreise eröffnet wurden, können als ein nachahmenswertes Beispiel dafür gelten, wie man unter Wahrung und Respektierung der Gegebenheiten unseres Grenzlandes einer gemeinsamen Sache dienen kann: der gegenseitigen Informierung über den anderen, die heute an die Stelle des Grenzkampfes' tritt, wie anlässlich der

Eröffnung der Ausstellung Storm Petersen gesagt wurde. Bemerkenswert, daß beide Veranstalter, Sydslesvigs dansk Kunstforening und die Stadtbücherei Flensburg, in ihren Einladungen gegenseitig auf ihre Ausstellungen aufmerksam machten. – Die Flensburger Presse schrieb zu den Ausstellungen u. a.: Es ist kein Zufall, daß die Ausstellungen ungefähr gleichzeitig veranstaltet werden. Im Gegenteil: die Veranstalter meinen, daß gerade Storm P. und Wilhelm Busch mit ihrer Kunst am klarsten zum Ausdruck bringen, auf welche Art zwei verschiedene Kulturen das „Menschsein“ sehen.

Instrument spielt, jedoch in voller Harmonie.

Poul Engberg

„Dialog 1964“

*Die erste deutsch-dänische
Gemeinschaftsproduktion
im Fernsehen*

Es handelt sich hierbei um eine halbstündige Sendung, die am 23. April 1964 um 18.25 Uhr in der Nordschau des Deutschen Fernsehens und an demselben Abend um 20 Uhr im dänischen Fernsehen ausgestrahlt wird.

*

Im übrigen ist es für ein Volk gesund, eine Minderheit innerhalb seiner Grenzen zu haben. Man lernt dann, Toleranz zu üben, wie es jetzt auch südlich der Grenze der Fall ist. Wenn wir heute an einem vereinten Europa arbeiten, dann stelle ich mir dieses Europa als ein großes Orchester vor, in welchem jeder sein eigenes